



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Polens Politik in der Krise?

Der neue Parteityp und seine Auswirkungen auf die repräsentative
Demokratie

Verfasser

Paul Schwab

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil)

Wien, Februar 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Danksagungen.....	6
1. Einleitung.....	7
1.1. Forschungsfragen.....	8
1.2. Aufbau der Arbeit und methodisch-analytische Grundlagen.....	9
1.2.1. Aufbau der Arbeit.....	9
1.2.2. Methode.....	11
2. Theoretische Grundlagen.....	12
2.1. Repräsentative Demokratie.....	15
2.1.1. Demokratische Konsolidierung.....	19
2.1.1.1. Repräsentative Konsolidierung und Institutionalisierung des Parteiensystems.....	21
2.1.2. Kriterien für eine Krise der repräsentativen Demokratie.....	22
2.2. Politische Parteien.....	23
2.2.1. Parteienbegriff.....	24
2.2.2. Funktionen von politischen Parteien in der repräsentativen Demokratie.....	25
2.2.3. Organisationsstruktur der Partei – analytisch-methodische Werkzeuge.....	26
2.2.3.1. Eigenschaften der Partei als Organisation – Angelo Panebianco.....	26
2.2.3.2. Organisationsbereiche der Partei – Richard S. Katz/Peter Mair.....	29
2.2.4. Typologisierung von Parteien.....	29
2.2.4.1. Kaderpartei.....	31
2.2.4.2. Massenpartei.....	31
2.2.4.3. Catch-All-Partei.....	33
2.2.4.4. Electoral-Professional-Partei.....	35
2.2.4.5. Kartell-Partei.....	36
3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen.....	39
3.1. Zeitraum und Gegenstand der Untersuchung.....	39
3.1.1. Zeitraum.....	39
3.1.2. Gegenstand.....	40
3.2. Entwicklung des polnischen Parteiensystems.....	42
3.2.1. Solidarność und die halb-freien Sejmwahlen 1989.....	42
3.2.2. Starke Fragmentierung (1991–1997).....	44
3.2.3. Erneute Zersplitterung (1997–2001).....	46
3.2.4. Tendenzielle Stabilisierung (2001-2007).....	48
3.2.4.1. Stabilisierende Effekte.....	49
3.2.4.1.1. „Cleavages“.....	49
3.2.4.1.2. Parteienfinanzierung.....	51
3.2.4.1.3. Parteienlandschaft nach 2001.....	53
3.3. Historische Entwicklung und Organisationsstruktur der „relevanten“ polnischen Parteien.....	55
3.3.1. PiS – „Recht und Gerechtigkeit“.....	55
3.3.2. PO – „Bürgerplattform“.....	57
3.3.3. PSL – „Polnische Volks-(Bauern-)Partei“.....	58
3.3.4. SLD – „Bund der demokratischen Linken“.....	59
3.3.5. Typologisierung von PSL und SLD.....	61
3.4. Merkmale der Organisationsstruktur von PO und PiS.....	62

4. „Neuer“ Parteityp und Repräsentative Demokratie.....	65
4.1. PO und PiS im Vergleich mit bestehenden Parteitypen.....	66
4.1.1. Organisationsbereiche der polnischen Parteien und wechselseitige Beziehungen.....	68
4.1.1.1. party on the ground.....	68
4.1.1.2. party in central office und party in public office.....	69
4.1.2. Analyse anhand der Dilemmata einer Organisation.....	69
4.1.2.1. Ziele einer Partei.....	69
4.1.2.2. Unterschiedliche Anreizsysteme.....	70
4.1.2.3. Adaptieren oder Dominieren.....	70
4.1.2.4. Entscheidungsfreiheit der Parteispitze.....	70
4.2. Demokratische Konsolidierung in Polen.....	72
4.3. Auswirkungen des „neuen“ Parteityps: Krise der repräsentativen Demokratie?.....	74
4.3.1. Krisensymptome.....	74
4.3.1.1. Hohe Volatilität.....	74
4.3.1.2. Niedrige Wahlbeteiligung.....	77
4.3.2. Formale Grundsätze der repräsentativen Demokratie und Funktionen von Parteien...78	
5. Conclusio.....	82
Anhang.....	85
Literaturverzeichnis.....	85
Abkürzungsverzeichnis.....	93
Abstract.....	95

Vorwort

Die Motivation für diese Arbeit rührt vor allem aus der Zeit meines Auslandsstudienjahres (2008/09) in Krakau, Polen, her. Durch die anregenden Diskussionen mit meinen polnischen Mitbewohnern und meiner polnischen Mitbewohnerin konnte ich einen Einblick in die dortige Politik gewinnen, der sonst einem Studenten aus Österreich verwehrt bleibt. Meine Wohngemeinschaft teilte sich in AnhängerInnen von PO und PiS (die zwei derzeit dominierenden Parteien in Polen), darüber hinaus hatten sie unterschiedliche Einstellungen zum sozialistischen Regime bzw. zur „Dekommunisierung“¹. Daher konnte ich einigen sehr heftig geführten Diskussionen beiwohnen, die mir einen tiefen Einblick in die polnische politische „Seele“ erlaubten. Was mich dabei überrascht hat war vor allem die Polarisierung, die zwei – im österreichischen Verständnis – „erkonservative“ Parteien auszulösen im Stande waren. Dadurch entstand mein Interesse an der polnischen Politik im Allgemeinen und dem polnischen Parteiensystem im Speziellen.

Was bei einer näheren Auseinandersetzung mit den polnischen Parteien sofort auffällt, sind die erschreckend geringen Mitgliederzahlen, vor allem im Vergleich mit den österreichischen Parteien. Weiters kann nicht übersehen werden, dass teilweise nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ihre Stimme bei Wahlen abgibt, und wenn doch einmal mehr als 50% bei Wahlen teilnehmen, die Zahl nur knapp darüber liegt. Auch im Hinblick auf das Parteiensystem sind die Probleme unmöglich zu ignorieren – zwischen 1991 und 2007 gab es 15 verschiedene Regierungen und von sechs Wahlen fand nur die Hälfte an dem regulären Wahltermin statt, nach dem Ablaufen der gesetzlich vorgesehenen vierjährigen Amtszeit. Neben den augenscheinlichen Problemen der politischen Institutionen in Polen waren vor allem die Überlegungen der PiS – in Bezug auf die Errichtung einer „Vierten Republik“² – aus einem österreichischen Blickwinkel doch sehr befremdlich.

¹ „Dekommunisierung“ ist der „[...] Ausschluss bisheriger politischer Funktionsträger von öffentlichen Ämtern [...]“ (vgl. Ziemer 2009: 182).

² Siehe Kapitel 3.3.1.

Alle diese Faktoren bewogen mich dazu, die polnische Politik etwas genauer zu untersuchen und mich auch wissenschaftlich mit den polnischen Parteien auseinander zu setzen.

Danksagungen

An erster Stelle möchte ich meinem Betreuer, Univ. Prof. Dr. Dieter Segert, für seine Unterstützung beim Verfassen dieser Arbeit danken. Des Weiteren möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, die mich sowohl finanziell als auch moralisch über viele Jahre hinweg geduldig unterstützt hat. Ganz besonders möchte ich meiner Freundin, Ina Markova, danken, ohne deren Unterstützung und Motivation diese Arbeit niemals zustande gekommen wäre. Weiters möchte ich mich bei meinen KorrekturleserInnen, Julia Schwab und Daniel Flamme, bedanken, die in Windeseile diese Arbeit akribisch nach Fehlern durchforstet haben.

Ich widme diese Diplomarbeit meinem Großvater

1. Einleitung

[...] the existence and the effective operation of democratic institutions rest on some level of agreement among the main political actors regarding the fundamental rules by which their political interaction is organized, and that democracy performs at its best when specific disagreements are dealt with in the context of a basic consensus concerning the rules of the game (Bartolini/Mair 1990: 1).

In der folgenden Forschungsarbeit sollen die polnischen Parteien anhand ihrer Organisationsstruktur analysiert werden, um damit eine Aussage über den allgemeinen Zustand der repräsentativen Demokratie in Polen, über die dortigen „rules of the game“, tätigen zu können.

Für einige PolitikwissenschaftlerInnen ist die Durchführung von regelmäßig stattfindenden, fairen Wahlen bereits ausreichend, um von einer funktionierenden Demokratie zu sprechen. Wenn diesem Ansatz gefolgt wird, würde dies einerseits bedeuten, dass Wahlen quasi gleichbedeutend mit Parteien wären und so den definitorischen Moment der Demokratie darstellen würden. Andererseits würde dies auch heißen, dass bezüglich Ländern wie etwa Polen keine politikwissenschaftliche Forschungsarbeit mehr betrieben werden müsste. Nachdem ein solcher Ansatz diese Arbeit obsolet machen würde, wird er hier nicht weiter verfolgt; jedoch wurde damit zumindest die Bedeutung der politischen Parteien für das Funktionieren der Demokratie angedeutet. In dieser Arbeit soll es dezidiert um die Analyse der Organisationsstruktur von polnischen Parteien, die in der speziellen Ausgangslage nach dem Machtverlust durch die sozialistische Partei entstanden sind und sich entwickelt haben, gehen. Durch diese Fokussierung positioniert sich die Arbeit zum einen innerhalb des Bereichs der politikwissenschaftlichen Parteienforschung und zum anderen innerhalb des Felds der Transformationsforschung.

Beim Durchforsten der weit gefächerten Forschungsliteratur zu osteuropäischen Transformationsländern, wie ja auch Polen eines ist, können bei u.a. Dorothee de Nève und Dieter Segert Hinweise auf einen „neuen Parteityp“ ausgemacht werden (vgl. Nève 2008, vgl. Segert 2008b), wobei dieser als schwache Massenintegrationspartei, mit niedriger Mitgliederzahl sowie schwacher Verwurzelung in der Gesellschaft erscheint (vgl.

Segert 2008b: 30). Vor allem bei den derzeit die polnische Politik dominierenden Parteien, PO und PiS, können diese Merkmale tatsächlich auf den ersten Blick konstatiert werden. Nève führt Prozesse der Professionalisierung und Kommerzialisierung sowie das mangelnde Vertrauen in Parteien als weitere Merkmale dieses neuen Parteityps ins Feld (vgl. Nève 2008: 282). Auf den ersten Blick erschien mir vor allem Letzteres, nämlich das mangelnde Vertrauen in die Politik ein, aus meinem Auslandsjahr in Polen³ nur zu gut bekanntes Phänomen, zu sein. Es erschien mir sinnvoll, diese theoretischen Überlegungen einer genauen Überprüfung zu unterziehen.

1.1. Forschungsfragen

Die Forschungsfragen, die es im Laufe dieser Forschungsarbeit zu beantworten gilt, sind folgende:

Hat sich das Parteiensystem in Polen stabilisiert und kann es als konsolidiert angesehen werden? Was sind Gründe für eine Stabilisierung des Parteiensystems in Polen und lassen sich westliche theoretische Konzepte auf den polnischen Fall anwenden?

Welche Rolle spielen Parteien, v.a. die Organisationsstruktur des „neuen“ Parteityp, bei der Entwicklungen des politischen Systems in Polen im Allgemeinen und des Parteiensystems im Speziellen?

Kann man in Polen von einer Krise der repräsentativen Demokratie sprechen?

Im Folgenden soll die Herangehensweise für die Beantwortung der Forschungsfragen beschrieben werden.

³ In dem Studienjahr 2008/09 studierte ich im Zuge eines Erasmusaufenthaltes an der Jagiellonen-Universität in Krakau (siehe Vorwort).

1.2. Aufbau der Arbeit und methodisch-analytische Grundlagen

1.2.1. Aufbau der Arbeit

Um diese Forschungsfragen beantworten zu können, wird diese Arbeit in folgende drei Abschnitte unterteilt: *Theoretische Grundlagen, Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen* und *Neuer Parteityp und repräsentativen Demokratie?*

Die *theoretischen Grundlagen* sollen zu Beginn vor allem den Rahmen, in dem die Parteien operieren, sprich: die repräsentative Demokratie, abstecken. Zur Klärung der Grundsätze besagter repräsentativer Demokratie wird vor allem auf das von Wolfgang Merkel entwickelte Konzept der „Embedded Democracy“ zurückgegriffen. Im Anschluss gilt es theoretische Fragen bezüglich Voraussetzungen einer Konsolidierung der Demokratie (mit Hauptaugenmerk auf die repräsentative Konsolidierung) zu beantworten. Weiters sollen Voraussetzungen sowohl für eine Institutionalisierung des Parteiensystems als auch für eine demokratische Konsolidierung diskutiert werden; dies ist vor allem hinsichtlich der Frage einer möglichen Krise der repräsentativen Demokratie von vitaler Bedeutung.

Nicht nur die repräsentative Demokratie, auch der Begriff der „politischen Partei“ ist zentral für diese Arbeit: Neben einer Begriffsdefinition sollen anschließend auch die Funktionen, welche Parteien in einer repräsentativen Demokratie zu erfüllen haben, behandelt werden. Dem folgt der zentralste Teil dieses Kapitels: Der theoretische Ansatz von Angelo Panebianco ermöglicht die analytische Auseinandersetzung mit der Organisationsstruktur von politischen Parteien. Als weiteres methodisches Werkzeug, welches bei der Analyse des polnischen Parteityps zur Anwendung kommen wird, werden Theorien von Richard S. Katz und Peter Mair ins Feld geführt: Die Relevanz deren Überlegungen hinsichtlich distinkter Organisationsbereiche politischer Parteien – es handelt sich dabei um: *party on the ground*, *party in public office* und *party in central office* – soll in einem ersten Schritt anhand einer für westeuropäische Parteitypen entwickelten Typologie verdeutlicht werden.

Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen ist in zwei große Blöcke unterteilt. Nach einem historischen Exkurs wird geklärt, ob das polnische Parteiensystem

als stabilisiert angesehen werden kann. Es werden weiters auch Gründe für diese mögliche Stabilisierung herausgearbeitet. Danach wird der Fokus auf die zu untersuchenden polnischen Parteien gelegt werden. Auch hierbei gilt es – zwecks besserer Untersuchung des Entstehungs- und Entwicklungskontextes „relevanter“ polnischer Parteien – einen kurzen historischen Exkurs zu tätigen; anschließend soll noch genauer auf die Organisationsstruktur dieser ausgewählten Parteien eingegangen werden.

Das Kapitel *Neuer Parteityp und repräsentativen Demokratie* wird anfänglich der Frage nachgehen, ob der in Polen vorherrschende Parteityp, als dessen Vertreterinnen PO und PiS gelten können, in Bezug auf seine Organisationsstruktur, als „neuer“ Parteityp bezeichnet werden kann. Um dies zu untersuchen, werden die Merkmale der Organisationsstruktur der polnischen Parteien herausgearbeitet und mit den bereits vorgestellten, westeuropäischen Modellen analytisch verglichen, wobei die Analysemodelle von Katz/Mair sowie von Panebianco angewandt werden. Die Kombination dieser beiden Ansätze ist unerlässlich, um die Zusammenhänge zwischen spezifischer historischer Entwicklung und konkreter Organisationsstruktur der jeweiligen Partei herstellen zu können. Nachdem dies erfolgt ist, ist es möglich den neuen Parteityp zu beschreiben sowie die Gründe für sein Auftreten zu bestimmen. Abschließend gilt es die Entwicklung der demokratischen Konsolidierung in Polen zu untersuchen; deren Abschluss ist eine Voraussetzung, um fundierte Aussagen darüber zu machen, ob es sich bei einem möglichen neuen Parteityp um eine kurzfristige oder um eine dauerhafte Erscheinung handelt. Darüber hinaus ermöglicht die Auseinandersetzung mit der demokratischen Konsolidierung auch die Beantwortung derjenigen Forschungsfrage, die einer möglichen Krise der repräsentativen Demokratie auf den Grund gehen möchte. Grundsätzlich gilt es hier auf die nicht nur auf die Erfüllung formaler Kriterien zu achten, sondern darüber hinaus auch nach der Erfüllung von Funktionen von Parteien, eben auch des möglichen „neuen“ Parteityps, zu fragen.

In der *Conclusio* werden die Ergebnisse mit Blick auf die eingangs formulierten Forschungsfragen nochmals zusammengefasst.

1.2.2. Methode

Die Untersuchung der Organisationsstruktur der polnischen Parteien stützt sich auf zwei methodisch-analytische Modelle. Einerseits handelt es sich um das Modell von Katz/Mair, die „three faces“ von Parteien identifiziert haben: Bei diesen drei „Gesichtern“ handelt es sich um bestimmte organisatorische Bereiche innerhalb von Parteien. Speziell die Beziehung der einzelnen Bereiche zueinander ist von Bedeutung für den Charakter der Partei an sich. Prinzipiell wurde dieses Modell entwickelt, um veränderte Beziehungen innerhalb der distinkten Organisationsbereiche von westeuropäischen Parteien untersuchen zu können. In dieser Arbeit sollen diese analytischen Überlegungen nun aber auf ausgewählte polnische Parteien angewandt werden, um so deren Organisationsstruktur zu untersuchen und der Frage nachzugehen, ob es sich bei ihnen um Vertreterinnen eines „neuen“ Parteityps handelt.

Weiter ist das Modell von Angelo Panebianco zu erwähnen: Panebianco betont vier Dilemmata, vier grundsätzliche Probleme, welche Parteien (in ihrer Eigenschaft als Organisationen an sich) zu lösen haben. Anhand der Untersuchung dieser vier Dilemmata soll aufgezeigt werden, welche Lösungsstrategien die polnischen Parteien hinsichtlich dieser Probleme entwickelt haben. Hier ist es wesentlich, den Zusammenhang zwischen den Beziehungen der drei Organisationsbereiche nach Katz/Mair und der Lösungsstrategien der Parteien aufzuzeigen.⁴

⁴ Eine ausführliche Beschreibung des Modells von Katz/Mair findet sich in Kapitel 2.2.3.2., von Panebianco in Kapitel 2.2.3.1.

2. Theoretische Grundlagen

Als Schlüsselbegriff dieser Arbeit ist jener der „politischen Partei“ zu nennen. Doch bevor theoretische Überlegungen bezüglich des Parteienbegriffs angestellt werden können, muss das politische System untersucht werden, in dem die Parteien operieren – die repräsentative Demokratie. Diese wiederum ist nur eine Form der Demokratie, weshalb am Anfang dieses Kapitels die Merkmale der Demokratie untersucht werden müssen. Nachdem diese behandelt und eine geeignete Definition der Demokratie gefunden wurde, kann auf die repräsentative Demokratie eingegangen werden. Aus diesen Überlegungen heraus können bereits die Kriterien bestimmt werden, die später eine Untersuchung der repräsentativen Demokratie hinsichtlich einer Krise ermöglichen sollen⁵. Bevor dieser Schritt jedoch durchgeführt werden kann, muss noch geklärt werden, ob die Demokratie in Polen als konsolidiert angesehen werden kann, um dem möglichen Einwand, es handle sich bei der möglichen Krise um Folgen der (missglückten) Transformation und nicht der repräsentativen Demokratie, begegnen zu können. Dabei soll auch untersucht werden, was die politischen Parteien dazu beitragen können, damit es zu einer Konsolidierung der Demokratie kommt.

Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich mit dem wichtigsten Bestandteil, den wichtigsten Akteurinnen der repräsentativen Demokratie: den politischen Parteien (bzw. deren entsandten Abgeordneten im Parlament). Um zu einer geeigneten Definition des Parteienbegriffs zu gelangen, wird der Forschungsstand bezüglich der politischen Parteien beschrieben. Daneben werden auch deren Funktionen von Parteien in einer repräsentativen Demokratie erläutert werden. Da Parteien in dieser Arbeit anhand ihrer Organisationsstruktur analysiert werden sollen, wird dieser der Schwerpunkt des Kapitels gewidmet. Einerseits sollen die methodische Grundlagen für die Analyse ausgewählter Parteien vorgestellt werden und andererseits soll auch ein weiterer sehr zentraler Aspekt aus der Parteienforschung in diesem Teil der Arbeit seine theoretische Grundlage erhalten: die Typologisierung von Parteien.

⁵ Für die Kriterien siehe Kapitel 2.1.2., für die Untersuchung siehe Kapitel 4.3.2.

Bevor mit den theoretischen Überlegungen begonnen werden kann, benötigt es noch einer Klärung des Begriffs der Transformation. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft Ende der 1980er Jahre kam es in den post-sozialistischen⁶ Staaten zu einer „Transformation“. Nach Kornai ist das wichtigste Merkmal der Transformation in den Staaten Ostmitteleuropas⁷ die Tatsache, dass die politische (Demokratie) und wirtschaftliche (Kapitalismus) Sphäre nach dem Vorbild des Westens geändert wurde; es kam zu einer kompletten und gleichzeitigen Transformation der Wirtschaft, der politischen Strukturen, des Rechtssystems und der sozialen Gliederung der Gesellschaft. Diese Transformation verlief gewaltlos und in einer unglaublichen Geschwindigkeit (vgl. Kornai 2006: 217). In dieser Arbeit wird die politische Transformation insofern eine Rolle spielen, da sie die Entwicklung des politischen Systems erheblich beeinflusst hat. Bei der Transformation wird zwischen drei Phasen des Systemwechsels unterschieden, dabei handelt es sich um: die Ablösung des alten Regimes durch Verhandlungen zwischen den Eliten oder einen revolutionären Umsturz, die Institutionalisierung der Demokratie durch die Verfassungsgebung sowie die Implementierung von Verfassungsinstitutionen und schließlich die Konsolidierung der Demokratie (vgl. Veen 2008: 7).

Die erste Phase der Transformation bestimmt die Art und Weise wie die Ablöse des alten Regimes erfolgt und hat einen Einfluss auf die Entwicklung der Parteien und viel mehr noch auf die Entwicklung des Parteiensystems an sich. Für den Fall Polen ist hier vor allem die Rolle der Solidarność zu erwähnen, welche einen großen Einfluss, vor allem in den Jahren unmittelbar nach der Ablöse des alten Regimes, auf das polnische Parteiensystems hatte.⁸ Auf die Institutionalisierung und Konsolidierung wird später noch

⁶ In dieser Arbeit wird der Begriff „post-sozialistisch“ verwendet. Damit soll eine Abgrenzung zu anderen Staaten, die sich in einer Transformation befinden, verdeutlicht werden. Diese Abgrenzung ist deshalb so wichtig, da das Erbe des Staatssozialismus für diese Region eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte und noch immer spielt (vgl. Segert: 2008b: 14).

⁷ Es benötigt aber ebenfalls innerhalb der post-sozialistischen Staaten einer weiteren Eingrenzung. Der Unterschied zwischen den einzelnen Staaten hinsichtlich der Entwicklung in und nach der Transformation war doch beträchtlich (vgl. Markowski 2001: 7, Ekiert 2007: 8). Aus diesem Grund würde es auch keinen Sinn machen, alle post-sozialistischen Staaten gleich zu behandeln (vgl. Markowski 2001: 47). Daher sind in dieser Arbeit bei der Verwendung des Begriffs der post-sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas nur jene Staaten gemeint, die 2004 der EU beigetreten sind (nicht mit eingeschlossen sind dabei Malta und Zypern).

⁸ Siehe Kapitel 3.2.1.

explizit eingegangen werden, daher soll an dieser Stelle ein Verweis auf spätere Ausführungen genügen.⁹

In den Medien sowie im wissenschaftlichen Diskurs wurde Polen anfänglich als einer der Staaten bezeichnet, welcher bei der Transformation die größten Schwierigkeiten erwarten könnte. Als Gründe für die schwierige Ausgangslage Polens wurden unter anderem die stark landwirtschaftlich geprägte Struktur des Landes, die von der Gewerkschaft dominierte politische Landschaft sowie die dominierende Stellung der katholischen Kirche angeführt (vgl. Markowski 2001: 8). Nichtsdestotrotz kann Polen auf eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken, welche vom Reformeifer des damaligen Finanzminister Balcerowicz profitierte. Er selbst nannte die Reformen einen ökonomischen „big bang“, in der wissenschaftlichen Literatur sind diese Strukturmaßnahmen eher unter dem Begriff „shock therapy“ bekannt. Diese Reformen bedeuteten erhebliche soziale Einschnitte für die Bevölkerung (vgl. Zagórski 2001: 189). Die negative Auswirkung der „shock therapy“ war der sinkende Zuspruch zur Transformation in der Bevölkerung (vgl. ebd.: 187).

Diese Behandlung der Ausgangslage in Polen soll nur einen kurzen Überblick¹⁰ geben, welche Situation vorherrschte, in der sich die polnischen Parteien sowie das Parteiensystem entwickelt haben. Im Folgenden soll nun generell ein Blick auf Formen der Demokratie, speziell auf die repräsentative Demokratie geworfen werden.

⁹ Siehe 2.1.1.

¹⁰ Eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Folgen der Transformation findet sich im Kapitel 3.2.

2.1. Repräsentative Demokratie

[...] die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben (Schumpeter 1946: 428).

Wie an diesem Zitat abzulesen ist, stellen Wahlen für Joseph A. Schumpeter den entscheidenden Moment der repräsentativen Regierungsform dar. Diese ist nicht als „Regierung durch das Volk“, sondern als „die vom Volk gebilligte Regierung“ zu bezeichnen (ebd.: 393). Die wichtigsten formalen Grundsätze des repräsentativen Systems sind dabei laut Manin und Przeworski: (1) Die Regierenden werden in Wahlen ermittelt und müssen sich periodisch stattfindenden Wahlen stellen. (2) Obwohl die Regierenden von den WählerInnen berufen werden, bewahrt die Entscheidungsfindung von eben Genannten eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Willen der WählerInnen. (3) Die Entscheidungen der Regierenden werden geprüft, indem sie einer öffentlichen Diskussion standzuhalten haben (vgl. Manin 2007: 14, vgl. Przeworski 1999: 3).

Die von Schumpeter formulierte „realistische Demokratietheorie“ (vgl. Vein 2008: 8) diene als Ausgangspunkt für das von Robert A. Dahl entwickelte Modell der „Polyarchy“, welches herangezogen werden soll, um die Merkmale einer repräsentativen Demokratie etwas genauer zu beleuchten. Dieses Modell wird durch das Konzept der „embedded democracy“ von Wolfgang Merkel erweitert, da dieser in einigen konzeptionellen Punkten über Dahl hinausgeht. Danach kann auf die formalen Kriterien der repräsentativen Demokratie eingegangen werden. In diesem Kapitel werden auch die Voraussetzungen für eine demokratische Konsolidierung im Allgemeinen und die repräsentative Konsolidierung im Speziellen behandelt. Diese theoretischen Überlegungen spielen auch bei der Definition einer Krise der repräsentativen Demokratie eine Rolle, welche am Ende des Kapitels erfolgen wird.

Den Einstieg in die theoretische Befassung mit dem Demokratiebegriff soll ein Zitat von Duverger machen; dieser beschreibt die simpelste und realistischste Definition für Demokratie wie folgt: „[...] a regime in which those who govern are chosen by those who are governed, by means of free and open elections“ (Duverger 1954: 353). Im Zitat von Duverger lässt sich bereits ein Hinweis auf die wichtigsten AkteurInnen in der Demokratie finden – die Regierten. Daher wird der Fokus anfangs auf diese Ebene, auf die Ebene des „Volkes“ gesetzt und erst danach auf die Merkmale der demokratischen Regierungsform.

Robert A. Dahl hat in seinem Buch „Polyarchy“ drei Möglichkeiten ausgemacht, welche den BürgerInnen offenstehen müssen, damit die Regierung in Bezug auf die Interessen des Wahlvolks zur Verantwortung gezogen werden kann. Die BürgerInnen müssen ihre Präferenzen *formulieren* können; über kollektives und individuelles Handeln muss es möglich sein, die Präferenzen gegenüber den MitbürgerInnen und der Regierung zu *artikulieren* und alle Präferenzen müssen *dasselbe Gewicht* haben (vgl. Dahl 1971: 2). Diese drei Bedingungen erweitert Dahl noch durch acht institutionelle Garantien, welche ebenfalls gegeben sein müssen, damit von einem demokratischen Regierungssystem gesprochen werden kann. Die Garantien sind (1) die Assoziations- und Koalitionsfreiheit, (2) freie Meinungsäußerung, (3 und 4) das aktive und passive Wahlrecht, (5) das Recht der Parteiliten, um WählerInnenstimmen zu konkurrieren, (6) unterschiedliche Informationsquellen, (7) freie und faire Wahlen sowie (8) Institutionen, die die Regierungspolitik an die Präferenzen der WählerInnen binden (vgl. ebd.: 3). Dahls Konzept der „Polyarchy“ beschreibt alle wichtigen Vorbedingungen, damit von einer Demokratie gesprochen werden kann. Dieses Konzept von Dahl dient als Ausgangspunkt für die von Wolfgang Merkel entwickelte Theorie der „Embedded Democracy“, welche im Folgenden näher beschrieben werden soll.

Für Merkel (vgl. ders. 2010) ist das Konzept der „Polyarchy“ jedoch noch nicht ausreichend präzise für die Definition eines demokratischen Regimes, da der horizontalen Gewaltenteilung in diesem Konzept zu wenig Beachtung geschenkt wird. In Punkt (8) findet sich zwar bei Dahl ein Hinweis auf die Gewaltenteilung, diese wird aber nur implizit behandelt. Um diesem Umstand Abhilfe zu leisten, wurde von Merkel das Konzept der „Embedded Democracy“ entwickelt. In diesem Konzept erscheint die rechtsstaatliche

Demokratie doppelt eingebettet, intern und extern. Die interne Einbettung teilt Merkel in fünf Teilregime: *demokratisches Wahlregime*, *politische Partizipationsrechte*, *bürgerliche Freiheitsrechte*, *Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit* sowie *effektive Regierungsgewalt*. Diese Bereiche sind jeweils wechselseitig eingebettet: Zum einen sollen die Teilregime Übergriffe anderer Teilregime auf fremde Sphären verhindern, zum anderen benötigen sie sich gegenseitig um ihr eigenes Funktionieren zu gewährleisten. Die externe Einbettung (*internationale und regionale Integration*, *Zivilgesellschaft* und *sozioökonomischer Kontext*) können als Ringe verstanden werden, welche die Demokratie umgeben. Sie stellen dabei jedoch keine definierenden Grundsätze der Demokratie dar, jedoch können sie positiv oder negativ auf diese wirken. In dieser Arbeit wird nur die interne Einbettung eine Rolle spielen, da hier die Parteien operieren und diese das Forschungsinteresse dieser Diplomarbeit darstellen. Die fünf Teilregime der internen Einbettung und damit die definierenden Bestandteile der repräsentativen Demokratie sind nochmals:

Demokratisches Wahlregime: Dieses Regime nimmt eine zentrale Position ein, da es für Merkel den sichtbarsten Ausdruck der Volkssouveränität darstellt. Es muss aber dazu gesagt werden, dass ein demokratisches Wahlsystem allein keinesfalls ausreichend für demokratisches Regieren ist.

Politische Partizipationsrechte: Dieses Regime beinhaltet das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit sowie die Assoziations-, Demonstrations- und Petitionsrechte. Des Weiteren müssen neben den öffentlichen auch die privaten Medien ein erhebliches Gewicht haben. Das Regime geht damit dem Wahlregime voraus und auch über es hinaus.

Diese zwei Teilregime benötigen sich gegenseitig, um die Funktionslogik von demokratischen Wahlen zu sichern. Durch das Zusammenspiel der beiden Teilregime wird die Kontrolle der Regierung einerseits durch Wahlen und andererseits durch die Öffentlichkeit in der Zeitspanne zwischen den Wahlen gewährleistet. Diese Teilregime in Kombination „institutionalisieren die Essenz der vertikalen Herrschaftslegitimation einer Demokratie“ (Merkel 2010: 32).

Bürgerliche Freiheitsrechte: Sie bilden den zentralen Baustein der Rechtsstaatsdimension und sind eine elementare Grundbedingung des staatsbürgerlichen Daseins. Diese Freiheitsrechte der BürgerInnen gegenüber den Staat sollen Individuen oder Gruppen gegen die Unterdrückung durch den Staat ab sichern.

Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit: Der Regierung soll durch die Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative bei ihrer Machtausübung auch zwischen den Wahlen Grenzen gesetzt werden. Diese drei Bereiche müssen voneinander unabhängig sein, damit eine ständige wechselseitig Kontrolle gewährleistet werden kann. Die dadurch erreichte horizontale Verantwortlichkeit der Gewalten sorgt auch dafür, dass die Sphären der jeweiligen Gewalten klar abgesteckt werden.

Effektive Regierungsgewalt: Merkel legt den Schwerpunkt dieses Teilregime darauf, dass auch wirklich die demokratisch gewählten RepräsentantInnen die Regierungsgewalt ausüben können und diese nicht bei anderen AkteurInnen liegt, welche keiner demokratischen Verantwortlichkeit unterliegen. Unter diesen möglichen anderen AkteurInnen sind vor allem das Militär oder die Polizei zu nennen, welche eben nicht die letzte Verfügungsgewalt über einzelne politische oder territoriale Bereiche besitzen dürfen (vgl. ebd.: 30ff.).

In der Analyse sollen die *horizontale und vertikale Verantwortlichkeit* (diese betrifft die Teilregime des *Wahlregimes* und der *politischen Partizipationsrechte*) auf ihre Funktionsfähigkeit untersucht werden. Damit soll aber nicht eine Gewichtung der Relevanz der einzelnen Teilregime erfolgen, da ein Defekt in *einem* der Teilregime die anderen beeinflusst. Daher wird bei der Analyse auf die Teilregime der *bürgerlichen Freiheitsrechte* und der *effektiven Regierungsgewalt* eingegangen werden, ohne diese aber in Gänze analysieren zu können. Auch wenn diese Teilregime ohne ihre Interdependenzen in der Theorie und der Realität nicht funktionieren können, muss aus arbeitspraktischen Gründen in dieser Diplomarbeit aus dem Fokus auf die politischen Parteien heraus der Schwerpunkt auf die *horizontale und vertikale Verantwortlichkeit* gelegt werden.

2.1.1. Demokratische Konsolidierung

In diesem Kapitel sollen die theoretischen Bedingungen für eine demokratische Konsolidierung beschrieben sowie die Rolle der Parteien bei der Konsolidierung behandelt werden. Wie bereits in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnt wurde, wird in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung zwischen drei Phasen des Systemwechsels unterschieden: *Ablösung des alten Regimes*, *Institutionalisierung* und *Konsolidierung der Demokratie* (vgl. Veen 2008: 7).

Die Phase der Konsolidierung stellt dabei den Abschluss und gleichzeitig auch den längsten Prozess der Transformation dar. Die Phasen der Institutionalisierung (die Verfassungsgebung und Implementierung der Institutionen, wie zum Beispiel Parlament, Regierung, Judikative) und der Konsolidierung sind dabei nicht immer klar zu trennen, da sie sich teilweise überschneiden und es einen fließenden Übergang von der Institutionalisierung in die Konsolidierung gibt. Die Konsolidierung ist durch die dauerhafte und vorbehaltlose Akzeptanz der demokratischen Institutionen gekennzeichnet. Einen sehr guten Ansatz um ein Grundverständnis für den Begriff der demokratischen Konsolidierung zu schaffen, hat Millard gefunden, der sie als „[...] a process of the institutionalisation and routinisation of democratic rules and practices“ beschreibt (Millard 2004: 3). Eine bekannte und auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Konsolidierung der Demokratie häufig verwendete Erklärung ist jene von Linz/Stepan, welche die Konsolidierung der Demokratie als abgeschlossen betrachten, sobald die demokratischen Regeln „the only game in town“ sind (Linz/Stepan 1996: 5f.).

Generell lässt sich sagen, dass Konsolidierung ein Prozess ist, „in dem das wechselseitige Vertrauen aller politisch relevanter Akteure so groß geworden sein muss, dass ein fairer und offener Wettbewerb um zeitlich befristete Ämter möglich ist“ (Veen 2008: 9). Die Regeln des politischen Spiels müssen von allen relevanten Eliten akzeptiert werden (vgl. Merkel 2010: 33). Diese Definition von Konsolidierung würde dabei eher dem Konzept der „negativen“ Konsolidierung entsprechen: Dieser Begriff wurde von Geoffrey Pridham eingeführt und wird durch das Konzept der „positiven“ Konsolidierung erweitert (Pridham zit. in ebd: 30). Das Konzept der „negativen“ Konsolidierung bezieht sich vorrangig auf das

Verhalten der politischen Eliten; dabei wird von einer negativen Konsolidierung ausgegangen, wenn sich ein Großteil der Eliten, ungeachtet ihrer Motive, an die demokratischen Regeln hält. Die „positive“ Konsolidierung bezieht sich hingegen nicht ausschließlich auf die Ebene der Eliten, sondern es kann erst von einer solchen gesprochen werden, „[...] wenn auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben an die Demokratie reflektieren“ (Merkel 2009: 30). Bei diesem Konzept nimmt die politische Kultur eine wichtige Rolle ein, sie soll systemerhaltend wirken (vgl. Veen 2008: 10). Merkel (vgl. ders. 2009) unterteilt die „positive Konsolidierung“ in vier Ebenen, welche sich in der Regel in einer chronologischen Reihenfolge konsolidieren: Die *konstitutionelle Konsolidierung* betrifft die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen (Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative, Wahlsystem). Die *repräsentative Konsolidierung* umfasst die Parteien und Interessenverbände. Die *Verhaltenskonsolidierung* bezieht sich auf die „informellen“, das heißt auf die potenziellen politischen AkteurInnen (Militär, Finanzkapital, radikale Bewegungen...). Die *demokratische Konsolidierung* der politischen Kultur meint eine Herausbildung einer StaatsbürgerInnenkultur als soziokulturellem Unterbau (vgl. ebd.: 30f.).

Nach Merkel konsolidieren sich diese Ebenen in der Regel nacheinander. Die erste Ebene bestimmt die Strukturen der AkteurInnen des Staates und wirkt dadurch auf die folgenden Ebenen ein. Allerdings ist die zweite Ebene mitverantwortlich für die Konsolidierung der ersten Ebene, da die Parteien und Interessenverbände darüber entscheiden, wie sich die Strukturen der ersten Ebene konsolidieren. Sie beeinflusst aber auch zusammen mit der ersten Ebene das Verhalten der potenziellen politischen AkteurInnen. Bei einer erfolgten Konsolidierung der ersten beiden Ebenen ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass die potenziellen Vetomächte (eben etwa Militär, Finanzkapital, etc...) der dritten Ebene ihre Interessen innerhalb demokratischer Normen und Institutionen verfolgen können. Die vierte Ebene bezieht sich auf die Herausbildung einer StaatsbürgerInnenkultur und kann mitunter Jahrzehnte dauern (vgl. ebd.: 31f.).

Diese Arbeit wird sich auf das Konzept der „positive Konsolidierung“ konzentrieren, des Weiteren erlaubt die Aufspaltung der demokratischen Konsolidierung in vier Ebenen, wie

dies Merkel macht, eine Fokussierung auf die repräsentative Konsolidierung. Da sich aber die unterschiedlichen Ebenen nach Merkel zwar nacheinander konsolidieren, sich aber auch gegenseitig beeinflussen, ist es nicht möglich, eine Ebene isoliert von den anderen zu betrachten. Trotzdem wird in dieser Arbeit eine Fokussierung auf die repräsentative Konsolidierung erfolgen, doch werden um die Frage der demokratischen Konsolidierung Polens zu beantworten, alle Ebenen implizit mitbedacht werden. Im Folgenden soll die repräsentative Konsolidierung etwas genauer behandelt werden.

2.1.1.1. Repräsentative Konsolidierung und Institutionalisierung des Parteiensystems

Damit sich ein demokratisches System konsolidieren kann, benötigt es funktionierende Institutionen. Eine der wichtigsten Institutionen der Demokratie ist das Parteiensystem. Daher nimmt die Beschreibung der Institutionalisierung des Parteiensystems eine zentrale Rolle in dieser Analyse ein. Es gilt zu untersuchen, in welchem Grad die polnischen Parteien bereits institutionalisiert sind sowie unter welchen Voraussetzungen es zu einer Institutionalisierung kam; davor muss aber noch grundsätzlich geklärt werden, wann ein Parteiensystem als institutionalisiert gilt.

Nach Rose/Munro ist die Institutionalisierung des Parteiensystems erreicht, wenn es zu einem stabilen Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen der WählerInnen und dem Angebot der Parteien kommt. Die Institutionalisierung ist dabei als ein über mehrere Wahlen andauernder Prozess zu verstehen. Damit ein Gleichgewicht erreicht wird, benötigt es einige Voraussetzungen (vgl. Rose/Munro 2003: 43), bei diesen handelt es sich um: (1) Die Wahlgesetze sind stabil: Wenn es entweder zu keinen oder nur zu sehr geringen Veränderungen der Wahlgesetze kommt, dann fördert dies eine Institutionalisierung des Parteiensystems. (2) Es bestehen dauerhafte Bindungen der Eliten zu *einer* Partei: Der rationale Prozess der Anpassung führt dazu, dass die erfolgreichen Parteien auf neue aufstrebende PolitikerInnen anziehend wirken und diese eben eher diesen Parteien beitreten, als eine neue zu gründen, da auch die Erfolgsaussichten größer sind. (3) Auch die WählerInnen haben dauerhafte Bindungen zu *einer* Partei: In den osteuropäischen Ländern ist die sozioökonomische Bindung seitens der WählerInnen zu den Parteien nicht so groß wie etwa bei den etablierten Parteien in Westeuropa. Durch

eine Stabilisierung des Angebots könnten aber solche Bindungen dauerhaft entstehen. (4) Die Eliten und auch die WählerInnen lernen mit der demokratischen Regierungsform umzugehen. Die Eliten lernen, wie das politische Spiel funktioniert und wie WählerInnenstimmen zu gewinnen sind, und die WählerInnen lernen, welche Partei am besten ihre Interessen vertritt. Dieser Lernprozess benötigt vor allem Zeit (vgl. ebd.: 44f.).

Wenn nun alle vier Punkte erfüllt sind, kann das Parteiensystem als institutionalisiert angesehen werden. Am Beispiel Polen soll in dieser Diplomarbeit einerseits herausgearbeitet werden, welche Voraussetzungen für eine Institutionalisierung in Polen zu finden waren und andererseits, welche Konsequenzen die spezifische Geschichte Polens auf das polnischen Parteiensystem hatte.

2.1.2. Kriterien für eine Krise der repräsentativen Demokratie

Da nun die Merkmale der repräsentativen Demokratie behandelt wurden, kann an dieser Stelle geklärt werden, was unter einer Krise derselben zu verstehen ist.¹¹ Eine Krise besteht dann, wenn die formalen Grundsätze für die repräsentative Demokratie nicht erfüllt sind. Bei diesen Kriterien handelt es sich um: (1) Die Regierenden werden in periodischen Wahlen ermittelt, (2) sie müssen aber eine gewisse Unabhängigkeit bei der Entscheidungsfindung behalten und (3) diese Entscheidungen müssen in einer öffentlichen Diskussion geprüft werden (vgl. Manin 2007: 14, vgl. Przeworski 1999: 3). Ein weiterer formaler Punkt, der ebenfalls auf eine Krise der repräsentativen Demokratie hinweist, ist ein möglicher Defekt von mindestens einem der von Merkel (vgl. ders. 2010: 30ff.) analysierten Teilregime der repräsentativen Demokratie. Das Hauptaugenmerk in dieser Arbeit wird auf mögliche Defekte in den Teilregimen des *demokratischen Wahlregimes*, der *politischen Partizipation* sowie der *Gewaltenteilung*, also der *vertikalen und horizontalen Verantwortlichkeit* gelegt werden, da diese direkt mit den Parteien in Verbindung stehen. Da es die Parteien sind, die im Rahmen dieser Arbeit *die* zentralen Akteurinnen sind, muss der Fokus zwangsläufig – bei Berücksichtigung der anderen Ebenen der Konsolidierung – auf dem Bereich der repräsentativen Konsolidierung liegen. Bei der repräsentativen Konsolidierung soll untersucht werden, ob sich das polnische

¹¹ Diese Kriterien werden vor allem in Kapitel 4.3. eine Rolle spielen.

Parteiensystem stabilisiert hat und daher als konsolidiert angesehen werden kann (vgl. Vein 2008: 12).

Neben diesen formalen Bedingungen der repräsentativen Demokratie soll ein strukturgefährdendes Defizit identifiziert und die Auswirkung dessen auf die Legitimation der repräsentativen Demokratie untersucht werden; dabei handelt es sich um das in Polen stark ausgeprägte Problem der niedrigen Wahlbeteiligung. Dieses hängt mit der Funktion der Parteien als Vermittlerinnen zwischen den BürgerInnen und dem Regierungssystem zusammen. Da Wahlen den zentralen Bestandteil der repräsentativen Demokratie ausmachen, kann eine geringe Wahlbeteiligung zu einem Legitimationsproblem der politischen Parteien und in weiterer Folge auch in Hinblick auf das repräsentative Regierungssystem führen.

2.2. Politische Parteien

In diesem Kapitel wird die politische Partei im Mittelpunkt stehen. Zu Beginn muss dafür der Unterschied zwischen politischen Parteien und anderen Organisationen herausgearbeitet werden. Erst danach ist es möglich, auf die spezifischen Funktionen der politischen Parteien in einer repräsentativen Demokratie einzugehen. Das Nicht-Erfüllen eben dieser Aufgaben weist auf funktionelle Probleme in der repräsentativen Demokratie hin. Der nächste Teil dieses Kapitels wird sich dann konkret mit der Organisationsstruktur der politischen Partei befassen. An dieser Stelle werden auch die methodischen Werkzeuge zur Durchführung der folgenden Analyse vorgestellt werden. Um die Behauptung aufstellen zu können, dass es sich bei dem Parteityp, der in Polen derzeit vorherrscht, um einen „neuen Parteityp“ handelt, muss ein Blick auf die bereits bestehenden Typen von Parteien geworfen werden.

2.2.1. Parteienbegriff

In der politikwissenschaftlichen Literatur gibt es viele verschiedene Definitionen von Parteien. Um eine für diese Analyse passende Definition zu erhalten, ist es sinnvoll, auf einige etwas genauer einzugehen. Eine erste Annäherung findet sich bei Holländer, der die Partei als „Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt hat“ definiert (Holländer 2003: 24). Diese Definition ist sehr allgemein, da vor allem nicht weiter darauf eingegangen wird, wie diese politischen Ziele durchgesetzt werden sollen. Etwas spezifischer ist in dieser Hinsicht Aleman, der politische Parteien wie folgt definiert: „Parteien sind auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen – durch Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen“ (vgl. Aleman 1995: 9). Hier findet sich der Hinweis auf die Art und Weise, wie politische Parteien ihre Ziele umzusetzen haben, nämlich durch Ausübung der legislativen und exekutiven Gewalt. Ebenfalls findet sich in dieser Definition mit der expliziten Erwähnung der gesellschaftlichen Komponente der Hinweis darauf, dass politische Parteien nicht primär staatliche Akteurinnen sind, sondern als Vermittlungsagenturen zwischen den BürgerInnen und dem staatlichen Bereich zu verstehen sind (vgl. Jun 2004: 58).

Ein wichtiger Aspekt der in oben genannten Definitionen keinen Eingang findet, bezieht sich auf den Auswahlmechanismus, der darüber entscheidet, welche Parteien Regierungsämter besetzen dürfen. Dieser Hinweis findet sich etwa bei der Definition von Sartori: „A party is any political group identified by an official label that presents at elections, and is capable of placing through elections (free or nonfree), candidates for public office“ (Sartori 1976: 63). Bei einer Analyse der polnischen Parteien eignet sich diese Definition besonders gut, da in ihr auch Wahlallianzen eingeschlossen werden, welche gerade mit Blick auf Polen eine beträchtliche Rolle spielen. Ebenfalls bei Sartori findet sich auch der Hinweis darauf, welche Funktionen politische Parteien in einer repräsentativen Demokratie zu erfüllen haben. Die Funktionen der politischen Parteien sind hinsichtlich der Beantwortung der Frage nach einer möglichen Krise der

repräsentativen Demokratie (und damit für diese Arbeit) von großer Bedeutung, weshalb sie im nächsten Kapitel noch genauer untersucht werden.

2.2.2. Funktionen von politischen Parteien in der repräsentativen Demokratie

Wie bereits in der Definition von Sartori angedeutet wurde, haben Parteien spezielle Funktionen in einer repräsentativen Demokratie zu erfüllen, welche für deren Funktionieren unbedingt erfüllt werden müssen.

Bei Beyme (vgl. ders. 1982) finden sich vier Funktionen, die Parteien innerhalb des politischen Systems zu erfüllen haben: (1) die Zielfindungsfunktion, (2) die Funktion der Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen, (3) die Funktion der Mobilisierung und Sozialisierung der Bürger im System, sowie (4) die Elitenrekrutierungs- und Regierungsbildungsfunktion. Die Zielfindungsfunktion bezieht sich auf die Programmatik und Ideologie, welche von der Partei vertreten wird. Unter der Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen versteht Beyme, dass die Parteien die Aufgabe haben, die verschiedene Interessen, Ziele und Ansprüche seitens der Gesellschaft an das politische System zu bündeln und zu politisch vertretbaren Alternativen zusammenzufassen. Die Mobilisierungs- und Sozialisierungsfunktion der BürgerInnen im politischen System wird vor allem durch Wahlen zu erfüllen versucht. Die Elitenrekrutierungsfunktion wird hauptsächlich durch das Parteiennetzwerk abgedeckt. Für die westeuropäischen Parteien stellen die Jugendorganisationen die wichtigste Institution für die Erfüllung dieser Funktionen dar. Die Regierungsbildungsfunktion hängt stark mit der eben erwähnten Elitenrekrutierungsfunktion zusammen, da zur Abdeckung dieser Funktion genügend Personal vorhanden sein muss, um etwa die MinisterInnenposten besetzen zu können (vgl. Beyme 1982: 25f.).

Eine Funktion, die keine Berücksichtigung bei Beyme findet, aber ebenfalls eine wichtige Aufgabe von politischen Parteien ist, ist die Kontrollfunktion. Darunter wird, in Anlehnung an Segert, verstanden, dass Parteien eine unabdingbare Rolle bei der öffentlichen Kontrolle der politischen Elite spielen. Diese Kontrolle wird von den Parteien einerseits indirekt, durch die Stimmenabgabe der WählerInnenschaft ausgeführt, andererseits direkt,

etwa durch Oppositionspolitik (vgl. Segert 2008a: 51). Was bei der obigen Aufzählung der Funktionen der politischen Parteien zwar impliziert wird, aber noch nicht stark genug betont wird, ist die Vermittlungsfunktion der politischen Parteien, welche sie als intermediäre Organisationen zwischen den BürgerInnen und den staatlichen Strukturen zu erfüllen haben (vgl. Nève 2008: 283).

Nachdem der Parteienbegriff definiert und die Funktionen der Partei in einer repräsentativen Demokratie behandelt wurden, soll im folgenden Abschnitt der Fokus auf die Organisationsstruktur der Partei gelegt werden, womit auch die methodischen Werkzeuge vorgestellt werden.

2.2.3. Organisationsstruktur der Partei – analytisch-methodische Werkzeuge

2.2.3.1. Eigenschaften der Partei als Organisation – Angelo Panebianco

Da die polnischen Parteien anhand ihrer Organisationsstruktur analysiert werden sollen¹², und es sich bei politische Parteien um besondere Organisationen handelt, unterliegen diese als solche bestimmten, für alle Organisationen geltenden, Regeln. Diese sollen anhand des Ansatzes von Angelo Panebianco (vgl. ders. 1988: 16ff.) erläutert werden. Dieser ist vor allem deswegen hilfreich, da die in weiterer Folge aufgeführten Dilemmata auch bei der Typologisierung der Parteien eine wichtige Rolle spielen. Weiters ist Panebiancos Theorie für diese Arbeit von Bedeutung, da er die Verbindung der verschiedenen organisatorischen Bereiche der Partei, welche Katz/Mair¹³ definiert haben (*party on the ground*, *party in public office*, *party in central office*) aufzeigt sowie deren gegenseitige Beeinflussung dadurch beschrieben werden kann.

Jede Organisation hat sich laut Panebianco vier Dilemmata zu stellen, welche Auswirkungen auf die Organisationsstruktur nach sich ziehen. Für die Analyse der Parteistruktur sind vor allem Dilemmata zwei und vier interessant, daher werden diese auch etwas detaillierter behandelt werden, wobei aber alle miteinander in Verbindung stehen. Bei diesen organisatorischen Dilemmata handelt es sich um: *Ziele einer Partei*: In

¹² Siehe Kapitel 4.1.2.

¹³ Siehe Kapitel 4.1.1.

den meisten Organisationen, also auch bei Parteien, kann bei den Zielen eine gewisse Entwicklung beobachtet werden; bei der Gründung einer Partei herrscht der Wunsch vor, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, jedoch wird mit der Zeit die Erhaltung der Organisation zum einzigen Ziel (vgl. ebd.: 7ff.).

Unterschiedliche Anreizsysteme: Das zweite Dilemma ist für die Analyse von politischen Parteien sehr zentral. Hier sind sowohl kollektive Anreize, welche so gut wie alle Sympathisantinnen ansprechen als auch selektive Anreize, die nur auf einige wenige wirken können, zu nennen. Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich bei den kollektiven Anreizen um eine Konsequenz aus ideologischen Übereinstimmungen mit der Partei oder um das Gefühl von Zusammengehörigkeit. Die Ideologie ist demnach der Hauptfaktor für die kollektiven Anreize, da sie identitätsstiftend wirken kann. Bei den selektiven Anreizen, welche niemals auf alle SympathisantInnen wirken können, handelt es sich vor allem um materielle Anreize, eine Verbesserung im Status, oder um eine Erweiterung der Macht bzw. des Einflusses (etwa durch einen Posten in einem staatlichen Betrieb). Die selektiven Anreize spielen vor allem bei der Sicherung der Organisation eine große Rolle, da vor allem aktive Mitglieder bzw. MitarbeiterInnen mit den selektiven Anreizen bedient werden. Das Dilemma für die Partei besteht nun darin, dass sie die beiden Anreizsysteme auszubalancieren hat. Daher muss es das Ziel der Parteiführung sein, die materiellen Güter (selektive Anreize) in Maßen an die AnhängerInnen zu verteilen. Bei der Verteilung der Güter sollte die Partei des Weiteren darauf achten, dies versteckt und nicht vor den Augen der Gefolgschaft durchzuführen. Dabei dürfen die offiziellen Ziele nicht völlig ignoriert werden, die Partei muss vorgeben, zumindest offiziell an deren Erreichung interessiert zu sein (ebd. 9ff.).

Strategie des Adaptieren oder Dominierens: Dabei handelt es sich um die Frage, welche Strategie eine Partei gegenüber ihrem Umfeld verfolgt. Wie auch schon bei den Anreizsystemen wird auch bei diesem Dilemma seitens der Parteien versucht, eine Ausgewogenheit herzustellen. Diese gilt es für Parteien anzustreben, da sie durch das Ziel der Selbsterhaltung in die Richtung der Adaption gedrängt werden, von Seiten der Ideologie aber in Richtung Vorherrschaft. Der Grund für diese divergierenden Tendenzen ist, dass einerseits durch eine Adaption und Zusammenarbeit mit den anderen Parteien

das Überleben gesichert wird, aber andererseits durch die Betonung der Ideologie bei den potenziellen WählerInnen eine Vorherrschaft entstehen soll (vgl. ebd.: 11ff.).

Grad der Entscheidungsfreiheit der Parteiführung: Das vierte und letzte Dilemma beschäftigt sich mit der Entscheidungsfreiheit der Parteispitze. Hier muss erwähnt werden, dass es in Parteien wie auch in Organisationen im Allgemeinen eher unüblich ist, dass nur eine Person die Entscheidungen trifft. Panebianco geht von der Annahme aus, dass in einer Partei immer mehrere EntscheidungsträgerInnen zu finden sind. Daher hat die Parteispitze die Möglichkeit, sich bei innerparteilichen Entscheidungen immer neue Mehrheiten zu suchen und besitzt dadurch bereits ein gewisses Maß an Freiheit. Das ändert aber nicht am grundsätzlichen Problem, nämlich daran, ob die EntscheidungsträgerInnen die Entscheidungen unter sich treffen können, oder ob sie sich der Basis bzw. den Mitgliedern beugen müssen. Dieser Bereich hängt sehr stark mit den drei vorher diskutierten Dilemmata zusammen, da die Eliten genug Freiheiten benötigen, um die Strategien zu variieren, um so auf die sich ständig wandelnde Umwelt zu reagieren. Dies gelingt der Parteiführung vor allem dann, wenn sie vorrangig mit einem selektiven Anreizsystem operiert und dadurch keine Rücksicht auf ideologische Überlegungen nehmen muss. Durch Adaptieren oder Dominieren können sie die Stabilität der Partei und das eigentliche Ziel, den Selbsterhalt, sichern (vgl. ebd. 14ff.).

Für die weitere Analyse der politischen Parteien sind vor allem die unterschiedlichen Anreizsysteme, die einer Organisation zur Verfügung stehen, um WählerInnen für sich zu gewinnen bzw. um sie an sich zu binden, von Interesse. Bei der weiter unten folgenden Typologisierung der westlichen Parteien spielen die Ideologie (kollektive Anreize) sowie die Bereitstellung von materiellen Gütern (selektive Anreize) eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Organisationsstruktur der Parteien. Damit in Verbindung steht der Grad der Entscheidungsfreiheit der Parteiführung, welcher ebenfalls ein wichtiges Merkmal der Organisationsstruktur darstellt. Daher werden sich vor allem Panebiancos zweites Dilemma und in Verbindung damit auch das vierte Dilemma wie ein roter Faden durch die Analyse der polnischen Parteien ziehen.

2.2.3.2. Organisationsbereiche der Partei – Richard S. Katz/Peter Mair

In diesem Abschnitt wird ein weiteres, sehr zentrales Werkzeug für die Analyse vorgestellt. Dabei handelt es sich um die drei „Gesichter“ der Partei nach Katz und Mair, welche sie in dem 1994 erschienenen Buch *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies* eingeführt haben. Hier sollen die „Gesichter“, die jeweils bestimmte Organisationsbereiche der politischen Parteien beschreiben, näher erklärt werden.

Die drei „Gesichter“ nach Katz und Mair (vgl. dies.: 1994) sind: (1) „*party in public office*“: die Parteiorganisation in der Regierung und im Parlament, also auf verschiedenen Ebenen des Staates, (2) „*party on the ground*“: die Mitgliederorganisation bzw. die Basisorganisation sowie (3) „*party in central office*“: die Parteizentrale, die über einen professionellen Apparat verfügt. Bei diesen drei „Gesichtern“ handelt es sich um bestimmte organisatorische Bereiche innerhalb der politischen Parteien. Die unterschiedlichen Parteitypen sind durch einen Wandel der Beziehungen zwischen diesen drei organisatorischen Bereichen der Parteien gekennzeichnet. Dieses Modell ist für die Analyse deshalb so interessant, da es auch auf die polnischen Parteien anzuwenden ist und des Weiteren einen Vergleich der Organisationsstruktur von polnischen mit der von westlichen Parteien ermöglicht. Dies ist deshalb von Interesse, da dadurch ermöglicht wird herauszufinden, ob sich in Polen ein neuer Parteityp herausgebildet hat¹⁴.

2.2.4. Typologisierung von Parteien

Wie bei den meisten theoretischen Modellen, die sich mit einer Typologie befassen, muss auch hinsichtlich dieser schematischen Darstellung klargestellt werden, dass es sich hierbei im Sinne Max Webers um Idealtypen handelt und diese in der Realität in dieser Form nicht anzutreffen sind. Parteien besitzen in der Regel immer einige Merkmale, die nicht zu dem jeweiligen idealtypischen Modell passen. Politische Parteien sind also immer Mischformen (vgl. Sartori 2005: 12). Bei dieser Typologie handelt es sich um die Beschreibung der Entwicklung von politischen Parteien in Westeuropa. Bei der Typologisierung ist vor allem darauf zu achten, dass der jeweilige Parteityp eine Reaktion

¹⁴ Siehe Kapitel 4.1.

auf veränderte Verhältnisse darstellt. Signifikant ist vor allem der Wandel bei den Mitgliedern (sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch auf deren Funktionen) und damit einhergehend der Wandel bezüglich der Parteienidentifikation sowie der Rolle der Eliten. Ebenfalls zu beachten ist, mit welchem Anreizsystem (kollektiv oder selektiv) seitens der Partei versucht wird, die WählerInnen an sich zu binden. Diese erwähnten Merkmale können jedoch nicht unabhängig von einander betrachtet werden können, sondern müssen immer zueinander in Beziehung stehend gesehen werden.

Ebenfalls wichtig in Bezug auf die folgende Typologisierung ist ein Modell, welches erlaubt, einen Blick auf die Schwierigkeiten zu werfen, die die westeuropäischen Parteien zu einem Wandel ihrer Organisationsstruktur gezwungen haben. Laut Blyth/Katz sind die modernen politischen Parteien entstanden, damit drei Koordinationsproblemen der repräsentativen Demokratie gelöst werden können. Das erste Problem, das *interne Dilemma*, befasst sich mit der Frage der Koordination des Handelns von nominell gleichen AkteurInnen innerhalb einer Versammlung (wie etwa dem Parlament). Das zweite Koordinationsproblem stellt das *externe Dilemma* dar, welches sich auf die Organisation und Koordination einer großen Zahl von AnhängerInnen konzentriert. Vor allem in Bezug auf Wahlen und die Mobilisierung der WählerInnen stellte allein die geografische Distanz zu Letzteren oftmals eine unüberwindbare Hürde dar. Diese beiden Probleme in Kombination schufen wiederum das dritte, das *Netzwerk-Problem*; bei diesem handelt es sich um das Problem der Koordination von neu entstandenen Parteien und deren Bündelung in eine stabile Organisationsform (vgl. Blyth/Katz 2005: 34f.).

Die nun folgende Typologisierung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, es soll vielmehr durch die Darstellung versucht werden, einerseits den Zusammenhang der historischen Situation mit der Entwicklung des jeweiligen Parteityp aufzuzeigen (internes und externes Dilemma sowie Netzwerk-Problem) und andererseits die Beziehungen zwischen den organisatorischen Bereichen der Partei (*party on the ground*, *party in public office* und *party in central office*) in den jeweiligen Parteitypen darzustellen.

2.2.4.1. Kaderpartei

Für die Entstehung der Kaderpartei war vor allem das oben beschriebene interne Dilemma für die Repräsentanten von großer Bedeutung. Die Aufgabe der nationalen Eliten war, den losen Zusammenschluss der individuellen Kandidaten und die unterschiedlichsten Interessen zu bündeln, beziehungsweise diese miteinander zu vereinbaren. Daher schlossen sie sich innerhalb des Parlaments zu Parteien zusammen. Das externe Dilemma hatte in diesem Fall noch keine große Bedeutung, da sich die AnhängerInnenenschaft hauptsächlich aus der Klientel der Repräsentanten zusammensetzte und auch das Wahlrecht in dieser frühen Phase der Entwicklung der modernen Demokratie noch nicht auf große Teile der Bevölkerung ausgedehnt war (vgl. Blyth/Katz 2005: 35).

Die Kaderpartei war dadurch gekennzeichnet, dass ihre Organisation stark dezentralisiert und die Akteure, die innerhalb der Partei operierten, nur schwach miteinander verknüpft waren. Sie bestand aus vielen, unterschiedlich agierenden Individuen mit einer eigenen AnhängerInnenenschaft. In der Kaderpartei bestand daher eine enge Verbindung zwischen der *party on the ground* und der *party in public office*. Diese Verbindung war darauf zurückzuführen, dass die *party on the ground*, also die Mitglieder, gleichzeitig auch die persönlichen Unterstützer der gewählten Repräsentanten darstellten (vgl. Duverger 1954: 63ff.).

2.2.4.2. Massenpartei

Das Entstehen der Massenpartei ist auf Lösungsversuche des externen Dilemmas zurückzuführen. Durch die Ausdehnung der potenziellen WählerInnenenschaft Anfang des 20. Jahrhunderts rückte die Koordination einer großen AnhängerInnenenschaft in den Mittelpunkt. Die Herausbildung der Massenpartei kann als Konsequenz der Verschiebung des Koordinationsproblems in die außerparlamentarische Sphäre gesehen werden. Dieses zeigte sich gerade bei Wahlkämpfen sehr deutlich, da die potenzielle WählerInnenenschaft nun viel größer wurde und die Verbindung mit der persönlichen AnhängerInnenenschaft für einen Wahlerfolg nicht mehr ausreichte (vgl. Blyth/Katz 2005: 36).

Für Peter Mair (vgl. ders. 1997: 34) ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Massenpartei. Auch Sartori meint, dass man jede in einer industriellen Gesellschaft operierende Partei als eine Massenpartei bezeichnen kann, wobei er allerdings hinzufügt, dass nicht jede davon tatsächlich auch eine ist (vgl. Sartori. 2005: 12)¹⁵. Die Massenpartei ist durch eine hohe Mitgliederdichte gekennzeichnet. Sie ist stark in der Gesellschaft verankert, was auch gleichzeitig eine Folge der hohen Mitgliederzahlen ist, da die Koordination der Mitglieder ein großes organisatorisches Netzwerk benötigt (vgl. ebd.: 13). Diese Verankerung in der Gesellschaft führte auch zur Stabilisierung der westlichen Parteiensystemen. Dieser Typ zeichnet sich durch eine starke Betonung der ideologischen Komponenten aus; es wird versucht, die Mitglieder mit dieser Betonung an sich zu binden (vgl. Mair 1997: 35f.). Dies führt dazu, dass sich die AnhängerInnen mit einer Idee und nicht mit realen Personen identifizieren (vgl. Sartori 2005: 12).

Die Massenpartei ist sehr stark an die Verbindung zwischen der Parteienorganisation und der Gesellschaft geknüpft. Die organisatorische Struktur der Massenpartei ist auf die Vorstellung ausgerichtet, dass die Gesellschaft in Gruppen geteilt ist, welche selbstbewusst und selbstreferentiell sind. Daher sehen sich die Parteien als Repräsentantinnen bestimmter Gruppen und sprechen diese auch in ihrer Gesamtheit an (vgl. Kittilson/Scarrows 2003: 64). Dies ist auch ein Grund dafür, warum die Massenparteien hauptsächlich mithilfe ideologischer Komponenten ihre Wahlkämpfe durchführen; um einen Erfolg bei den Wahlen zu erreichen, reichen die kollektiven Anreize, die den potentiellen WählerInnen versprochen werden, meistens aus. Das Entstehen des neuen Typs ist auch an die Veränderung der Parteienfinanzierung gekoppelt; die Parteien sind nicht mehr so abhängig von den Mitgliedsbeiträgen, neue Technologien ermöglichen es ihnen, andere Kommunikationskanäle zu nutzen. Durch diese Technologien kann die Parteiführung direkt zu ihren Mitglieder sowie ihren potenziellen WählerInnen sprechen (vgl. Mair. 1997: 39). In der Massenpartei fungiert die *party in central office* als eine Art Beschützerin für die *party on the ground*, indem sie die *party in public office* ihren Mitgliedern gegenüber als Verantwortliche herausstreicht (vgl. Katz/Mair 1994: 12).

¹⁵ Sartori unterteilt den Begriff Massenpartei in eine „electoral mass party“ und eine „organisational mass party“ (vgl. Sartori 2005: 18). Wie der Name bereits sagt, handelt es sich bei der „electoral mass party“ um eine Partei, die bei der Wahl von einer Masse gewählt wird und bei der „organisational mass party“ um eine Partei, welche auch von Seiten der Organisation auf eine Integration der Massen eingestellt ist. Nur Letztere ist für Sartori auch eine Massenpartei (vgl. ebd. 18f.).

Durch die Lösungsstrategien der Massenpartei bezüglich des externen Dilemmas entsteht allerdings zugleich ein neues Problem – das Netzwerkproblem. Die Lösungsstrategien der Massenparteien sind erstens durch eine Ideologie, welche wiederum eine kollektive Identität bei den UnterstützerInnen schafft, geprägt, zweitens durch eine bestimmte Politik, welche die Interessen der AnhängerInnenschaft bedient, und erfolgt drittens durch die Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Für Letzteres ist eine *party in public office* nötig, die sich wiederum mit der *party on the ground* zu koordinieren hat. Darin besteht bereits ein Netzwerk-Problem, welches als eine direkte Konsequenz des Erfolgs der Massenpartei gesehen werden kann (vgl. Blyth/Katz 2005: 36f.). Das Verhältnis zwischen der *party on the ground* und der *party in public office* hat dazu beigetragen, dass sich die so genannte Catch-All-Partei entwickeln konnte. Denn die Tatsache, dass die *party in public office* eine Vertretung der *party on the ground* ist, bringt das Problem mit sich, dass das parteiinterne Entscheidungsgremium nicht permanent tagen kann, und somit der *party in public office* die Wünsche der *party on the ground* auch nicht jederzeit mitgeteilt werden können. Die Konsequenz daraus ist die Schaffung einer *party in central office*, welche die Aufgabe hat, die Wünsche der *party on the ground* an die *party in central office* zu übermitteln (vgl. ebd.: 37).

2.2.4.3. Catch-All-Partei

In den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich schließlich der Parteientyp der Catch-All-Partei als dominante Form durchgesetzt. Ihre Entwicklung setzte aber bereits nach dem Zweiten Weltkrieg ein und war eine Reaktion auf die veränderte soziale Struktur der Gesellschaft (Williams 2009: 539). Die Catch-All-Partei ist gekennzeichnet durch die geringere Gewichtung der Ideologie, die Stärkung der SpitzenpolitikerInnen, die Herabsetzung der Rolle der individuellen Mitglieder, eine geringere Konzentration auf die Stammklientel sowie durch die Sicherung des Zugangs zu Interessenvereinigungen (vgl. Mair 1997: 37). Die Mitglieder werden von der Parteiführung teilweise als Belastung gesehen, da von der Parteiführung ein enormer Anpassungsdruck empfunden wird. Der Orientierungspunkt der Parteiführung wandelt sich von den Mitgliedern hin zur potenziellen WählerInnenschaft (vgl. Jun 2004: 104). Auch die ideologischen Überlegungen verlieren an Gewicht, da die taktischen Überlegungen zur

Stimmenmaximierung Vorrang erhalten und es in der Folge zu einer Professionalisierung in der Parteiführung kommt (vgl. ebd.: 105).

Die Struktur der Catch-All-Partei ist auf die Vorstellung ausgerichtet, die Gesellschaft sei aus atomisierten Individuen zusammengesetzt (vgl. Kittilson/Scarrow 2003: 64). Dadurch ist es nicht mehr möglich, sich auf eine Ideologie zu berufen, da keine alle UnterstützerInnen ansprechende Ideologie vorhanden ist und jedeR potenzielle WählerIn andere Präferenzen hat. Die Partei müsste daher jedeN WählerIn individuell behandeln; da dies nicht möglich ist, werden eher allgemeinere Themen angesprochen, bei denen leicht ein Konsens gefunden werden kann. Diese Entwicklung hat sich aber noch weiter verstärkt und ist in dem Modell der Electoral-Professional-Partei noch stärker ausgeprägt. Weitere Merkmale der Catch-All-Partei, neben der Professionalisierung der Parteiführung, sind, dass die Politik als Beruf ausgeführt und ein effizientes Management der Partei nach innen und außen angestrebt wird. Die PolitikerInnen streben öffentliche Mandate zur Absicherung ihrer Karriere an (vgl. Jun 2004: 106). Einzelne Mitglieder erringen zwar mehr Rechte, aber letztlich wird die Parteiführung gestärkt.

Die Wahlkämpfe werden immer professionalisierter und es wird immer weniger auf die Mitglieder als WahlkämpferInnen zurückgegriffen (vgl. ebd.: 107), wodurch die Beziehung zwischen der Partei und vor allem ihren Mitgliedern, aber auch ihren WählerInnen immer loser wird (vgl. Safran 2009: 547). Bei dem Catch-All Modell hat sich auch die Aufgabe der Parteien etwas geändert. Zur Zeit der Massenparteien war es ihre Aufgabe, die Interessen der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat zu repräsentieren. In der Phase der Catch-All-Partei fungiert die Partei als eine unabhängige Vermittlerin zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft (vgl. Katz/Mair 1994: 8).

Das Problem der Catch-All-Partei nach Blyth/Katz (vgl. dies. 2005: 38) ist, dass durch eine Abkehr von der Ideologie die KernwählerInnen verloren gehen. Dabei handelt es sich um jene WählerInnen, die nur aufgrund der kollektiven Anreize der Identität die Partei unterstützen; Panebianco nennt diese AnhängerInnen „Believers“ (ders. 1988: 26). Der Verlust der „Believers“ wiegt auch deswegen so schwer, da sie die Partei aktiv unterstützen, ganz abgesehen davon, dass sie treue WählerInnen sind, die nicht so

schnell die AnhängerInnenenschaft aufgeben und noch seltener zu einer anderen Partei wechseln. Daher muss sich die Catch-All-Partei um eine noch viel ausgedehntere Verteilung von öffentlichen Gütern kümmern, um die WählerInnenstimmen zu behalten.

Die Folge aus dieser Entwicklung ist das Entstehen eines neuen Parteityps, der nicht mehr auf das Anreizsystem der Bereitstellung öffentlicher Güter angewiesen war. Bevor jedoch auf diesen Typ eingegangen wird, soll an dieser Stelle kurz auf einen der Catch-All-Partei sehr ähnlichen Typ eingegangen werden. Hierbei handelt es sich die Electoral-Professional-Partei die als eine Art Überleitung von Catch-All- zur Kartell-Partei, dem letzten in dieser Klassifizierung beschriebenen Parteityp, angesehen werden kann.

2.2.4.4. Electoral-Professional-Partei

Eine weitere Möglichkeit der Klassifizierung und Typologisierung politischer Parteien, die es hier zu erwähnen gilt, ist der von Panebianco beschriebene Typ der Electoral-Professional-Partei (vgl. Panebianco 1988: 262ff.).

Für Panebianco sind die zentralen Merkmale der Catch-All-Partei: ein Prozess der *De-Ideologisierung* der sich dadurch bemerkbar macht, dass nicht mehr hauptsächlich ideologische Themen angesprochen werden, sondern der Fokus der Parteien vielmehr auf allgemeinere Themen gelegt wird, über die in der WählerInnenenschaft ein Konsens herrscht, wie etwa die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung, Sicherheit, Ordnung, usw.; eine *steigende Abhängigkeit* von Interessengruppen sowie die Transformation der früheren parteinahen Gruppierungen, wie etwa der Gewerkschaften, oder religiöser Gruppen in Interessengruppen mit einer weniger starken Bindung zur Partei; der *Verlust des politischen Gewichts der Mitglieder* und der Bedeutungsverlust der Rolle des politischen Aktivismus des gemeinen Parteivolkes; die *Stärkung des Anführers/der Anführerin* sowie seine finanzielle Abhängigkeit von externen Interessengruppen anstelle von Mitgliedern; eine *schwächere Beziehungen zur ParteiwählerInnenenschaft*, oder besser gesagt: zur Basis beziehungsweise den KernwählerInnen. Die schwächeren Beziehungen äußern sich darin, dass keine Bindungen zu sozialen

Bewegungen sowie so gut wie keine soliden politischen Subkulturen (vor allem Jugendorganisationen sind hier zu nennen) vorhanden sind (vgl. ebd.: 262f.).

Nach Angelo Panebianco (ders. 1988) hat sich die Organisationsstruktur der Parteien beim Übergang von der Massenpartei zur Catch-All-Partei von großen Integrationsparteien zu Wahlagenturen¹⁶ gewandelt; dieser Übergang kann anhand der gesteigerten Professionalisierung verdeutlicht werden. Panebianco vergleicht diesen in Hinsicht auf den Grad der Professionalisierung mit der Mass-Bureaucratic-Partei¹⁷. Die Unterschiede dieser beiden Typen sind, dass bei der Electoral-Professional-Partei nicht mehr die Bürokratie eine zentrale Rolle spielt, sondern die Aufgaben von Fachleuten und SpezialistInnen übernommen werden. Es bestehen keine starken vertikalen Bindungen zwischen den Eliten und den Mitgliedern, sondern es wird versucht die MeinungswählerInnen zu erreichen. Die staatlichen VertreterInnen übernehmen auch die Rolle parteiinterner AnführerInnen, die Finanzierung erfolgt nicht mehr durch die Mitglieder, sondern durch Interessengruppen und die staatliche Unterstützung. Der Fokus der Partei rückt von der Ideologie auf Sachthemen (vgl. Panebianco 1988: 264).

2.2.4.5. Kartell-Partei

Wie bereits oben angedeutet wurde, sind der Catch-All-Partei inhärente Probleme die Auslöser für die Entwicklung der Kartell-Partei. Erstens stellt sich das Problem der wachsenden Verteilung von öffentlichen Gütern durch die Catch-All-Parteien als ein sich selbst antreibendes Perpetuum Mobile heraus. Da die Verteilung von öffentlichen Gütern in der Logik der Catch-All-Parteien die einzige Möglichkeit ist, um WählerInnenstimmen an sich zu binden, muss jede Partei versuchen, mehr anzubieten als die anderen, weshalb die Möglichkeit der Bereitstellung von öffentlichen Gütern in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Der zweite Grund für das Entstehen der Kartell-Partei war, dass die Mitglieder und UnterstützerInnen für die Parteien immer mehr an Relevanz verloren; vor allem für den Wahlkampf wurden sie durch das Aufkommen der Massenmedien immer

¹⁶ Panebianco verwendet den Begriff „agencies“ (vgl. ders. 1988: 262).

¹⁷ Der Begriff der Mass-Bureaucratic-Partei ist eigentlich nur ein anderer Begriff für die Massenpartei. Damit aber der Unterschied zwischen dieser und Panebiancos Typ mehr in den Vordergrund tritt, verwendet er diesen Begriff.

entbehrlicher, da der Fokus der Parteien sich weg von den freiwilligen Mitgliedern hin zu ausgebildeten PR-BeraterInnen bewegte (vgl. Blyth/Mair 2005: 40).

Das wichtigste Merkmal der Kartell-Partei, welches sie auch am deutlichsten von der Catch-All Partei abgrenzt, ist die Zentrierung des Interesses der Partei auf den Staat (vgl. Nève 2008: 286). Da die Partei, unter anderem durch den Verlust ihrer Mitglieder, finanziell vom Staat abhängig ist, erfolgt eine Zentrierung auf diesen. Jun meint dazu, dass „[...]die enge zwischenparteiliche Kooperation zur Absicherung staatlicher Privilegien als ein herausragendes Merkmal der Konzeption von der Cartel Party gelten [kann]“ (Jun 2004: 107). Neben der Sicherung der Finanzierung bietet der Staat auch noch andere Ressourcen wie öffentliche Ämter oder materielle Güter (vgl. Spiwak 2008: 73ff.). Durch die Orientierung hin zum Staat und durch die Entfernung der Partei von der gesellschaftlichen Basis, werden die Verbindungen zur Gesellschaft im Allgemeinen schwächer (Jun 2008: 107). Die Nähe zwischen Staat und Partei geht sogar so weit, dass die Kartell-Parteien eine semistaatliche Stellung erreichen, „[...] indem es zu einer Kartellbildung der Parteieliten mit der politischen Klasse kommt“ (Nève 2008: 285). Die Parteiführung verfügt über weitreichende Kompetenzen und die Mitglieder, aber auch die Delegierten, verlieren immer mehr an Bedeutung (vgl. ebd.: 286). Die Mobilisierung der WählerInnen erfolgt nicht mehr durch die Parteimitglieder, sondern über die Medien und wird von professionellen ExpertInnen und BeraterInnen ausgeführt. Dieses Modell geht weg von den früheren parteidemokratischen Modellen, hin zu einem elektoralen Modell (vgl. Jun 2008: 108).

Wie oben bereits erwähnt wurde, ist die Partei durch den Verlust eines Großteils ihrer Mitglieder von der staatlichen Parteienfinanzierung abhängig. Es muss aber angemerkt werden, dass die Parteien nicht nur auf den Mitgliederschwund reagiert haben, sondern dieser von ihnen teilweise aktiv gefördert wurde, um eine größere Entscheidungsfreiheit zu erlangen, damit sie nicht mehr auf ideologische Überlegungen Rücksicht zu nehmen haben. Der Effekt ist, dass die politischen Entscheidungen der Parteien eher deshalb getätigt werden, um das eigene Überleben zu sichern, anstatt wie früher, durch politische Entscheidungen, soziale Verbesserungen zu erreichen (vgl. Birnir 2009: 31). Eine andere Politik, welche die Kartell-Partei verfolgt, ist jene der Verringerung der Konkurrenz. Diese

wird durch die Kartellbildung der etablierten Parteien gefördert, da mit dem Einzug in das Parlament auch die Finanzierung der Wahlkämpfe sowie der Zugang zu den Medien und damit die Erreichbarkeit der Öffentlichkeit gesichert wird.

Wie die anschließende Analyse polnischer Parteien aufzeigen wird, lassen sich diese nicht gänzlich mit einem der aufgeführten Klassifikationsmodelle beschreiben, wenn sie auch einige Merkmale dieser Parteitypen enthalten. Dieses Kapitel diene der Verdeutlichung der analytischen Vorgangsweise; ebenfalls ist es wesentliche Voraussetzung für die Skizzierung der Merkmale eines möglichen „neuen“ Parteityps.

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

Diese Kapitel dient der Untersuchung der historischen Entwicklung des Parteiensystems und der „relevanten“ polnischen Parteien. Sowohl der Zeitraum als auch der Gegenstand der weiteren Untersuchung sollte bestimmt werden, wird ein Blick auf die historische Entwicklung des polnischen Parteiensystems geworfen werden. Am Ende dieses Abschnitts soll die Frage geklärt werden, ob das polnische Parteiensystems als stabilisiert angesehen werden kann. Dabei soll auch überprüft werden, worin die Ursachen für eine etwaige Stabilisierung liegen und ob sich das theoretische Modell der „cleavages“ (strukturierende gesellschaftliche Bruchlinien) auf den polnischen Fall anwenden lässt.

Die Organisationsstruktur der Parteien wird im nächsten Abschnitt eine Rolle spielen, da nach einem historischen Exkurs über die Entstehungsgeschichte „relevanter“ Parteien diese hinsichtlich der Merkmale ihrer Organisationsstruktur zu untersuchen sind. Damit wird auch die Grundlage für die Überprüfung, ob die polnischen Parteien einem „neuen“ Parteytyp¹⁸ zuzuordnen sind, gelegt.

3.1. Zeitraum und Gegenstand der Untersuchung

3.1.1. Zeitraum

Den eigentlichen Beginn des Untersuchungszeitraums markieren die halb-freien Parlamentswahlen¹⁹ 1989, jedoch wird in Hinblick auf die zentrale Rolle der Solidarność deren Entwicklung auch vor 1989 angedeutet werden. Die Parlamentswahl 2007 markiert hingegen das Ende des Analysezeitraumes. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit werden die Wahlen 2011²⁰ bereits über die politische Bühne gegangen sein; sowohl aus

¹⁸ Siehe Kapitel 4.1.

¹⁹ Siehe Kapitel 3.2.1.

²⁰ Die PO konnte die Wahl mit 39,18% der Stimmen recht deutlich für sich entscheiden. Zweite wurde wie erwartet die PiS mit 28,29% der Stimmen. Die PSL (8,36%) und die SLD (8,24%) schafften ebenfalls beide den Einzug ins Parlament. Die große Überraschung stellte der Einzug der zum ersten Mal angetretenen Partei „Ruch Palikota“ (dt.: Palikot Bewegung) dar. Sie schaffte auf Anhieb 10,02% und lag damit vor den etablierten Parteien PSL und SLD: Eine genaue Analyse kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgegeben werden. Es scheint aber so, als hätte sich das polnische Parteiensystem weiter stabilisiert.

zeitlichen Gründen als auch aufgrund des bereits fortgeschrittenen Stadiums dieser Diplomarbeit hat sich der Verfasser gegen eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Wahl 2011 entschieden. Der Fokus wird auf die Entwicklung der polnischen Parteienlandschaft im 21. Jahrhundert gelegt, da das Interesse dieser Arbeit auf die Analyse eines möglichen „neuen Parteityps“ fokussiert.

3.1.2. Gegenstand

Mit wie vielen zu untersuchenden Parteien wird man nun aber in dieser Arbeit konfrontiert sein? Ein sehr häufig angewandter modus operandi bei der Ermittlung der Anzahl von untersuchenswerten Parteien ist die Beschränkung auf „relevante“ Parteien (vgl. Sartori 1977: 122). Nach Sartori lassen sich dabei zwei Kriterien ausmachen, um zu bestimmen, ob eine Partei als relevant angesehen werden kann. Beide Überlegungen beziehen sich eher auf nicht besonders stimmenstarke Parteien; Parteien, welche die Mehrheit der Stimmen haben, oder sich die meiste Zeit in der Regierung befinden, können im Vorhinein als relevant angesehen werden.

Das erste Bestimmungskriterium besagt, dass eine Partei ein Koalitionspotenzial („coalition potential“) besitzen muss, um als relevant gelten zu können, d.h. sie muss sich zu irgendeinem Zeitpunkt in einer Regierungskoalition befunden haben. Dieses Kriterium wird post festum angewandt und ist daher recht leicht zu konstatieren (vgl. Sartori 1977: 122). Das zweite Kriterium Sartoris bezieht seine wissenschaftliche und theoretische Berechtigung daraus, dass es auch Parteien gibt, die relativ „groß“ sind, aber trotzdem noch nicht in einer Regierungskoalition waren. Hierbei handelt es sich um Parteien, die aufgrund ihrer Ideologie von den anderen Parteien nicht als koalitionsfähig betrachtet und deshalb von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen werden. Sartori spricht in diesem Zusammenhang von einem Erpressungspotential („blackmail potential“) der ausgeschlossenen Parteien. Nach dieser Überlegung sind Parteien dann relevant, wenn sie die Richtung des Wettkampfes der regierungsorientierten Parteien beeinflussen können. Damit ist gemeint, dass sie relevant sind, wenn ihre parlamentarische Fraktion

Zum ersten Mal gelang es einer Partei, zwei aufeinanderfolgende Wahlen für sich zu entscheiden. Unerwartet ist der direkte Einzug einer neuen Partei ins Parlament, vor allem, da dies mit dem Gewinn der drittmeisten Stimmen gelang (vgl. Majcherek 2011).

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

eine Art Veto-Potential besitzt und diese damit die Richtung des Wettkampfs der anderen Parteien lenken können (vgl. Sartori 1977: 133).

Im konkreten polnischen Fall lassen sich vier Parteien²¹ herausstreichen, welche die oben genannten Kriterien erfüllen. Bei ihnen handelt es sich um:

1. PiS (Prawo i Sprawiedliwość, dt.: Recht und Gerechtigkeit)
2. PO (Platforma Obywatelska, dt.: Bürgerplattform)
3. PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe, dt.: Polnische Bauernpartei)
4. SLD (Lewicy Demokratycznej, dt.: Bündnis/Partei der demokratischen Linken)²²

Diese sind als „relevante“ Parteien zu bezeichnen, da sie bereits zumindest einmal an einer Regierung beteiligt waren bzw. in den letzten Jahren die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten.

²¹ Nach der ersten Regel Sartoris wären im Falle Polen die LPR und Samoobrona ebenfalls als „relevante“ Parteien zu bezeichnen, aus arbeitstechnischen Gründen, vor allem aber da sie laut Ziemer (vgl. ders. 2009: 176f.) fürs Erste von der Bühne der nationalen Politik ausgeschieden sind, werden sie in dieser Analyse keine Berücksichtigung finden können. 2007 schaffte keine der beiden Parteien den Einzug in den Sejm. Die Samoobrona erhielt gerade einmal 1,53% der Stimmen, dicht gefolgt von der LPR mit 1,3% der Stimmen. Einige führende RepräsentantInnen der Samoobrona sind noch dazu in Strafprozesse verwickelt. Die LPR hat sich mit „nationalistischen, xeno- und homophoben Parolen teilweise europaweit [diskreditiert]“ (vgl. ebd.: 176). Bingen (vgl. ders. 2008: 86) kommt zur gleichen Einschätzung, indem er die beiden in der „politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden“ sieht.

²² Die direkte Nachfolgerin der PZPR ist die SdRP (Sojaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej, dt.: Sozialdemokratie der Republik Polen), in die auch fast die gesamte Elite der PZPR übergewechselt ist. Die SdRP schloss sich 1990 mit einigen anderen Parteien zusammen und gründete die Allianz SLD. Bis 1999 stellte die SdRP den stärksten Teil der Allianz dar, bis sie in der neugegründeten SLD völlig integriert wurde (vgl. Buras 2006: 84, vgl. Sula 2008: 314f.).

3.2. Entwicklung des polnischen Parteiensystems

Dieses Kapitel wird sich mit der Entwicklung des polnischen Parteiensystems befassen. Ausgegangen wird dabei von der Vorstellung, dass sich diese Entwicklung in vier Phasen einteilen lässt, welche unterschiedliche Entwicklungsschritte bezüglich der Stabilisierung des polnischen Parteiensystems darstellen. Diese Phasen entsprechen ungefähr Regierungsperioden, so dass der Beginn eines Untersuchungszeitraums jeweils mit dem Jahr, in dem eine Parlamentswahl stattfand, gleichgesetzt wird. Stabilisierung muss dabei als *Prozess* verstanden werden: Es liegt somit auf der Hand, dass dieses hier vorgestellte Schema nur der besseren Übersicht dient. Wandel erfolgt schrittweise und lässt sich in den meisten Fällen nicht auf ein isoliertes historisches Ereignis zurückführen. Die erste Phase umfasst die Zeit vor den ersten freien Sejmwahlen und wird sich vor allem mit der Bewegung der Solidarność auseinandersetzen, da diese eine wichtige Rolle für die weitere Entwicklung des Parteiensystems spielt. Die zweite Phase wird die Zeit zwischen den ersten Wahlen 1991 und der Einführung der neuen Verfassung 1997 behandeln. Die dritte Phase beginnt mit den Wahlen 1997 und endet mit der Machtübernahme der SLD 2001. In der letzten Phase wird die Zeit nach den Wahlen 2001 bis zu den Parlamentswahlen 2007 behandelt. Zuletzt soll untersucht werden, ob hinsichtlich des polnischen Parteiensystems von einer Stabilisierung desselben gesprochen werden kann, und wenn ja, ab wann dies der Fall ist und welche Gründe hierfür herausgearbeitet werden können.

3.2.1. Solidarność und die halb-freien Sejmwahlen 1989

In den 1970er und 1980er Jahren kam es laut Buksiński in der Form einer spontanen antitotalitären Opposition zu einer Demokratisierungswelle, die sich aus der solidarischen Zusammenarbeit der ArbeiterInnen, BäuerInnen und Intellektuellen unter der Schirmherrschaft der Solidarność formte (vgl. Buksiński 2009: 140). Die Bewegung der Solidarność versuchte sich bewusst als eine unpolitische Bewegung darzustellen, daher glich auch ihre Organisationsstruktur der einer sozialen Bewegung (vgl. Bielasiak 1997: 25). Für die weitere Entwicklung der Parteien ist interessant, dass fast alle Parteien, abgesehen von den Nachfolgeparteien der Polnischen Volks-(Bauern-)Partei und der

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

Partei der demokratischen Linken, mehr oder weniger direkt aus ihr hervorgegangen sind, daher lohnt es sich jene etwas genauer zu untersuchen.

Polen hat durch die Stellung, welche die Solidarność unter der sozialistischen Herrschaft einnahm und durch den Einfluss, den sie auf das Ende dieses Regimes hatte, eine einzigartige Ausgangslage; die Solidarność sollte Polens politische Entwicklung der Jahre nach der Wende bestimmen (vgl. Bielasiak 2010: 44). Diese Ausgangslage brachte nach Gortat (vgl. ders. 2009: 153ff.) hauptsächlich positive Faktoren für eine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie in Polen mit sich. Der wichtigste Faktor war, dass sich die aus der Solidarność hervorgegangenen Parteien nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft auf die autonome Tradition der anti-sozialistischen Opposition beziehen konnten. Dies war jene Phase, in der sie ihre Identität finden mussten, um eine Legitimation zu erhalten. Durch die starke Stellung der Solidarność als Gegnerin des sozialistischen Staates und die dadurch ausgelöste klare Trennung in der Bevölkerung in ein „Wir“, die Solidarność-Bewegung bzw. das „Volk“, und „die“, das Regime, wurde das unparteiische „Wir“ als Quelle der Legitimität herangezogen (vgl. Bielasiak 2010: 42). Es lassen sich aber auch durchaus Faktoren finden, die sich negativ auf die demokratische Konsolidierung ausgewirkt haben; zum einen führte die Dominanz der Solidarność in den ersten Jahren zu einer unstrukturierten politischen Landschaft nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Solidarność bewusst eine nicht-Parteien-ähnliche Organisationsstruktur besaß um sich damit von der sozialistischen Partei abzugrenzen. Zum anderen war in der Bevölkerung eine sehr stark ausgeprägte Anti-Parteien-Haltung zu konstatieren, welche ebenfalls auf diese Zeit zurückzuführen ist (vgl. Gortat. 2000: 153ff.).

1989 wurde das politische System in Polen teilweise geöffnet; diese Reformen wurden bei den „Rundtischvereinbarungen“ beschlossen (vgl. Raciborski/Wiatr 2005: 199). In den darauffolgenden „halbfreien Wahlen“ konnte die Solidarność alle in einem freien Wettkampf zu erringenden Sitze im Parlament gewinnen. Die Wahlen sind als halbfrei zu bezeichnen, weil laut den Vereinbarungen des Runden Tisches die PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) und ihre Bündnispartner 65% der Sitze unabhängig vom

Wahlausgang erhielten; die restlichen 35% konnte die Solidarność²³ bei der Wahl 1989 auf sich vereinigen (vgl. Ziemer 2009: 163). Dies markierte auch den Beginn des Transformationsprozesses, in welchem die Wirtschaft liberalisiert und von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft umgewandelt wurde. Die Demokratie nach westlichen Vorbild wurde imitiert und damit auch deren politische und ideologische Prinzipien. Dieser Prozess war auch durch einen Wandel der ökonomischen und politischen Sphäre in Richtung des Westens gekennzeichnet (vgl. Kornai 2006: 217), ohne dass die Zustimmung für die radikalen Reformen mit einschneidender Wirkung in der Bevölkerung gegeben war. Es muss aber erwähnt werden, dass die Bevölkerung vor dem Systemwechsel die kapitalistischen und demokratischen Werte stark idealisiert hatte und zu hohe Erwartungen an das neue System stellte; diese erfüllten sich nicht, was zu einer starken Unzufriedenheit in der Bevölkerung führte (vgl. Berend 2007: 270). Abgesehen von den nicht-erfüllten Hoffnungen gilt es hier nochmals eine weitere, das künftige politische Leben in Polen bestimmende Altlast der Solidarność zu nennen: Deren lose nicht-Partien-Struktur sollte einen erheblichen Einfluss auf das polnische Parteiensystem haben.

3.2.2. Starke Fragmentierung (1991–1997)

Noch vor den Wahlen 1991 wurde ein Wahlgesetz verabschiedet. Dieses sah keine prozentuale Hürde vor, welche Parteien zu überschreiten hätten, um im Parlament vertreten zu sein. Die damals vorherrschenden politischen Bedingungen bezeichnete etwa der Politikwissenschaftler Bielasiak als „tabula rasa“ (ders. 2002: 189). Er geht davon aus, dass nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft eine Situation entstanden ist, in der die bestehenden Parteien sich noch nicht positionieren konnten und daher die Aussichten für neue Parteien sehr gut waren, einen Teil der WählerInnenschaft für sich zu gewinnen. In der Bevölkerung war es auch noch nicht zu einer Identifikation mit bestimmten Parteien gekommen, wodurch bei den ersten Wahlen der Großteil der WählerInnenschaft als potenzielle WählerInnen für jede antretende Partei zählte (vgl. ebd.: 189f.). Das Ergebnis der Sejmwahlen war durch diesen Umstand gekennzeichnet; insgesamt 29 Gruppierungen schafften den Einzug in das Parlament (vgl. Bakke 2010: 70). Die stimmenstärkste Partei

²³ Bei den Wahlen trat nicht die „Solidarność“ an, sondern sie beauftragt das Bürgerkomitee (KO – Komitet Obywatelski), KandidatInnen aufzustellen. Das KO war davor ein Beratungsgremium für den Vorsitzenden der Solidarność Lech Wałęsa (vgl. Paczkowski 2009: 130).

(UW Unia Wolności, dt.: Freiheitspartei) kam dabei auf nur 62 der insgesamt 460 Sitze im Sejm (vgl. Ziemer 2009: 163).

Diese rechtlichen Rahmenbedingungen führten zu einer Zersplitterung des Parteiensystems im Parlament, die es fast unmöglich machte, eine stabile Regierung auf die Beine zu stellen. Um die Schwierigkeiten zu verdeutlichen, lohnt es sich auf die Zahl der Regierungen in dieser Zeit zu blicken. Zwischen den Wahlen 1991 und 1993 gab es insgesamt drei verschiedene Ministerpräsidenten – Waldemar Pawlak, der zweite Regierungschef in dieser Zeit, war gerade mal einen Monat im Amt, bevor er zurücktreten musste²⁴. Kurz vor der Auflösung des Parlaments 1993 verabschiedete der Sejm noch ein neues Parteiengesetz, in dem die Anzahl der Wahlkreise verringert und die Fünf-Prozent-Klausel auf nationaler Ebene eingeführt wurde (für Wahlkoalitionen bzw. Allianzen sogar eine Acht-Prozent Klausel, vgl. Ziemer 2009: 163), um eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems zu verhindern. Darin wurde auch die staatliche Parteienfinanzierung zum ersten Mal gesetzlich geregelt. Das Gesetz sah vor, dass den Parteien Wahlkampfkosten in einer einmaligen Rückzahlung erstattet werden, sofern diese den Einzug Sejm schafften (vgl. Szczerbiak 2006a: 113). Bei den Parlamentswahlen 1993 konnte die SLD, also eine Nachfolgepartei der PZPR, den Sieg erringen. Dies war unter anderem eine direkte Folge der unpopulären ökonomischen Maßnahmen der VorgängerInnenregierung und der damit verbundenen Unzufriedenheit in der Bevölkerung (vgl. Zagórski 2001: 189). Neben der SLD schafften es nur fünf²⁵ weitere Parteien in den Sejm, woran die Wirkung der Prozent-Klausel sehr deutlich zu erkennen ist (vgl. Ziemer 2009: 163).

Generell ist festzuhalten, dass die polnischen Parteien meist aus Abspaltungen entstanden und relativ autoritär von einer Person geführt wurden, wobei das Bestehen der Parteien meist nur auf eine Wahl beschränkt war. Die Parteien waren dabei von einer ideologischen Schwäche gekennzeichnet, welche keine Bindungen der WählerInnen an die Parteien förderte. Auch auf der Ebene der politischen Eliten waren keine Bindungen an die Parteien vorhanden, wodurch es oft zu einem Wechsel der Parteiliten zwischen den

²⁴ <http://rulers.org/rulp2.html>, Download am 26.01.2012.

²⁵ Die Partei der deutschen Minderheit wird bei dieser Aufzählung nicht berücksichtigt. Sie gewann zwar vier Sitze im Sejm, doch ist dies auf eine Sonderregelung zurückzuführen, die Minderheiten-Parteien aus der Prozent-Klausel ausnimmt. Sie konnte 0,8% der Stimmen gewinnen (vgl. Ziemer 2009: 163f.).

Parteien kam. Millard bezeichnet diesen Wechsel der PolitikerInnen zwischen den Parteien sowie auch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien als „party tourism“ und schließt daraus, dass die Oppositions- und Regierungsparteien keine substantiellen Unterschiede aufweisen (vgl. Millard 2004: 135). Die einzig sichtbare programmatische Trennung zwischen den Parteien ließ sich anhand der Einstellung zum sozialistischen Regime festmachen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die polnische Parteienlandschaft bei den ersten beiden Wahlen (1991 und 1993) als stark zersplittert beschrieben werden muss. Vor allem bei den ersten freien Parlamentswahlen 1991 trat eine unüberschaubare Flut an neuen Parteien an, in der es für den/die WählerIn sehr schwer war, die Orientierung zu behalten (vgl. Meyer/Wyrozumska 2006: 228). Durch die Änderung des Wahlgesetzes vor den Wahlen 1993, vor allem durch die Einführung der Fünf-Prozent-Hürde, verringerte sich die Anzahl der Parteien im Sejm, jedoch erhöhten sich im Gegenzug die „nicht berücksichtigten Stimmen“²⁶ auf mehr als ein Drittel, wodurch die Regierungskoalition aus SLD und PSL 1993 mit zusammen 35,8% der Stimmen fast auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Sejm kamen. Die Parteien erhielten zusammen 303 von 460 Mandate. (vgl. Ziemer 2009 163f.).

3.2.3. Erneute Zersplitterung (1997–2001)

Im Oktober 1997 trat eine neue Verfassung in Kraft, die auch den allgemeinen rechtlichen Rahmen für die politischen Parteien schuf (vgl. Bingen 2008: 78f.). Die neue Verfassung zog eine erneute Umstrukturierung des polnischen Parteiensystems nach sich, die dadurch gekennzeichnet war, dass die Anzahl der Parteien, die zu den Wahlen antraten, kontinuierlich sank (vgl. Bakke 2010: 73). Bei den im selben Jahr abgehaltenen Parlamentswahlen konnte die AWS²⁷ (Akcja Wyborcza Solidarność, dt.: Wahlaktion Solidarność) mit 33,8% der Stimmen einen Sieg erringen. Sie bildete eine Koalition mit der UW. Noch während der Regierungsperiode kam es innerhalb der AWS zu Konflikten,

²⁶ Darunter sind jene Stimmen zu verstehen, die bei der Wahl auf Parteien fielen, die unter 5% blieben und daher nicht im Sejm vertreten waren (vgl. Ziemer 2009: 163).

²⁷ Die AWS wurde 1996 gegründet und stellte ein Sammelbecken für rund 50 Gruppierungen aus dem ehemaligen Solidarność-Lager dar (vgl. Ziemer 2010: 175).

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

welche mit der heranrückenden Parlamentswahl 2001 immer heftiger wurden. Anfang 2001 verließen einige hochrangige Mitglieder die AWS und bildeten mit einigen aus der UW ausgetretenen PolitikerInnen die PO (vgl. Ziemer 2009: 175).

Vor der Auflösung der AWS schien es beinahe so, als könnte sich in Polen ein konsolidiertes bipolares Parteiensystem herausbilden. Die Rollen der beiden großen programmatisch getrennten Parteien hätten dabei die AWS als Nachfolgepartei der Solidarność, und auf der anderen Seite des politischen Spektrums, die SLD als Nachfolgepartei der sozialistischen Herrschaft eingenommen. Dabei hätte die UW die Rolle der Schlüsselpartei der Mitte eingenommen. Doch durch die Selbstauflösung des post-Solidarność Lagers änderte sich die politische Parteienlandschaft Polens erneut (vgl. Ziemer 2009: 175).

Vor allem die mit der wirtschaftlichen Transformation einhergehenden sozialen Einschnitte bewirkten eine steigende Unzufriedenheit in Bevölkerung, welche nach Buksiński (vgl. ders. 2009: 140) dazu führte, dass es bei den Parlamentswahlen 2001 erneut der Partei der demokratischen Linken (SLD) gelang, die meisten Stimmen zu erhalten und mit Hilfe der PSL und der UP (Unia Pracy, dt: Arbeitsunion) an die Macht zu gelangen. Diese Regierungsperiode der SLD sollte weitreichende Folgen sowohl für die Partei, als auch für das gesamte Parteiensystem haben. Bereits im Jänner 2003 setzte das Parlament den ersten Untersuchungsausschuss²⁸ in der Geschichte der dritten Republik ein, um Bestechungsskandale rund um die Regierungspartei SLD zu untersuchen. Die SLD reagierte darauf, indem sie die PSL aus der Koalition ausschloss und mit der UP in einer Minderheitsregierung weiterarbeitete. Doch bereits Ende desselben Jahres war die SLD so intensiv in interne Machtkämpfe verstrickt, dass diese im März 2004 zerfiel²⁹ und Ministerpräsident Miller (SLD) kurz darauf seinen Rücktritt erklärte. Die Koalition wurde weiter fortgeführt, neuer Ministerpräsident wurde der damalige parteilose Finanzminister Marek Belka. Die Regierung hielt noch bis zum regulären Wahltermin im nächsten Jahr, allerdings war die SLD nicht in der Lage, das Vertrauen in der Bevölkerung wieder herzustellen, sondern verschwand nach dem vernichtenden Wahlergebnis 2005 (11,3%

²⁸ Siehe Kapitel 3.3.4.

²⁹ Der hoch angesehene Marek Borowski und 32 weitere Abgeordnete gründeten die SdPI (vgl. Millard 2006: 1009).

der Stimmen) in der Bedeutungslosigkeit (vgl. Millard 2006: 1008f.). Nachdem sich 2001 das post-Solidarność Lager gespalten hatte, ist durch die Schwäche der Linke auch die Relevanz des post-sozialistische Lager und somit der bis dahin dominierende Spaltungslinie³⁰ der polnischen Parteienlandschaft, immer geringer geworden. Damit kam es zu einer erneuten Umstrukturierung des polnischen Parteiensystems.

3.2.4. Tendenzielle Stabilisierung (2001-2007)

Nach der historischen Betrachtung der Entwicklung des polnischen Parteiensystems soll nun überprüft werden, ob sich das polnische Parteiensystem stabilisiert hat und, wenn ja, was die Gründe dafür sein könnten. Diese Frage lässt sich nicht mit einem einfachen ja oder nein beantworten. Anzeichen für eine Stabilisierung findet etwa Szczerbiak (vgl. ders. 2006a: 105) in der immer geringer werdenden Anzahl der Parteien und deren relativen Stabilität. Ein weiteres Indiz nach Szczerbiak ist, dass der Anteil der Stimmen, den die beiden stimmenstärksten Parteien erhalten haben, von Wahl zu Wahl gewachsen ist. Waren es bei den ersten Wahl 1991 noch 24,3%, erreichten diese zusammen bei der Wahl 2001 schon 53,7% (vgl. ebd.). Bei der Wahl 2007 betrug der Anteil der Stimmen, welcher zwischen PO und PiS aufgeteilt wurde, 73,6% (vgl. Szczerbiak. 2008: 429). Darin ist eine Tendenz in Richtung Stabilisierung zu erkennen. Es gibt jedoch auch Faktoren, die gegen eine Stabilisierung sprechen. Es kann etwa darauf hingewiesen werden, dass es im Analysezeitraum noch keiner Partei gelungen ist, bei zwei aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen die meisten Stimmen auf sich zu vereinigen (vgl. Ziemer 2009: 164f.)³¹. Ein weiteres Argument gegen eine Stabilisierung stellt die weiterhin hohe Volatilität³² in Polen. Neben dem vergleichsweise sehr hohen Durchschnittswert von 27,2%, der auf ein instabiles Parteiensystem hinweist, ist vor allem der Umstand zu beachten, dass die Volatilität keine sinkende Tendenz aufweist³³ (vgl. Segert 2008b: 18). Es kann aber

³⁰ Siehe dazu Kapitel 3.2.4.1.1.

³¹ Ein weiterer Grund dafür, warum es noch keiner Partei gelungen ist, bei zwei aufeinanderfolgenden nationalen Parlamentswahlen die meisten Stimmen zu erringen, ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Parteien in Polen eine nur sehr kurze Lebensdauer haben und sich oftmals auflösten und unter einem neuen Namen bei der nächsten Wahl antraten (vgl. Bakke 2010: 70ff., vgl. Bingen 2008: 78f., vgl. Bielasiak 2002: 190).

³² Siehe Kapitel 4.3.1.1.

³³ Eine mögliche Erklärung für die konstant hohe Volatilität liefert die Unterscheidung zwischen demand-side Volatilität und der supply-side Volatilität, dieser Punkt wird im Hinblick auf die Krisensymptome der repräsentativen Demokratie zu einem späteren Zeitpunkt genauer behandelt (vgl. Rose/Munro 2003: 50f.)

hinsichtlich der Entwicklung des polnischen Parteiensystems von einer *tendenziellen Stabilisierung* gesprochen werden. Auf die Institutionalisierung des Parteiensystems³⁴ soll weiter unten genauer eingegangen werden. Im nächsten Abschnitt soll überprüft werden, was einen stabilisierenden Effekt auf das polnische Parteiensystem hatte.

3.2.4.1. Stabilisierende Effekte

3.2.4.1.1. „Cleavages“

Ein theoretisches Erklärungsmodell für die dauerhafte Stabilisierung von Parteiensystemen sind Konzepte, die von so genannten „cleavages“, strukturierenden gesellschaftlichen Bruchlinien, ausgehen. An dieser Stelle soll überprüft werden, ob dieses Modell auf den polnischen Fall angewandt werden kann.

Als Grund für die Stabilisierung von Parteiensystemen wird sehr oft das von Lipset und Rokkan (vgl. dies. 1967) entwickelte Modell der „cleavages“ angeführt. Unter „cleavages“ verstehen die Autoren strukturelle Bruchlinien, welche die Gesellschaft in zwei „Lager“ spalten und das Wahlverhalten dementsprechend beeinflussen. Der „cleavages“-Ansatz geht davon aus, dass sich Parteiensysteme durch „cleavages“ strukturiert und mit der Zeit auch stabilisiert haben. Es kommt nur dann zu einer Stabilisierung von Parteiensystemen, wenn es sich bei diesen Spaltungslinien um strukturelle Bruchlinien, die für die Spaltung der Gesellschaft auf Dauer von Bedeutung sind, handelt. Die traditionellen „cleavages“ verlaufen zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Stadt und Land, Arbeit und Kapital (vgl. Tieman 2008: 35). In den westeuropäischen Demokratien hatte vor allem die Trennung zwischen Arbeit und Kapital eine sehr stabilisierende Wirkung auf Parteiensysteme. In dieselbe Zeit Ende des 19. Jahrhunderts fällt auch das Entstehen der Massenparteien. Im Westen gibt es aber in den letzten Jahren eine Tendenz hin zur Aufweichung dieser gesellschaftlichen Spaltung, wobei dies vor allem durch die neuen Arbeitsverhältnisse speziell im Dienstleistungssektor ausgelöst wird.

In Polen gab es nach 1989 *eine* bestimmende gesellschaftliche Spaltung – jene zwischen den post-Solidarność-Lager und dem post-sozialistischem Lager, welche mit dem

³⁴ Siehe Kapitel 4.2.

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

Bedeutungsverlust der Linken massiv an Bedeutung verlor (vgl. Szczerbiak 2008). Es scheint mehr als fraglich, ob diese „cleavage“ wieder an Bedeutung gewinnen wird, und ob es sich bei dieser Bruchlinie tatsächlich um eine strukturelle Spaltung der Gesellschaft handelte, denn vor 2005 war das Parteiensystem in Polen vor allem durch seine Fragmentierung gekennzeichnet. Diese spezielle gesellschaftliche Bruchlinie hatte demnach keine positive Wirkung hin zu einer Stabilisierung des polnischen Parteiensystems.

Von den anderen „cleavages“ hatte keine eine Bedeutung in Polen. Die Kirche hat in Polen eine sehr starke Stellung und es konnte auch ein Zusammenhang zwischen der Anzahl von praktizierenden katholischen WählerInnen und dem Stimmverhalten gegenüber der SLD erkannt werden, doch war dies nicht weiter relevant, da jedeR PolitikerIn einE gläubigeR KatholikIn ist. Die anderen beiden „cleavages“ (Stadt und Land, Zentrum und Peripherie) haben ebenfalls keinen strukturierenden Effekt auf die polnische Gesellschaft ausgeübt und damit auch nicht zur Stabilisierung des Parteiensystems beigetragen (vgl. Tiemann 2008: 37f.). Es ist daher eher etwas voreilig, von strukturellen „cleavages“, welche das polnische Parteiensystem nachhaltig stabilisieren können, zu sprechen. Nach dem (vorläufigen) Verschwinden der zentralen Bruchlinie, der Teilung in post-Solidarność-Lager und post-sozialistischem Lager, kann für die Zeit nach 2005 keine „cleavage“ in der polnischen Gesellschaft mehr ausgemacht werden. Paradoxerweise kann aber seitdem die Linke und damit das post-sozialistische Lager an Bedeutung verloren hat, in Polen von einer gesteigerten Stabilisierung des Parteiensystems gesprochen werden (vgl. Szczerbiak 2008: 428).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der „cleavages“-Ansatz aus all diesen aufgeführten Gründen nicht ausreicht, um die stabilisierende Tendenz, die sich hinsichtlich des polnischen Parteiensystems beobachten lässt, zu erklären. Ein für Polen weit besserer Erklärungsansatz findet sich in der geänderten Gesetzeslage. Hier sind vor allem die Parteienfinanzierung und die Fünf-Prozent-Hürde zu nennen. Allgemein kann konstatiert werden, dass sich das polnische Parteiensystem nach der Schaffung von rechtlichen Regelungen in Richtung einer Stabilisierung entwickelt hat (vgl. Jaskułowski

2009: 216), wobei vor allem die Einführung der Fünf-Prozent-Hürde vorteilhaft war und sich positiv auf die Stabilisierung des Parteiensystems auswirkte.

3.2.4.1.2. Parteienfinanzierung

Einen sehr großen Einfluss auf die Entwicklung des polnischen Parteiensystems hatte auch die staatliche Parteienfinanzierung. Ohne eine Parteienfinanzierung könnten die Parteien nicht funktionieren, was wiederum Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie hätte. Ein wichtiger Effekt der Parteienfinanzierung ist, dass diese dabei hilft, das Parteiensystem zu institutionalisieren (vgl. Booth/Robbins 2010: 632), in dem sie als ein Garant für Chancengleichheit im Parteienwettbewerb gesehen wird, was wiederum zu einer Mehrparteiendemokratie führt (vgl. Biezen/Kopecky 2007: 239). Nach Manin (vgl. ders. 2007: 199f.) kann von einer Chancengleichheit gesprochen werden, da ohne Parteienfinanzierung reiche Personen bzw. Parteien, welche von privaten SpenderInnen (Einzelpersonen, oder Interessengruppen) unterstützt werden vor allem im Wahlkampf bevorzugt würden. Er kommt zu dem Schluss, dass ein etwaiges Ungleichgewicht „[...] durch die öffentliche Finanzierung von Wahlkämpfen und eine strikte Kostenkontrolle vollständig ausgeschlossen werden [kann]“ (Manin 2007: 200).

Das Thema der Parteienfinanzierung war auch in Polen bereits unmittelbar nach 1989 ein großes Thema, doch dauerte es noch vier Jahre – bis zum Wahlgesetz 1993 – bis eine gesetzliche Parteienfinanzierung durch den Staat beschlossen wurde. Das Gesetz sah eine einmalige Rückzahlung der Wahlkampfausgaben der Parteien vor, falls diese es ins Parlament schafften. Die Parteien waren aber nicht verpflichtet, ihre Einnahmen aus anderen Quellen offen zu legen, weswegen nur sehr schwer zu sagen ist, was für einen Einfluss oder Bedeutung die staatliche Wahlkostenrückerstattung hatte (vgl. Szczerbiak 2006a: 113).

1997 wurde die Parteienfinanzierung in einem Parteiengesetz geregelt. Darin wurde beschlossen, dass die Parteien eine reguläre staatliche Zahlung erhalten sollten. Dies sollte jede Partei, die mehr als 3% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, betreffen. Die andere Voraussetzung war, dass die Partei staatlich anerkannt sein musste, was aber nichts anderes bedeutet, als dass sie sich vorher anmelden musste; die Wahlkostenrück-

erstattung blieb bestehen. Im neuen Parteiengesetz 2001 wurden die staatlichen Subventionen nochmal kräftig erhöht, damit sich die Parteien nicht an anderen Stellen Geld beschaffen mussten. Der Staat bietet noch weitere Möglichkeiten zur Finanzierung, jedoch fallen diese Mittel nicht unter den Begriff der Parteienfinanzierung – dabei sind vor allem die Gehälter der ParlamentarierInnen zu nennen (vgl. ebd.: 113ff., vgl. ders.: 2006b: 298ff.).

Vor allem die Änderungen von 2001, die eine weitere Ausdehnung der Parteienfinanzierung und der Wahlkampfkostenrückerstattung vorsahen, hatte einen erheblichen Einfluss auf die Stabilisierung des Parteiensystems. Verabschiedet wurde das Gesetz unter anderem um Korruptionsmöglichkeiten der Parteien weiter einzuschränken, da die Einnahmen der Parteien aus anderen Quellen als der staatlichen Unterstützung stark eingeschränkt wurden (vgl. Bingen 2008: 79f., vgl. Zbieranek 2009). Seit der Reform haben Parteien, die es nicht über die Drei-Prozent-Hürde schaffen und daher nicht in den Genuss der staatlichen Subventionierung kommen, kaum Chancen, sich zu etablieren. Die im Parlament vertretenen Parteien verfügen des Weiteren über einen dauerhaften Zugang zu den Massenmedien, wodurch das politische Übergewicht dieser Parteien noch weiter wächst. Eine baldige Änderung des Parteiengesetzes und damit der Parteienfinanzierung ist in naher Zukunft nicht zu erwarten, da es im Interesse der im Sejm vertretenen Parteien ist, dass der Status quo beibehalten wird. Das System der staatlichen Parteienfinanzierung bevorzugt in Polen die etablierten gegenüber neuen Parteien, die den Einzug ins Parlament noch nicht geschafft haben, sehr deutlich; dies bedeutet allerdings nicht, dass neue Parteien keine Chance hätten, sich zu formieren, doch haben sich die Risiken für diese durch das neue Parteiengesetz stark vergrößert. Die neuen AkteurInnen müssten hohe Kredite aufnehmen um gegen die etablierten Parteien nicht unterzugehen, was bei einem sicheren Einzug in das Parlament kein Problem wäre, da die neue Partei ab diesem Zeitpunkt ebenfalls in den Genuss der staatlichen Förderung kommen würde. Falls der Einzug in das Parlament jedoch nicht gelingen sollte, dann gäbe es auch kein Geld – daher ist das Risiko sehr hoch (vgl. Szczerbiak 2008: 432).

Zusammenfassend kann ein positiver Einfluss der staatlichen Parteienfinanzierung auf die Stabilisierung des polnischen Parteiensystems konstatiert werden. Dies erfolgte jedoch auf

Kosten des Parteienwettbewerbs, da es für neue Parteien erheblich schwerer wurde sich zu etablieren. Die etablierten polnischen Parteien sind nicht an einer Änderung der staatlichen Parteienfinanzierung interessiert, da sie alle davon profitieren und auch ihr Überleben davon abhängt. Dadurch ist es zu einer Art „Kartellbildung“³⁵ dieser Parteien gekommen.

3.2.4.1.3. Parteienlandschaft nach 2001

In Polen sind es im 21. Jahrhundert vor allem zwei Parteien, die von Parteienfinanzierung und Wahlreformen profitiert haben: Seit der Wahl 2005 haben PO und PiS die politische Parteienlandschaft Polens dominiert. Sie waren bei den folgenden Parlamentswahlen jeweils die zwei stimmenstärksten Parteien und konnten auch bei den Präsidentschaftswahlen den von ihnen unterstützten Kandidaten zum Sieg verhelfen.

Bereits während der Regierungszeit der SLD, vor allem seit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gegen die SLD, sahen Umfragen PO und PiS auf den ersten beiden Plätzen. Nicht nur hinsichtlich ihres politischen Erfolges, sondern auch bezüglich ihrer historischen Entwicklung sind sich die zwei Parteien sehr ähnlich. PO und PiS sind beide zumindest zum Teil aus der AWS³⁶ entstanden, welche wiederum ein Teil des Solidarność-Lagers nach 1989 war. Die beiden Parteien haben also ihre Wurzeln in einer Gewerkschaft bzw. einer Bewegung, die bewusst versuchte, nicht wie eine politische Partei zu agieren und auch nicht wie eine solche organisiert zu sein (vgl. Bielasik 1997: 25). In den Jahren 2001–2005, unter der von der SLD geführten Regierung, arbeiteten die PO und die PiS noch in der Opposition zusammen. Bereits zu dieser Zeit gab es in den Parteien unterschiedliche Ansichten vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen, doch überwog das gemeinsame Interesse, die Regierung zu Fall zu bringen; daher wurde erwartet, dass es in Anbetracht der guten Umfrageergebnisse von PO und PiS, nach den Parlamentswahlen 2005 zu einer Koalitionsregierung kommen würde (vgl. Szczerbiak 2008: 416f.).

³⁵ Siehe Kapitel 4.3.2.

³⁶ Für eine genauere Beschreibung der Entwicklung der PiS siehe Kapitel 3.3.1., der PO siehe Kapitel 3.3.2.

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

Diese Erwartungen speisten sich vor allem aus der großen inhaltlichen Übereinstimmung von PO und PiS. Die zu Beginn der Transformation viel diskutierte Trennlinie zwischen den GewinnerInnen und VerliererInnen derselben spaltet PO und PiS nicht von Grund auf, da sie die Demokratie wie auch die Marktwirtschaft akzeptieren (vgl. Raciborski/Wiatr 2005: 215ff.). Auch in der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sind PO und PiS programmatisch nicht so weit von einander entfernt. Die PO ist zwar für eine striktere Trennung von Staat und Kirche als die PiS, doch unterstützen beide prinzipiell eine solche Trennung. Sie treten für eine Entkommunisierung ein, wobei dieses Thema für die PiS wichtiger ist als für die PO. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union gab es bei diesem Thema eine gewisse Differenzierung zwischen den zwei Parteien, da die PO einen Beitritt vehement begrüßte, während die PiS sich öffentlich zurückhielt, aber eine eher skeptische Position vertrat. Nach dem Beitritt zur EU veränderte sich die Position der PiS, die den Beitritt nun öffentlich begrüßte (vgl. ebd. 2005: 227).

Die Koalitionsverhandlungen 2005 scheiterten jedoch und die PiS trat in eine Koalition mit der Samoobrona und der LPR, wodurch die PO in die erneute Oppositionsrolle gezwungen wurde (vgl. Ziemer 2009: 180). Diese Entwicklung überrascht umso mehr, als dass der Ursprung der Parteien in der post-Solidarność Bewegung liegt, was wie bereits oben beschrieben wurde, für eine inhaltliche Nähe zueinander spricht. Zwar wären die nach westlichen Standards „natürlichen GegnerInnen“ der beiden Parteien jene aus dem linken politischen Spektrum, doch bekämpfen sich PO und PiS gegenseitig. Dies geht sogar soweit, dass sie ihre jeweiligen Positionen zu einzelnen Themen durch eine negative Abgrenzung voneinander definieren (vgl. Spiewak 2008: 75). Spiewak sieht in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien sogar die Quelle ihrer Identitäten. Für ihn geht diese Abhängigkeit so weit, dass „die PiS ohne die Bürgerplattform nicht existieren [kann] und umgekehrt“ (ebd.: 78). Als ein Grund für die Auseinandersetzung der beiden Parteien auf der rechten Seite des Spektrums ist sicher die Schwäche der Linken zu nennen (vgl. ebd.: 78f.). Durch die Schwäche der Linken kam es zu einem Verlust der Relevanz des Konflikts zwischen dem post-Solidarność-Lager und dem post-sozialistischen Lager, der die 1990er Jahre in Polen gekennzeichnet hatte (vgl. Szczerbiak 2008: 416). Dadurch wurden die zwei Parteien gezwungen, ihre Wahlkämpfe gegeneinander auszurichten. Generell geht es in der polnischen politischen Sprache nicht mehr um Inhalte, sondern um

die Art, wie man diskutiert. Es wird nur noch versucht, sich von der Konkurrenz abzusetzen. Die Parteiidentitäten werden nicht von innen heraus entwickelt, sondern entstehen durch die Abgrenzung von und die Auseinandersetzung mit anderen Parteien. Die WählerInnen wollen diesen Konflikt und stimmen nur noch *gegen* etwas. So werden die Parlamentswahlen zu Abstimmungen über einzelne Personen und nicht über Inhalte.

3.3. Historische Entwicklung und Organisationsstruktur der „relevanten“ polnischen Parteien

In diesem Kapitel soll die historische Entwicklung der „relevanten“ Parteien in der polnischen Politik nach 1989 etwas genauer analysiert werden. Dabei wird aber auch, mit Blick auf die im folgenden Kapitel durchgeführte Analyse der polnischen Parteien, auf die Zusammenhänge zwischen der historischen Entwicklung und der daraus resultierenden Organisationsstruktur geachtet werden.

3.3.1. PiS – „Recht und Gerechtigkeit“

Die PiS wurde erst im April 2001 gegründet und entstand aus einer Abspaltung der ZChN (Zjednoczenie Chrzescijańsko-Narodowe, dt: Christlich Nationale Vereinigung) sowie einigen Mitgliedern anderer Parteien aus dem Solidarność-Lager (AWS) (vgl. Raciborski/Wiatr 2005: 243). Sehr wichtig für die Abspaltung und das Überleben der neuen Partei waren die beiden Gründer Lech und Jarosław Kaczyński (ehemalige Politiker der PC, Porozumienie Centrum, dt.: Zentrumsallianz). Vor allem der hohe Bekanntheitsgrad von Lech Kaczyński, welchen er durch die Bekleidung des Amtes des Justizministers (seit Juni 2000) erlangen konnte, verhalf der Partei zu einer recht hohen öffentlichen Wahrnehmung. Bei den Sejm-Wahlen 2001 trat die noch junge Partei zum ersten Mal an; sie konnte auf Anhieb 9,5% der Stimmen erreichen (vgl. Ziemer 2009: 175f.). Bei den darauffolgenden Wahlen 2005 erreichte die PiS mit dem Spitzenkandidaten Jarosław Kaczyński 27% der Stimmen und war damit überraschend stimmenstärkste Partei. Dies war insofern überraschend, da die PO in den Umfragen meist in Führung gelegen war (vgl. ebd. 165). Jarosław Kaczyński verzichtete aus taktischen Gründen auf das Amt des

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

Ministerpräsidenten, um die Chancen seines Bruders bei den noch im selben Jahr abgehaltenen Präsidentschaftswahlen nicht zu schmälern. Ministerpräsident wurde, mit den Stimmen der PiS sowie durch die Unterstützung der formell nicht der Regierung angehörenden Samoobrona und der LPR (Liga Polskich Rodzin, dt.: Liga polnischer Familien), Kazimierz Marcinkiewicz.

Zwei Wochen nach den Parlamentswahlen wurden Präsidentschaftswahlen durchgeführt, bei diesen konnte Lech Kaczyński seinen Gegner Donald Tusk im zweiten Wahlgang recht unerwartet schlagen. Im Mai 2006 schloss Jarosław Kaczyński einen formellen Koalitionsvertrag mit den Parteien Samoobrona und LPR, zwang den Ministerpräsidenten Marcinkiewicz zum Rücktritt und übernahm selbst das Amt. Zwei Monate später, im Juli zwang PiS-Chef Jarosław Kaczyński den Ministerpräsidenten Marcinkiewicz zum Rücktritt und übernahm selbst das Amt (vgl. Ziemer 2010: 180).

Polen sah sich zu diesem Zeitpunkt in einer einzigartigen Situation wieder, bei welcher die beiden höchsten Positionen im Staat mit Zwillingen besetzt waren (vgl. Reeves 2010: 519). Vor allem Jarosław Kaczyński war nun bemüht, die im Wahlkampf versprochenen Reformen zur Gründung einer „IV. Republik“ durchzuführen. Er stellte dabei die 1989 am Runden Tisch vereinbarte innenpolitische Ordnung in Frage und forderte eine neue Verfassung. Seine Hauptkritikpunkte an der Ordnung von 1989 waren eine nicht ausreichende Säuberung von sozialistischen Hinterlassenschaften. Die neue Verfassung sollte das PräsidentInnenamt gegenüber dem Parlament stärken und dieses mit weitreichenden Kompetenzen ausstatten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit. Das Verfassungsverständnis der Kaczyński-Brüder, in dem der Sejm das oberste Verfassungsorgan darstellt, entspricht der aus der sozialistischen Herrschaft übernommenen Verfassung, welche 1992 durch eine neue ersetzt wurde (vgl. Ziemer 2010: 180f). Da realiter und nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung der Verfassungsgerichtshof die letzte Instanz die Verfassung betreffend ist, wurden in der Folge einige vom Sejm erlassene Gesetze vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt. Darunter fiel auch das Lustrationsgesetz³⁷ von 2006,

³⁷ Unter Lustration versteht man die „Durchleuchtung von Personen auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst“ (Ziemer 2009: 182).

welches zu einer breiten öffentlichen Diskussion führte und das ebenfalls für weitgehend verfassungswidrig erklärt wurde (vgl. ebd. 180ff., vgl. Segert 2008b: 25f., vgl. Spiewak 2008). Dieser Vorfall zeigt, dass die demokratische Ordnung bzw. das demokratische Verständnis einiger AkteurInnen in Polen noch 2006 eher als fragil denn konsolidiert bezeichnet werden muss.

Fragil zeigte sich auch die von der PiS geführten Koalition. Die Konflikte innerhalb der Regierungskoalition eskalierten im Sommer 2007, so dass ein Regieren unmöglich wurde und die Koalition im September endgültig ihre Mehrheit im Parlament verlor. Durch die polarisierenden Maßnahmen der Regierung spaltete sie die Gesellschaft, was in Folge zu einer Veränderung der WählerInnenschaft der beiden auf ähnlichem Stimmenniveau konkurrierenden Parteien PO und PiS führte. Waren hinsichtlich der AnhängerInnen beider Parteien im Herbst 2005 (etwa was ihre soziale Herkunft betraf) kaum Unterschiede festzustellen, sank der Anteil der WählerInnenschaft mit höherem Bildungsniveau bei der PiS. Des Weiteren reduzierte sich die Zahl der AnhängerInnen in Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen sowie unter den am besten Verdienenden (vgl. Ziemer 2009: 183ff.). Die PiS hat somit ca. 13.000 Mitgliedern die geringste Zahl eingetragener AnhängerInnen aller „relevanten“ Parteien in Polen (vgl. Bingen 2008: 87).

3.3.2. PO – „Bürgerplattform“

Die PO hat sich wie auch die PiS aus der AWS (dt.: Wahlaktion Solidarność) abgesplittert. Sie setzt sich aus der mit der AWS in einer Regierungskoalition (1997–2001) befindlichen Partei UW, die wiederum durch eine Verbindung der UD (Unia Demokratyczna, dt.: Demokratische Union) und KLD (Kongres Liberalno-Demokratyczny, dt.: Liberal-Demokratischer Kongress) 1993 entstanden war sowie aus einigen Mitgliedern aus anderen Parteien innerhalb der AWS, zusammen. Wie bereits bei der Gründung der PiS hat auch bei der PO der Bekanntheitsgrad der Parteiführer eine wichtige Rolle gespielt. Anfang 2001 verließen mehrere liberal-konservative Mitglieder die AWS und gründeten zusammen mit den aus der UW ausgetretenen Abgeordneten unter der Führung von Donald Tusk und Andrzej Olechowski die PO. Das Ziel der neuen Partei war die Durchsetzung einer Reformpolitik, welche durch die in dieser Hinsicht hemmend wirkenden national-klerikalen

Kräfte in der AWS eher schwierig war. Bei den nationalen Parlamentswahlen 2001 erreichte die PO 12,7% der Stimmen (vgl. Bingen 2010: 175). Das respektable Ergebnis hatte sie vor allem Olechowski zu verdanken, der durch seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2000 einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hatte (vgl. Hloušek/Kopeček 2010: 121). Das Problem der damals noch liberalen Partei war, dass nur wenig Raum für eine solche liberale Formation am WählerInnenmarkt zu finden war. Bei den Wahlen 2001 erhielt die PO ihre Stimmen hauptsächlich aus der jungen, gebildeten, gut situierten Mittelklasse. Die PO hat eine ähnlich niedrige Zahl an Mitgliedern (ca. 30.000) wie auch die PiS (vgl. Bingen 2008: 87). Nach der Wahl sahen sich die konservativen Kräfte durch den relativ geringen Stimmenanteil in der PO gestärkt. Sie traten dafür ein nicht nur die liberalen WählerInnenschicht anzusprechen, sondern auch in konservativeren WählerInnensegmenten nach Stimmen zu suchen (vgl. Hloušek/Kopeček 2010: 122). Bei den zweiten Wahlen an denen die PO teilnahm, wurde sie im Vorfeld in Umfragen an erster Stelle gesehen, doch musste sie sich mit dem zweiten Platz hinter der PiS zufrieden geben (vgl. Bingen 2010: 179). Nachdem die Regierung Kaczyński im September 2007 das Parlament auflösen musste und Neuwahlen ausrief, konnte die PO bei den Wahlen mit 41,51% die meisten Stimmen auf sich vereinigen und formte eine Koalition mit der PSL (vgl. Ziemer 2009: 177).

3.3.3. PSL – „Polnische Volks-(Bauern-)Partei“

Die PSL ist eine Nachfolgerin der Trägerparteien des sozialistischen Regimes, da ihre Vorgängerin ZSL als eine Satellitenpartei der PZPR fungierte und diese unterstützte. Nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft löste sich die ZSL auf, doch fanden die früheren Parteieliten zusammen mit ihrer organisatorischen Struktur in der PSL eine neue Heimat (vgl. Sula 2008: 311). Darauf ist auch zurückzuführen, dass die PSL in der polnischen Parteienlandschaft die höchste Zahl an Mitgliedern (140.000 Mitglieder) hat (vgl. Bingen 2008: 81).³⁸ Sie konnte sich als eine stabile Größe in der polnischen Parteienlandschaft etablieren und ist auch von Spaltungen oder größeren personellen Änderungen³⁹

³⁸ Ein weiterer wesentlicher Grund für die hohe Mitgliederzahl ist der Umstand, dass in Polen 1989 noch immer fast 30% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren. Daher konnte sich die PSL auf einen „natürlichen“ WählerInnenstamm verlassen (vgl. Kostelecky 2002: 104).

³⁹ Der Parteivorsitzende Waldemar Pawlak führte die Partei seit der Bildung der PSL. Er war bereits in der ZSL Vorsitzender; des Weiteren war er 1993 kurzzeitig Regierungschef (in der Koalition mit der SLD). In

verschont geblieben (Stimmen in % bei den Wahlen zum Sejm, 1991: 8,7%; 1993: 15,4%; 1997: 7,3%; 2001: 9,0%; 2005: 7,0%; 2007: 8,91%, vgl. Ziemer 2009: 164f). Die Zahlen zeigen, dass die PSL bei allen Wahlen den Einzug in das Parlament schaffte. Die Stabilität der Partei wird ebenfalls dadurch unterstrichen, dass sie sich bereits drei Mal als Koalitionspartnerin in einer Regierung befand. Zwei Mal (1993–1997 und 2001–2003) bildete sie mit der SLD, das dritte Mal nach der Wahl 2007 als Juniorpartnerin mit der PO eine Koalition (vgl. Sczcerbiak 2008: 425). Die ersten beiden Koalitionen zwischen der SLD und der PSL waren direkte Konsequenzen aus der gesellschaftlichen Spaltung zwischen den AnhängerInnen des post-Solidarność- und des post-sozialistischen Lagers; die SLD und die PSL, beide VertreterInnen ersteren gesellschaftlichen Blocks, schlossen sich in einer Koalition zusammen. Beide Lager schlossen eine Koalition mit einer Partei aus dem anderen Lager kategorisch aus, weswegen für den Wahlsieger SLD nur noch die PSL als Option zur Verfügung stand.

Für Millard (vgl. ders. 2004: 64) ist die PSL eines der wenigen Beispiele für eine erfolgreiche „Klassenpartei“ in den post-sozialistischen Staaten. Auch Sczcerbiak sieht in der PSL eine Partei, deren Hauptziel die Befriedigung ihrer Basis ist (vgl. ders. 2008: 433). Für die PSL lässt sich konstatieren, dass sie anders als die PO und die PiS von Spaltungen verschont blieb, sondern als eine sehr stabile Kraft mit einer relativ breiten, aber auf alle Fälle treuen Basis zu bezeichnen ist.

3.3.4. SLD – „Bund der demokratischen Linken“

Wie auch die PSL ist die SLD eine Nachfolgepartei des alten Regimes und hat eine ebenfalls relativ hohe Mitgliederzahl von 100.000 (vgl. Holländer 2003: 165). Nach der Auflösung der PZPR im Jänner 1990 stimmte die Mehrzahl der Delegierten des letzten Kongresses der PZPR zu, dass sich die Partei auflösen und eine neue Partei, die SdRP, gegründet werden sollte. Dies war die Geburtsstunde der polnischen sozialdemokratischen Partei (vgl. Buras 2005: 84). Ebenfalls 1990 schlossen sich die SdRP und noch einige anderen Parteien zur der Wahlallianz SLD zusammen, um die Erfolgsaussichten für

der Koalition mit der PO wurde er zum Vizepremier und Wirtschaftsminister ernannt (vgl. Bingen 2008: 85f.).

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

die Wahlen im kommenden Jahr zu erhöhen. Die SdRP stellte in dieser Allianz immer die stärkste Gruppe dar und konnte so die politische Richtung der SLD bestimmen. Bei den ersten Parlamentswahlen 1991 konnte die SLD 11% der Stimmen erreichen. Dies war vor allem in Anbetracht dessen, dass sie eine direkte Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei war (mit teilweise den gleichen Führungspersönlichkeiten), ein sehr überraschendes Ergebnis. Bei den nächsten Parlamentswahlen 1997 konnte sie ihr Ergebnis sogar noch auf 20% verbessern und erreichte sogar 41% bei den Parlamentswahlen 2001. Hier erhielt sie die meisten Stimmen und wurde Teil einer Regierungskoalition (vgl. Buras 2005: 84).

Die Regierungszeit der SLD verlief aber weniger erfolgreich als die Entwicklung seit 1990. Die SLD konnte in der Regierung zwar einige als sozialdemokratisch zu bezeichnende Maßnahmen durchsetzen, jedoch fällt in diese Zeit auch die Einberufung des ersten Untersuchungsausschuss⁴⁰ sowie die vorzeitige Auflösung der Regierung im Jahr 2004. Nachdem die SLD bei den letzten Wahlen noch 41% erreichen konnte, war der Partei die Zustimmung der Bevölkerung nach drei Jahren fast vollständig entzogen worden (vgl. Szawiel 2007: 3). Bei den Parlamentswahlen 2005 spiegelte sich die Enttäuschung in der Bevölkerung über die schwache Regierungsbilanz wieder und die SLD kam auf nur 11,3% der Stimmen (vgl. Ziemer 2009: 165). Dies bedeutete einen Rückgang von 30% und markierte damit generell einen Bedeutungsverlust der Linken im polnischen politischen Spektrum.

Bei den darauffolgenden Wahlen zum Sejm 2007 trat die SLD in einer Wahlallianz⁴¹ gemeinsam mit anderen Parteien aus dem linken Spektrum an. Die Allianz kam auf 13,15% der Stimmen und blieb damit hinter den Erwartungen zurück. Sie konnte sich aber mit dem Erreichen des dritten Platzes als dritte Kraft neben den beiden dominierenden Parteien PO und PiS positionieren. Die SLD hat aber in Anbetracht des schwachen Abschneidens nur einen sehr geringen Einfluss auf die Politik in Polen. Da PO und PiS

⁴⁰ Grund für die Einberufung eines Untersuchungsausschuss des Sejms war die sogenannte „Rywin Affäre“. In diese Korruptionsaffäre waren auch Angehörige der SLD-Regierung verwickelt. Das Ergebnis des Untersuchungsausschuss waren Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft sowie Verhaftungen (vgl. Szawiel 2007: 2).

⁴¹ LiD – Lewica i Demokraci, dt.: Linke und Demokraten. Diese setzte sich neben der SLD aus der, von der SLD 2004 abgespaltenen, SdPI, der UP und der PD zusammen (vgl. Ziemer 2009: 174).

erneut keine Koalition bildeten, sondern die PO eine Koalition mit der PSL einging, bleibt der Platz der wichtigsten Oppositionspartei von der PiS besetzt (vgl. Szczerbiak 2008).

3.3.5. Typologisierung von PSL und SLD

Nach der historischen Abhandlung über die relevanten polnischen Parteien kann festgehalten werden, dass PSL und SLD eine andere historische Entwicklung durchgemacht haben als PO und PiS und sich auch von ihrer Organisationsstruktur sehr stark unterscheiden. Die PSL und SLD sind Nachfolgeparteien von bereits im sozialistischen Regime bestehenden Parteien und verfügen daher über eine stark verankerte Organisation und eine, im Vergleich zu den anderen Parteien, relativ hohe Mitgliederzahl. Die PSL ist darüber hinaus auch als „Klassenpartei“ mit einer sehr loyalen Basis zu bezeichnen, welche eine sehr loyale Basis besitzt. PSL und SLD sind auch deutlich stärker institutionalisiert und verfügen über einen funktionierenden Parteiapparat.

Ein Ziel der Analyse ist es zu untersuchen, ob ein neuer Parteityp in Polen entstanden ist. Führen wir uns an dieser Stelle nochmal vor Augen wodurch sich der neue Parteityp auszeichnet. Er ist gekennzeichnet durch eine geringe Mitgliederzahl, eine geringe Verwurzelung in der Gesellschaft sowie dadurch, dass es sich bei dieser Partei um eine schwache Massenintegrationspartei handelt (vgl. Segert 2008b: 30). Wie das bisher ins Feld Geführte aufgezeigt hat, sind dies alles Phänomene, die bei der PSL sowie der SLD nicht zutreffen, sehr wohl aber bei PO und PiS.

Ein weiterer Grund dafür, den Fokus auf PO und PiS zu legen ist, dass es eine der Aufgaben dieser Arbeit, ist den Parteityp herauszuarbeiten, der aus der spezifischen Situation nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft entstanden ist; zwecks Analyse dessen eignen sich PiS und PO besser, da sie auf keinen bereits bestehenden politisch-organisatorischen Strukturen aufbauen konnten (vgl. Mair 1997: 181). Ein weiterer Umstand der PiS und PO für diese Untersuchung interessanter macht, ist die Tatsache, dass sie trotz der schlechteren Startposition, das heißt ohne Verankerung in der Gesellschaft, bei den letzten drei aufeinanderfolgenden Wahlen (2004, 2007 und 2011) die zwei stimmenstärksten Parteien waren. Warum sie die polnische Politik derzeit dominieren

und ob die Organisationsstruktur der Parteien dabei eine Rolle spielt gilt es in der weiteren Analyse herauszufinden.

3.4. Merkmale der Organisationsstruktur von PO und PiS

Im diesem Abschnitt sollen PO und PiS anhand ihrer Organisationsstruktur untersucht werden. Die Parteien sollen dabei mit den bereits beschriebenen westeuropäischen Parteitypen verglichen werden, um zu überprüfen, ob es sich bei ihnen um Vertreterinnen eines neuen Parteityp handelt.

Eines der auffallendsten Merkmale von PO und PiS ist ihre geringe Mitgliederzahl (PiS ca. 13.000 Mitglieder, PO ca. 30.000, vgl. Bingen 2008: 87). Dies hat einen erheblichen Einfluss auf die Organisationsstruktur der zwei Parteien. So wird zum Beispiel die Formulierung des Programms nicht mehr von den Mitgliedern entschieden, sondern von der Parteispitze. Ein weiterer Effekt der niedrigen Mitgliederzahl ist, dass Aufgaben, welche sonst von Mitgliedern übernommen werden (z.B. Wahlkampf), von professionellen DienstleisterInnen ausgeführt werden und es somit zu einer Professionalisierung der Parteiarbeit kommt (vgl. Nève 2008: 287). Dies hat zur Folge, dass PO und PiS durch eine programmatische sowie personelle Schwäche gekennzeichnet sind. Ein sehr gutes Beispiel für die personelle Schwäche zeigte sich bei der PiS bei der Regierungsbildung nach dem Wahlsieg 2005. Sie war gezwungen, Fachleute von außerhalb zu holen, da sie kein eigenes geeignetes Personal zur Verfügung hatte (vgl. Spiewak 2008: 76).

Die programmatische Schwäche zeigt sich auch auf der inhaltlichen Ebene; Die Inhalte der Parteiprogramme und Informationshefte von PO und PiS sind meist nur Erklärungen des guten Willens, die Parteiprogramme werden von wenigen ParteixpertInnen geschrieben; die Parteimitglieder haben in dem ganzen Prozess nur sehr wenig zu sagen (vgl. Spiewak 2008: 75f.). Vor allem in der PiS, aber mit Einschränkungen trifft es auch auf die PO zu, kam es vor allem seit 2005 zu einer starken Hierarchisierung sowie einer signifikanten Ausrichtung auf die Parteispitze. Diese Entwicklung wirkte sich negativ auf die demokratische Willensbildung innerhalb der Partei aus (vgl. Bingen 2010: 79).

3. Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in Polen

In den zwei Parteien findet weder ein innerparteilicher Wettbewerb um die Führungsposition statt, noch kommt es zu offenen Diskussionen der Parlamentsabgeordneten. Weiters kennzeichnet die zwei Parteien, dass sie „[...] weder eine eigene politische Kultur noch Traditionen der innerparteilichen Demokratie herausgebildet haben, auf einigermaßen autoritäre Weise geführt werden und vor allem ihrem Parteiführer zu Diensten stehen“ (Spiwak 2008: 74). KritikerInnen innerhalb der Parteien werden entweder gleich ausgeschlossen oder zum Austritt gedrängt. Im Sejm herrscht eine uneingeschränkte Parteidisziplin vor, welche sich über alle Gesetze, Beschlüsse, usw. erstreckt, die wiederum von einer kleinen Gruppe festgesetzt werden. Die Parteiführung von sowohl PiS als auch PO, welche sich meist aus zwei oder drei Personen zusammensetzt, entscheidet wer im Plenum oder im Fernsehen auftreten darf. Dies hat zur Folge, dass die Parteiführung die meiste Medienpräsenz genießt (vgl. ebd.: 75f.).

Dazu kommt noch, dass weder die PO noch die PiS einen ausgebildeten institutionellen Apparat zur Verfügung haben und auch über keine nennenswerten Jugendorganisationen oder Thinktanks verfügen (vgl. Spiwak 2008: 74). Die schwache Institutionalisierung der Parteien führt des Weiteren dazu, dass auch die PolitikerInnen in den Parteien selbst nur eine schwach ausgeprägte Loyalität zu ihrer Partei haben, wodurch ein Parteiwechsel der Eliten erleichtert wird (vgl. Mair 1997: 188).⁴² Die politischen Parteien sind sehr stark auf den Staat ausgerichtet und ihre Existenz wird durch das Verhältnis bzw. durch die Nähe zu jenem bestimmt, vor allem die staatliche Parteienfinanzierung ist hier zu nennen (vgl. Kopecky 2006: 269f.).

Ein erkennbarer Unterschied ist im Bereich der Ideologie auszumachen. Bei der PO herrscht, was aktuelle Tagesthemen betrifft, Pragmatismus und Sachorientierung vor. Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der potenziellen WählerInnenschaft getroffen. Es wird mehr oder weniger ein ständiger latenter Wahlkampf geführt, bei dem die Partei nur ja nicht die potenziellen WählerInnen verärgern möchte. Spiwak bezeichnet die PO in diesem Zusammenhang als „superdemokratische Partei“ (Spiwak 2008: 85), da sie permanent um Unterstützung bei den WählerInnen wirbt. Aus diesem

⁴² Ein gutes Beispiel für einen Parteienwechsel zeigt sich wieder bei der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen 2005. Die PiS-Führung ernannte eine ehemalige Abgeordnete der PO zur Wirtschaftsministerin.

Grund ist bei der PO kein Platz für ideologische Überlegungen, dadurch würde sich die potenzielle WählerInnenschaft reduzieren (vgl. ebd.: 84ff.). Die PiS verfolgt zwar ebenso keine kohärente ideologische Politik, aber immerhin konnte sie eine Wahl mithilfe der von ihnen selbst propagierten Ideologie der „IV. Republik“⁴³ gewinnen. Sie war damit die erste Regierung, die eine Ideologie vertrat, welche auf die Bevölkerung zugeschnitten war (vgl. ebd.: 82).

Da die PiS diese ideologische Überlegung aber bereits wieder vor den darauffolgenden Wahlen 2007 aufgegeben hatte, kann auch bei der PiS nicht davon gesprochen werden, dass sie sich auf eine bestimmte, klar auszumachende Ideologie beruft. Die schwache ideologische Verortung ist darauf zurückzuführen, dass die beiden Parteien aus demselben Lager entstanden sind und bis zur Marginalisierung der Linken keine weitere ideologische Basis, als die der Ablehnung des post-sozialistischen Lagers, benötigten. Nun sehen sie sich aber einem politischen Gegner aus demselben Lager gegenüber und müssen erst ihre Identität finden. Nach Spiewak ist das der PO bereits gelungen; sie hat ihre Rolle „in Ministerien, Selbstverwaltungen und zukünftigen Herausforderungen, denen sie sich jetzt stellt, bereits gefunden“ (Spiewak 2008: 86).

⁴³ Siehe Kapitel 3.3.1.

4. „Neuer“ Parteityp und Repräsentative Demokratie

In diesem Kapitel sollen historische Ausführungen mit theoretischen Überlegungen in Verbindung gebracht werden, um die Forschungsfragen zu beantworten. Zuerst wird dabei der Organisationsstruktur der Parteien Aufmerksamkeit geschenkt werden; damit verbunden ist auch die Frage, ob in Bezug auf die Organisationsstruktur bei dem in Polen vorherrschenden Parteityp von einem „neuen“ Parteityp gesprochen werden kann. Um diese Frage beantworten zu können, wird die Organisationsstruktur von PO und PiS anhand der Beziehungen der einzelnen Organisationsbereiche nach Katz/Mair (*party on the ground, party in central office* und *party in public office*)⁴⁴ untersucht. Dies ermöglicht einen Vergleich mit den bereits vorgestellten Idealtypen und erlaubt damit fundierte Aussagen bezüglich der Forschungsfrage, bezüglich der Existenz eines „neuen“ Parteityps. Es soll auch überprüft werden, wie sich die Organisationsstruktur von PO und PiS auf die Lösung der Dilemmata von Organisationen⁴⁵ ausgewirkt hat. Die Ergebnisse dieser Analyse werden bei der Untersuchung einer möglichen Krise der repräsentativen Demokratie wieder eine Rolle spielen, da die Auswirkungen der Ausprägung der Organisationsstruktur der polnischen Parteien auf die repräsentative Demokratie in Polen analysiert werden.

Bevor mit der Analyse einer möglichen Krise der repräsentativen Demokratie begonnen werden kann, muss allerdings noch untersucht werden, ob in Polen von einer demokratischen Konsolidierung gesprochen werden kann. Dabei wird auf das Konzept der „positiven“ Konsolidierung zurückgegriffen werden, welche anhand eines von Wolfgang Merkel entwickelten Modells analysiert wird⁴⁶. Dabei wird vor allem die Rolle der polnischen Parteien in den Fokus gerückt werden. Abschließend erfolgt die Analyse des Zustandes der repräsentativen Demokratie in Polen. Neben der Überprüfung ob die formalen Kriterien einer repräsentativen Demokratie als erfüllt gelten können, wird der Schwerpunkt dabei auf die Teilregime⁴⁷ der repräsentativen Demokratie nach Merkel

⁴⁴ Siehe Kapitel 2.2.3.2.

⁴⁵ Siehe Kapitel 2.2.3.1.

⁴⁶ Für die theoretische Behandlung dieses Modells siehe Kapitel 2.1.1. und für die Untersuchung siehe Kapitel 4.2.

⁴⁷ Siehe Kapitel 2.1.1.

gelegt, um einen möglichen Defekt in einem dieser zu analysieren. Es soll auch überprüft werden, ob ein möglicher Defekt mit der konkreten Ausprägung der Organisationsstruktur von PO und PiS zusammenhängt. Des Weiteren wird die Funktion der Parteien als Vermittlerin zwischen den BürgerInnen und dem politischen System einer genaueren Untersuchung unterzogen werden.

4.1. PO und PiS im Vergleich mit bestehenden Parteitypen

Was sind nun die Merkmale der polnischen Parteien, PO und PiS, im Bezug auf ihre Organisationsstruktur? Kann man sie einem der oben⁴⁸ beschriebenen Modelle zuordnen?

Vorneweg sollen in einem vergleichenden Ansatz einige Modelle ausgeschlossen werden, die nur sehr wenig mit den Parteitypen in Polen gemeinsam haben. Da es weder mit dem Typ der Kaderpartei noch mit dem Typ der Massenpartei genügend Übereinstimmungen gibt, werden diese beiden Typen nicht eigens behandelt werden. Interessanter gestaltet sich ein Blick auf das Catch-All-Modell. Die Gemeinsamkeiten dieses Modells mit den polnischen Parteien sind offensichtlich: Sowohl die idealtypische Catch-All-Partei als auch die real existierenden polnischen Parteien richten ihre jeweiligen Orientierungspunkte auf die potenzielle WählerInnenschaft und versuchen nicht, KernwählerInnen an sich zu binden. Bei den polnischen Parteien ist auch eine starke Professionalisierung einerseits der PolitikerInnen selbst, andererseits auch im Wahlkampf und der sonstigen Parteiarbeit⁴⁹ zu konstatieren. Eine Konsequenz aus der Unabhängigkeit der Parteilite von den Mitgliedern ist deren größere Freiheit. Doch erscheint der Verweis auf diesen Parteityp noch nicht ausreichend, um PO und PiS ausreichend zu beschreiben. Das nächste Modell, das zur vergleichenden Analyse herangezogen werden soll, ist jenes der Electoral-Professional-Partei. Dieses Modell knüpft an das Catch-All-Modell an, weshalb an dieser Stelle nur die über Letztere hinausgehenden Eigenschaften analysiert werden sollen. Die bedeutendste Neuerung dieses Typs im Vergleich zur Catch-All-Partei ist die Hervorhebung des Aspekts der Professionalisierung. Daher gilt für diesen Typ in Bezug

⁴⁸ Siehe Kapitel 2.2.4.

⁴⁹ Darunter werden die tagtäglichen Arbeiten in der Partei, wie etwa das Design oder die inhaltliche Aufbereitung von Werbematerial usw., verstanden.

auf die polnischen Parteien dasselbe wie für die Catch-All-Partei: Auch hier kann die idealtypische Konzeptualisierung die polnische Realität nicht genau beschreiben. Einen Punkt, den dieses Modell stark hervorhebt und der auf sowohl PO als auch PiS zutrifft, ist jener, dass die MandatsträgerInnen eine zentrale Rolle innerhalb der Partei spielen (vgl. Kostelecky 2002: 154). In anderen Worten: Die *party in public office* nimmt hier eine tragende Rolle in der *party in central office* ein.

Beim letzten Typ, der zu einer vergleichenden Analyse herangezogen werden soll, handelt es sich um das Modell der Kartell-Partei. Der zentrale neue Aspekt beim theoretischen Modell der Kartell-Partei ist jener der Zentralisierung des Interesses der Parteiführung auf den Staat. Dieser Aspekt ist für die polnischen Parteien ebenfalls zu konstatieren (vgl. Nève 2008: 294). Die staatliche Parteienfinanzierung ist auch für PO und PiS von existentieller Bedeutung. Die *party on the ground* ist bei den polnischen Parteien fast völlig verschwunden bzw. niemals entstanden. Die *party in central office* genießt fast uneingeschränkte Freiheit (vgl. Spiewak 2008: 76) gegenüber der marginalisierten *party on the ground*. Die *party in public office* hat dafür eine existentielle Bedeutung für die polnischen Parteien, da die damit verbundenen finanziellen Mittel, welche durch den Staat vergeben werden, die primäre Einnahmequelle der Parteien darstellen. Mit dem Bedeutungsgewinn der *party in public office* geht eine Verschmelzung mit der *party in central office* einher. Die semi-staatliche Stellung der Kartell-Partei, wandelt sich bei den polnischen Parteien schon eher in eine staatliche Stellung – in Richtung „Staatspartei“. Kostelecky meint sogar: „[...] parliamentary politics becomes, in a practical sense, a means to gain highly prized access to the executive branch in order to pursue the desired outcomes there“ (Kostelecky 2002: 154). Dieser Aspekt sowie die erwähnte fast völlige Auflösung bzw. der völlige Bedeutungsverlust der *party on the ground* findet sich bei dem Modell der Kartell-Partei nur ansatzweise, weshalb das Modell der Kartell-Partei den Parteityp von PO und PiS nicht ausreichend beschreiben kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Modell der Kartell-Partei am ehesten die Parteien in Polen beschreibt⁵⁰, dies aber nicht in ausreichender Form bewerkstelligt.

⁵⁰ Zur selben Einschätzung, jedoch für die Parteien im gesamten ostmitteleuropäischen Raum, kommen Lewis und Millard (vgl. ebd. 2001: 139).

Es kann mit Blick auf die Organisationsstruktur von einem „neuen“ Parteityp gesprochen werden, da der Unterschied in dem Verhältnis der *party in central office* zur *party in public office* nicht mehr vorhanden ist, wogegen in der Kartell-Partei zwischen den beiden Sphären noch unterschieden werden kann. Aus welchen Gründen sich dieser neue Parteityp in Polen entwickelt hat, soll im nächsten Abschnitt etwas genauer analysiert werden.

4.1.1. Organisationsbereiche der polnischen Parteien und wechselseitige Beziehungen

4.1.1.1. *party on the ground*

Die nur schwache Ausbildung der *party on the ground* hat im Wesentlichen zwei Gründe: die spezielle Ausgangslage Polens bei der Transformation und das geringe Interesse seitens der Parteien eine starke Unterstützung abseits der Wahlen in der Gesellschaft zu erreichen. Diese Ausgangslage war deshalb von Bedeutung, da in der Bevölkerung eine sehr negative Grundhaltung gegenüber politischen Parteien herrschte (vgl. Gortat 2000: 153); die Parteien wiederum konnten zu diesem Zeitpunkt, sofern sie nicht Nachfolgeparteien des alten Regimes waren, auf überhaupt keine parteiähnlichen Strukturen aufbauen. Die Parteien wurden daher in einem top-down Prozess (vgl. Mair 1997: 181) von den Eliten gegründet, wodurch es bei der Entstehung keine bzw. nur eine bedeutungslose *party on the ground* gab.

Die Parteieliten sahen darüber hinaus keinen Grund, eine stärkere Verankerung in der Gesellschaft zu suchen und damit die Schaffung der *party on the ground* zu forcieren. Die Gründe für dieses Desinteresse seitens der Eliten sind dieselben, die auch in den westeuropäischen Staaten zu einem Bedeutungsverlust der *party on the ground* geführt hat: Die Mitglieder verloren ihre wichtigen Funktionen bei der Finanzierung sowie bei der Kommunikation von Parteiinhalten. Die Massenmedien übernehmen die früheren Funktionen der *party on the ground*. Der Unterschied zu den westlichen Parteien ist, dass die Parteien durch die Ausgangslage nach der Transformation von oben herunter sowie ohne eine Basis entstanden sind und dass die Aufgabe der Mitglieder bezüglich der Kommunikation von Parteiinhalten bereits bei der Entstehung der Parteien von den

Medien übernommen wurde. Die Parteienfinanzierung wurde mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes 2001 durch den Staat übernommen. Daher gab es für PO und PiS keinen Anreiz um Mitglieder zu werben.

4.1.1.2. *party in central office* und *party in public office*

Die nahezu vollkommene Verschmelzung dieser beiden „Gesichter“ der Partei kann nicht unabhängig von der Bedeutungslosigkeit der *party on the ground* gesehen werden. So sind zum Beispiel die Jugendorganisationen sehr wichtig für die Rekrutierung neuer Parteieliten. Daraus ergibt sich der erste Grund für diese Verschmelzung: Durch das Fehlen von internen Parteistrukturen kann die Partei ihre Rekrutierungsfunktion nicht mehr ausreichend erfüllen. Die finanzielle Abhängigkeit der Partei erklärt sich aus der Abwesenheit der Parteimitglieder sowie aus der gesteigerten Professionalität; dadurch müssen vor allem im Wahlkampf externe Fachleute angeheuert werden, die es zu bezahlen gilt. Daher kann festgestellt werden, dass das Verschwinden der *party on the ground* und die gesteigerten Kosten, welche für die Partei durch das geänderte Umfeld anfallen, die Partei noch mehr in die Abhängigkeit des Staates treibt.

4.1.2. Analyse anhand der Dilemmata einer Organisation

In diesem Abschnitt soll überprüft werden, wie PO und PiS die vier Dilemmata nach Panebianco lösen. Damit kann gezeigt werden, wie die spezifische Organisationsstruktur von PO und PiS, das heißt die konkrete Ausprägung der Beziehungen der drei Gesichter der Partei dazu beiträgt, diese organisatorischen Probleme zu lösen.

4.1.2.1. Ziele einer Partei

Das Erreichen von bestimmten Zielen wird in der Programmatik von PO und PiS nicht erwähnt. Der Selbsterhalt der Partei ist das einzig angestrebte Ziel. Da die Mitglieder in der Partei so gut wie keine Bedeutung mehr besitzen, wird auch kein anderes Ziel nach außen propagiert (vgl. Spiwak 2008). Der Selbsterhalt der Partei kann nur noch durch die staatlichen finanziellen Zuwendungen gesichert werden, daher ist das Erreichen von politischen Ämtern und Mandaten von existentieller Bedeutung für die polnischen Parteien.

Die Stimmenmaximierung zur Selbsterhaltung von PO und PiS muss daher ihr Ziel sein (vgl. Biezen/Kopecky 2007).

4.1.2.2. Unterschiedliche Anreizsysteme

Die selektiven Anreize sind mit dem Erreichen von Mandaten oder Ämtern verbunden. Dies ist ein weiterer Grund, warum es zu einer Verschmelzung der *party in central office* und der *party in public office* kommt. Die Partieliten von PO und PiS besitzen neben einer wichtigen Funktion innerhalb der Partei auch ein Amt oder ein Mandat im Parlament. Die selektiven Anreize sind daher sehr hoch, was zu einem starken Zusammenhalt innerhalb der Organisation führt. Die kollektiven Anreize spielen keine Rolle mehr. Die WählerInnen werden durch die Übereinstimmung bei einzelnen Sachthemen für die Wahl der Partei überzeugt, wobei ideologische Ziele nicht mehr verfolgt werden (vgl. Spiwak 2008).

4.1.2.3. Adaptieren oder Dominieren

Das Verhältnis zwischen diesen beiden Strategien hat sich sehr deutlich in Richtung Adaptieren verschoben. Die Strategie des Dominierens wird von den polnischen Parteien nicht mehr verfolgt. Dies hängt mit der schwach ausgebildeten Parteienidentifikation in der Bevölkerung und mit dem geringen Interesse der Parteien diese zu fördern, zusammen. Die dadurch entstehende höhere Wahrscheinlichkeit unerwarteter Probleme im Umfeld der Partei wird durch eine schnellere Reaktionsfähigkeit und eine gesteigerte Flexibilität kompensiert (vgl. Szczerbiak 2001: 97ff.).

4.1.2.4. Entscheidungsfreiheit der Parteispitze

Die Parteispitze, welche mit den beiden Gesichtern – der *party in central office* und der *party in public office* – gleichzusetzen ist, besitzt eine fast uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit. Das erklärt auch, warum sie auf unerwartete Probleme so schnell reagieren kann. Die Partieliten treffen die Entscheidungen unter sich, wobei sie keine Basis zu berücksichtigen haben, und daher sehr flexibel sind (vgl. Szczerbiak 2001: 97ff.).

Zusammenfassend kann deshalb konstatiert werden, dass hinsichtlich der zwei stimmenstärksten polnischen Parteien von einem „neuen“ Parteityp gesprochen werden

kann. Die Ausformung der Beziehungen der organisatorischen Bereiche bei PO und PiS können keinem der für Westeuropa typischen Parteimodelle zugeordnet werden, wobei aber angemerkt werden muss, dass das Modell der Kartell-Partei dem in Polen vorherrschenden Parteityp sehr ähnlich ist. Die Gründe für die starke Ausprägung der im Modell der Kartell-Partei bereits angedeuteten Merkmale kann vor allem auf die Abwesenheit der *party on the ground* zurückgeführt werden. Dieser organisatorische Bereich wurde bei PO und PiS niemals ausgebildet, woraus sich auch die weiter fortgeschrittene Verschmelzung der *party in central office* und der *party in public office* ergibt. Aus diesem Umstand heraus lassen sich auch die spezifischen Lösungsansätze der polnischen Parteien bezüglich der Dilemmata nach Panebianco erklären: Durch die fehlende *party on the ground* benötigen PO und PiS keine kohärente Ideologie, ihr einziges Ziel ist der Erhalt der Partei. Die selektiven Anreize sind zum einen deshalb von zentraler Bedeutung, da sie helfen die Organisationsstruktur aufrecht zu erhalten und zum anderen benötigen die Parteien keine kollektiven Anreize, da sie auch keine dauerhaften UnterstützerInnen suchen. Da ihr Fokus auf einzelne Sachthemen gerichtet ist und die WählerInnen auch anhand dieser ihre Wahlentscheidung treffen, verfolgen PO und PiS eine Strategie des Adaptierens. Die Parteispitze genießt eine fast uneingeschränkt Entscheidungsfreiheit, da sie sich nicht um ihre Mitglieder kümmern muss.

Wie auch schon die Beschreibung der historischen Entwicklung von PO und PiS gezeigt hat, handelt es sich bei ihnen um „schwache Massenintegrationsparteien“, die sich durch niedrige Mitgliederzahlen sowie eine nur schwache Verschmelzung in der Gesellschaft auszeichnen. Bereits erwähnt wurden die Elemente der gesteigerten Kommerzialisierung und Professionalisierung. Auch ist das Vertrauen in politische Parteien in der Bevölkerung aufgrund der gesellschaftlichen Erfahrung nicht stark ausgeprägt. Konform mit den hier ausgeführten Überlegungen von Dorothee de Néve (dies. 2008) und Dieter Segert (ders. 2008b) kann deshalb hinsichtlich PO und PiS von Vertreterinnen eines „neuen“ Parteityps gesprochen werden.

4.2. Demokratische Konsolidierung in Polen

Nach der Analyse des Parteityps, dem sowohl PO als auch PiS zugeordnet werden können, gilt es den Stand der demokratischen Konsolidierung zu analysieren. Um diese zu untersuchen wird das Konzept der „positiven“ Konsolidierung verfolgt, wobei das darauf aufbauende Modell von Merkel (vgl. ders. 2009) angewandt wird. Merkel teilt die demokratische Konsolidierung in vier Ebenen (*konstitutionelle* und *repräsentative Konsolidierung*, *Verhaltenskonsolidierung*, *demokratische Konsolidierung*)⁵¹, welche sich zum Teil bedingen, zumindest aber in Verbindung zueinander stehen. In Anbetracht der zentralen Rolle der polnischen Parteien in dieser Arbeit wird der Fokus auf die repräsentative Konsolidierung gelegt werden.

Als abgeschlossen gelten kann die Ebene der konstitutionellen Konsolidierung in Polen seit der Verabschiedung der „Kleinen Verfassung“ 1991 und den ersten vollständig freien Sejmwahlen (vgl. Bingen 2008: 77). Auch Merkel spricht diesbezüglich ebenfalls von einer konstitutionellen Konsolidierung (vgl. Merkel 2009: 33). Eine Ebene der demokratischen Konsolidierung, welcher in dieser Arbeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, ist jene der *repräsentativen Konsolidierung*. Dabei soll untersucht werden, ob sich das polnische Parteiensystem institutionalisiert hat und was etwaige Gründe dafür sein könnten.

Es wurden vier Voraussetzungen⁵² ausgemacht, die erfüllt sein müssen, damit von einem institutionalisierten Parteiensystem gesprochen werden kann. Die Voraussetzung, dass die Wahlgesetze stabil zu sein haben, kann zweifellos als erfüllt angesehen werden. Die dauerhafte Bindung, die dauerhafte Loyalität der Elite zu einer Partei, kann vor allem durch die Abhängigkeit Letzterer von der staatlichen Finanzierung ebenfalls als erfüllt bezeichnet werden. Die Anziehungskraft der etablierten Parteien ist groß genug, so dass neue PolitikerInnen ihr Glück eher in einer bestehenden Institution versuchen, als eine neue Partei zu gründen. Vor allem der finanzielle Nachteil, mit dem neue Parteien zu rechnen haben, ist hier verantwortlich für die Anziehungskraft bereits etablierter politischer

⁵¹ Siehe Kapitel 2.1.1.

⁵² Siehe Kapitel 2.1.1.1.

Mächte (vgl. Spiwak: 2008). Hinsichtlich der Bindung der WählerInnen an die Parteien ist es noch zu früh, um eine qualifizierte Aussage über deren Entwicklung zu machen. Jedoch kann in Anbetracht des beschriebenen Parteityps erwartet werden, dass es in absehbarer Zeit zu keinen solchen Bindungen kommen wird (vgl. Segert 2008b: 19). Die Eliten und die WählerInnen haben gelernt, mit der demokratischen Regierungsform umzugehen. Diese Voraussetzung kann daher auch als erfüllt gelten; ein gutes Indiz hierfür ist, dass der Anteil der zwei stimmenstärksten Parteien kontinuierlich angestiegen ist (vgl. Szczerbiak 2006a: 105). Allerdings bestätigt sich anhand des Defizits, welche die polnischen Parteien bezüglich der Bindung der WählerInnen aufweisen, der Trend, der sich bereits bei der Analyse der polnischen Parteien gezeigt hat – in der polnischen Bevölkerung besteht nur eine sehr schwache Parteienidentifikation (vgl. Tworzecki 2003: 7). Dadurch muss in Bezug auf die Funktion von PO und PiS als Vermittlerin zwischen dem Staat und den BürgerInnen von einer schwächeren Konsolidierung ausgegangen werden (vgl. Merkel 2009: 34). In Bezug auf die Ebene der *Verhaltenskonsolidierung*, bestätigt Merkel, dass „[...] es überhaupt keine Anzeichen eines antidemokratischen Vetopotenzials [gab]“, weswegen von einer vollständigen Konsolidierung ausgegangen werden kann. Schlussendlich kann auch die letzte Ebene, die Ebene der demokratischen Konsolidierung mit Merkel (vgl. ders. 2009: 36) als konsolidiert angesehen werden.

Unter explizitem Verweis auf das Defizit der polnischen Parteien als Bindeglied zwischen den BürgerInnen und dem Staat zu fungieren, kann zusammenfassend deshalb sehr wohl von einer demokratischen Konsolidierung in Polen gesprochen werden (vgl. Merkel 2009: 37, vgl. Beichelt 2009: 53).

4.3. Auswirkungen des „neuen“ Parteityps: Krise der repräsentativen Demokratie?

Die Demokratie in Polen kann als konsolidiert angesehen werden, doch eine Frage, die sich stellt, ist, welche Auswirkungen die Organisationsstruktur von PO und PiS auf die repräsentative Demokratie hat. An dieser Stelle soll der gegenwärtige Zustand der repräsentativen Demokratie in Polen überprüft werden.

4.3.1. Krisensymptome

Als strukturegefährdende Defizite in der repräsentativen Demokratie können drei Aspekte identifiziert werden, welche direkt mit Parteien in Verbindung stehen. Neben der bereits behandelten *geringen Mitgliederzahl* sind dies die *hohe Volatilität* und die *niedrige Wahlbeteiligung*. Die geringe Mitgliederzahl wurde bei der Analyse des „neuen“ Parteityps bereits besprochen, daher soll an dieser Stelle nur nochmal erwähnt werden, dass diese eine Konsequenz zum einen aus dem Erbe des sozialistischen Regimes in Polen war, und zum anderen eine Folge der steigenden Bedeutungslosigkeit der Mitglieder für das Funktionieren des „neuen“ Parteityps ist. Diesen beiden Problemen soll im Folgenden Aufmerksamkeit geschenkt werden; dabei wird auch der Zusammenhang zwischen möglichen Krisensymptomen und dem in Polen vorherrschenden Parteityp analysiert.

4.3.1.1. Hohe Volatilität⁵³

Zu einer hohen Volatilität kommt es, wenn Parteien nicht im Stande sind, ähnlich große WählerInnenschichten in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen an sich zu binden. Eine geringe Volatilität liegt bei ca. 5%, von einer hohen Volatilität spricht man bei ca. 20%. In Polen lag die Volatilität bei den ersten beiden Wahlen nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft 1991 und 1993 bei 21%. Diese Zahl ist insofern nicht verwunderlich, da in der Politikwissenschaft mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass die Volatilität erst mit der Anzahl der Wahlen sinkt, da angenommen wird, dass sinkende Volatilität und

⁵³ Mit Volatilität wird „the net electoral change between two consecutive elections“ (Bartolini/Mair 1990: 19) gemessen. Die Volatilität zeigt also an, ob die Parteien im Stande sind, bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen ähnlich große WählerInnengruppen an sich zu binden (vgl. Segert 2008b: 17).

Konsolidierung von Parteiensysteme parallel verlaufende Prozesse darstellen. Dies hängt auch damit zusammen, dass eine sinkende Volatilität darauf hindeutet, dass sich die Bindungen der WählerInnen an die Parteien verstärkt haben (vgl. Segert 2008b: 17). Doch bei der dritten Wahl betrug die Volatilität 42% und bei den darauffolgenden 29% und 22%. Das ergibt einen Durchschnitt von 27,2% (vgl. Segert 2008b: 18f.), was auf ein instabiles Parteiensystem hinweist.

Rose und Munro (vgl. dies. 2003: 50f.) unterscheiden zwei Arten von Volatilität, zum einen eine Art von Volatilität, die von der Angebotsseite (*supply-side volatility*) ausgelöst wird; und zum anderen die Volatilität, die ihren Hintergrund in der Nachfrageseite (*demand-side volatility*) hat. Es kommt dann zu einer von der Angebotsseite bedingten Volatilität, wenn sich das Parteiensystem ständig ändert, was in dem Fall von Polen durch andauernde Auflösungen und Neugründungen von Parteien passierte. Dadurch haben die WählerInnen keine andere Wahl, als sich für eine andere Partei zu entscheiden. Eine nachfrageseitige Volatilität entsteht dann, wenn die WählerInnen von sich aus entscheiden, bei der nächsten Wahl eine andere Partei zu wählen.

Eine Volatilität, die durch die Angebotsseite ausgelöst wird, deutet auf ein strukturelles Ungleichgewicht hin, wobei dieses wiederum als ein Anzeichen dafür gedeutet werden kann, dass sich das Parteiensystem noch nicht stabilisiert hat. Volatilität, die durch die Nachfrageseite ausgelöst wird, zeigt theoretisch ein dynamisches Gleichgewicht auf. Daher wird in der Politikwissenschaft auch davon ausgegangen, dass die Volatilität im Allgemeinen kurz nach einem Transformationsprozess relativ hoch ist, was sich auch in den post-sozialistischen Staaten bewahrheitet hat (vgl. Tavits 2005: 284). Das wurde einerseits dadurch bedingt, dass das Parteiensystem noch nicht stabilisiert war und andererseits dadurch, dass die WählerInnen noch nicht einschätzen konnten, welche Partei ihnen am meisten zusagen würde bzw. ihre Interessen am besten vertreten würde.

In Polen besteht in der Bevölkerung eine sehr geringe Parteiidentifikation⁵⁴; die Parteien haben kein Interesse daran, diese Identifikation in der Bevölkerung zu forcieren, da damit ein Freiheitsverlust der Parteiführung einhergehen würde. Daher sind die WählerInnen viel „offener“ und verfügbarer für die unterschiedlichen Parteien (vgl. Mair 1997: 181). In Polen

⁵⁴ Die Parteienidentifikation ist in Polen auch deshalb so gering, da die Parteien in einem sehr geringen Grad in der Gesellschaft verwurzelt sind (vgl. Mair 1997: 183).

handelte es sich bis zur relativen Stabilisierung des Parteiensystems⁵⁵ um eine *supply-side* Volatilität, welche mit dem Hinweis auf das zersplitterte Parteiensystem und den „party tourism“ zu erklären ist. Für die Zeit danach, kann von einer *demand-side* Volatilität ausgegangen werden, da es nach 2005 zu keinen großen Veränderungen im Parteiensystem mehr kam. Damit hat sich auch das strukturelle Ungleichgewicht in ein dynamisches Gleichgewicht gewandelt.

Die Organisationsstruktur von PO und PiS schafft eine sehr offene WählerInnenschaft, die ihre Wahlentscheidung aufgrund von einzelnen Themen trifft. Daher ist, wie bereits erwähnt, die Parteienidentifikation sehr gering und die WählerInnenschaft in ihrer Unterstützung sehr flexibel. PO und PiS besitzen auch keine bedeutende StammwählerInnenschaft, auf deren Unterstützung sie zählen könnte. Daher muss sie sich laufend um die gesamte WählerInnenschaft kümmern (vgl. Spiwak 2008: 86). Ein Effekt davon könnte eine Entwicklung hin zu einem demokratischeren System sein, da die WählerInnen von Wahl zu Wahl völlig neu entscheiden, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Der/die WechselwählerIn ist im Gegensatz zu bisher politisch interessiert und gut informiert; meist hat er/sie auch eine gute Ausbildung genossen. Dieser neue Typ von WählerIn ist deswegen auch nicht mehr ein Phänomen, welches sich vor allem bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung findet (vgl. Manin 2007: 316). Durch seine Themenzentriertheit spricht der „neue“ Parteityp gerade die gebildeteren Schichten an. Die Volatilität zeigt nur das an, was bereits in der Analyse der Parteien PO und PiS zu erkennen war, nämlich, dass es zu einem offeneren Wettbewerb zwischen den Parteien kommt.

Die hohe Volatilität und die kaum vorhandene WählerInnenbindung haben zwei Auswirkungen; erstens haben Parteien aufgrund des unvorhersehbaren WählerInnenverhaltens die Chance, sehr große Stimmenzuwächse zu verzeichnen; und zweitens können diese Zuwächse aber auch schnell wieder verloren werden (vgl. Schmid/Zolleis 2005: 12). Daher ist nicht damit zu rechnen, dass die Volatilität sehr stark sinken könnte; jedoch erscheint es eher fraglich, ob diese einen negativen Effekt auf das Funktionieren der repräsentativen Demokratie hat. PiS und PO haben bereits auf diese Entwicklung reagiert.

⁵⁵ Siehe Kapitel 3.2.4.

4.3.1.2. Niedrige Wahlbeteiligung

Die Staaten Ostmitteleuropas weisen eine ähnliche Wahlbeteiligung wie auch die westlichen Staaten auf (vgl. Nève 2008: 291). Bei den ersten freien Wahlen in den post-sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas war die Beteiligung extrem hoch und hat sich dann kontinuierlich dem Niveau anderer europäischer Staaten angeglichen. Die Ausnahme ist Polen: Die Wahlbeteiligung in Polen bei nationalen Parlamentswahlen war bei sechs Wahlen vier Mal unter 50%. Die geringste Wahlbeteiligung verzeichnete die Parlamentswahl 2005 mit 40,57% der abgegebenen Stimmen (vgl. Ziemer 2010: 166). 2007 stieg die Wahlbeteiligung auf 53,9%, was aber eher auf den sehr intensiv und erbittert geführten Wahlkampf der PiS zurückzuführen ist, als auf den gesteigerten Willen zur Partizipation von Seiten der Bevölkerung. Eine weitere mögliche Erklärung für die höhere Wahlbeteiligung sieht Szczerbiak in der Personalisierung des Wahlkampfes; v.a. die TV-Debatten und deren gesteigerte Bedeutung in Wahlkämpfen könnten laut ihm zu einer höheren Beteiligung geführt haben. An der Wahlbeteiligung ist auch weder ein positiver noch ein negativer Trend zu erkennen, weshalb man davon ausgehen muss, dass die Beteiligung in naher Zukunft nicht steigen wird (vgl. Szczerbiak 2008: 431).

Anders als die weiter oben beschriebene Volatilität zeigt die niedrige Wahlbeteiligung schon eher einen Funktionsdefekt der repräsentativen Demokratie an. Wahlen sind *der* zentraler Bestandteil der repräsentativen Demokratie, da durch ihre periodische Abhaltung nicht nur das demokratische System als Ganzes legitimiert wird, sondern auch die Parteien. Wahlen erfordern von den BürgerInnen den geringsten Aufwand aller Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Nohlen 2011: 668). Daher ist die Wahlbeteiligung ein sehr gutes Indiz dafür, ob die repräsentative Demokratie noch ausreichend legitimiert ist (vgl. Nève 2008: 298).

Die Tatsache, dass Polen diesbezüglich besonders hervorsteicht, hängt wahrscheinlich auch mit seiner speziellen Geschichte und der damit verbundenen, negativen Grundeinstellung der Bevölkerung gegenüber politischen Parteien zusammenhängt. Diese negative Grundeinstellung hängt nicht nur mit dem sozialistischen Erbe zusammen, sondern lässt sich sogar noch weiter, nämlich bis in die 2. Polnische Republik (1918–1939), an deren Scheitern den politischen Parteien die Schuld von der Bevölkerung

zugeschrieben wurde⁵⁶, zurückverfolgen (vgl. Szczerbiak 2006a: 91). Bei der geringen Wahlbeteiligung sollte jedoch die Entwicklung in den etablierten Demokratien Westeuropas berücksichtigt werden; auch hier ist die Wahlbeteiligung rückläufig. Daher ist auch bezüglich der sinkenden Wahlbeteiligung nicht von einem spezifisch post-sozialistischen Problem zu sprechen, sondern von einer Entwicklung, die alle demokratischen Staaten betrifft (vgl. Nève 2008: 298).

Der „neue“ Parteityp ist demnach nicht dazu in der Lage, die WählerInnen zu mobilisieren. Die geringe Parteienidentifikation und das geringe Vertrauen in das Parlament sowie in die Politik im Allgemeinen trägt sicher auch dazu bei. Die geringe Wahlbeteiligung führt zu einem Legitimationsproblem der Parteien und des ganzen politischen Systems. Letztlich stellt sich die Frage, inwiefern eine Regierung legitimiert ist, die meist nur von knapp über 25% der Bevölkerung gewählt wurde (vgl. Segert 2008b: 16).

4.3.2. Formale Grundsätze der repräsentativen Demokratie und Funktionen von Parteien

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem „neuen“ Parteityp und einer etwaigen Krise der repräsentativen Demokratie in Polen? Nachdem zuvor die Existenz eines „neuen“ Parteityps in der Analyse bestätigt wurde, gilt es hier die Frage nach einer möglichen Krise der repräsentativen Demokratie zu beantworten um letztlich den Zusammenhang zwischen dem „neuen“ Parteityp und einer möglichen Krise überhaupt erst analysieren zu können. Im Kapitel *Theoretische Grundlagen* wurden die formalen Bedingungen beschrieben, anhand derer es möglich ist, eine Krise auszumachen⁵⁷. An dieser Stelle soll nun überprüft werden, inwieweit diese in Polen erfüllt sind.

Die formalen Grundsätze einer repräsentativen Demokratie scheinen alle erfüllt zu sein: Es werden periodische Wahlen abgehalten, die RepräsentantInnen haben gegenüber ihren WählerInnen eine gewisse Unabhängigkeit und die Entscheidungen werden, mittels der Medien, in einer öffentlichen Diskussion geprüft. Daher kann festgehalten werden, dass die formalen Grundsätze der repräsentativen Demokratie in Polen als erfüllt angesehen werden können (vgl. Beichelt 2009: 53). Ein Blick auf Merkels Teilregime der

⁵⁶ Für eine genauere Auseinandersetzung mit der Rolle der Parteien in der 2. Republik vgl. Kawalec 2009.

⁵⁷ Siehe Kapitel 2.1.2.

Demokratie⁵⁸ zeigt, dass das *demokratische Wahlregime* keinen Defekt aufweist und auch die *politische Partizipation* allen mündigen BürgerInnen möglich ist. Daher ist die Funktionslogik der demokratischen Wahlen in Polen gesichert. Die *bürgerlichen Freiheitsrechte* scheinen ebenfalls keinen Einschränkungen in Polen zu unterliegen (vgl. Bingen 2008: 77). Die *effektive Regierungsgewalt* liegt bei den gewählten RepräsentantInnen. Bei der *Gewaltenteilung und der horizontalen Verantwortlichkeit* kann der unabhängigen Judikative mit Verweis auf die Entscheidungen des Verfassungsgerichtes während der Regierungsperiode der PiS ein positives Zeugnis ausgestellt werden. Wenn der Fokus auf die Trennung der Exekutive und Legislative gelegt wird, kann erneut auf die Regierungsperiode der PiS (2005–2007) hingewiesen werden. Darin zeigte sich bei den Partieliten der PiS, welche zu diesem Zeitpunkt sowohl das Amt des Ministerpräsidenten, als auch jenes des Präsidenten besetzten, ein Verfassungsverständnis, nach dem das Parlament als das höchste Verfassungsorgan verstanden wurde. Da das Vorhaben, die Verfassung dahingehend zu ändern, an der fehlenden Zustimmung im Parlament scheiterte, kann in Bezug auf die horizontale Verantwortlichkeit positiv geurteilt werden.

Es bleibt festzuhalten, dass zumindest mit Blick auf die formalen Kriterien in Polen nicht von einer Krise gesprochen werden kann, doch kann die Frage danach nicht einfach mit einem Nein beantwortet werden; die Antwort hängt sehr stark von der Definition der repräsentativen Demokratie ab. Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn nicht nur die formalen Kriterien herangezogen werden, sondern, mit Blick auf die Parteien, auch die spezifischen Funktionen von Parteien in die Analyse mit einfließen.

Wenn unter dem Konzept der repräsentativen Demokratie nur das Funktionieren von freien, fairen Wahlen verstanden wird, daher das Augenmerk nur auf formale Kriterien gelegt wird, dann ist die Frage nach einer möglichen Krise zu verneinen. So die Definition einer Krise aber enger ausfällt und die Partizipation der Bevölkerung auch über die Beteiligung bei den Wahlen hinaus als Bedingung angesehen wird, dann muss diese Frage nach einer Krise bejaht werden. Die Analyse hat ergeben, dass das Problem der Partizipation weder ein spezifisch polnisches noch generell ein post-sozialistisches Problem ist, sondern alle Demokratien betrifft. Der Unterschied bei Polen ist, dass hier die

⁵⁸ Siehe Kapitel 2.1.

Krisensymptome weiter fortgeschritten sind als in den westlichen Demokratien. Generell ist aber zu erwarten, dass sich eher die westlichen Länder den polnischen Verhältnissen anpassen werden (vgl. Segert 2008b: 29).

Der neue Parteityp, den es in Polen zu analysieren galt, kann nicht für die oben genannten Probleme verantwortlich gemacht werden. Dieser hat sie nicht bewirkt, sondern muss vielmehr als deren Konsequenz angesehen werden. Der in Polen vorherrschende Parteityp ist gerade wegen seiner Organisationsstruktur dazu fähig, Krisensymptome zu kompensieren und das Funktionieren des Staates zu sichern. Was darunter aber sehr stark leidet, ist die Verbindung der Partei zur Gesellschaft. Die bisherige intermediäre Funktion der Partei als Vermittlerin zwischen Staat und Bevölkerung kann sie nicht mehr ausreichend erfüllen (vgl. Nève 2008). Ein Grund dafür sind sicherlich die geringeren Mitgliederzahlen; gewichtiger jedoch ist die Verschmelzung der Partei mit dem Staat – die Vermittlerin wird zum Staat selbst. Die Parteien können sich durch die staatliche Finanzierung selbst erhalten, unabhängig davon, welche von ihnen gerade an der Macht ist. Dies macht die Ähnlichkeit mit dem Modell der Kartell-Partei sehr deutlich.

Durch den „neuen“ Parteityp kommt es zu einer „Kartellbildung“ der etablierten polnischen Parteien. Dieses Phänomen hängt sehr stark mit der staatlichen Parteienfinanzierung zusammen. Diese bewirkt einerseits, wie bereits weiter oben erwähnt, dass die Parteien finanziell abhängig vom Staat werden. Andererseits konnten die politischen Eliten in Polen selbst über die Regeln des politischen Systems entscheiden. Dadurch konnten sich die etablierten Parteien einen großen finanziellen Vorteil verschaffen. Es ist für neue Parteien extrem schwierig geworden, den Einzug ins Parlament zu schaffen und damit ebenfalls in den Genuss der staatlichen Finanzierung zu kommen. Zu einer Kartellbildung kommt es dadurch, dass die etablierten Parteien kein Interesse daran haben, die Spielregeln zu ändern, da sie selbst davon profitieren (vgl. Szczerbiak 2008: 432). Dadurch wird der faire Parteienwettbewerb eingeschränkt, welcher ebenfalls ein wichtiges Element der repräsentativen Demokratie darstellt (vgl. Nève 2008: 298).

Zusammenfassend lassen sich daher zwei Funktionen der Partei konstatieren, die von dem polnischen Parteityp nicht mehr ausreichend erfüllt werden. Zum einen muss hier die Mobilisierungsfunktion erwähnt werden: In Polen gelingt es den Parteien eben nicht, die Bevölkerung zur grundlegendsten Form der Partizipation, nämlich zur Teilnahme an den

Wahlen, zu mobilisieren. Dies führt zu einem Legitimationsdefizit (vgl. Nève 2008: 298, vgl. Segert 2008b: 16). Zum anderen ist die Partei nicht mehr fähig, die Funktion als Vermittlerin zwischen Staat und Bevölkerung zu erfüllen. Diese wird immer häufiger von anderen Organisationen übernommen, hier sind vor allem soziale Bewegungen zu nennen, die es eher verstehen, die Bevölkerung zu mobilisieren, da sie sich meist auf ein spezifisches Thema konzentrieren können. Die Medien spielen eine immer wichtigere Rolle, nicht nur in Hinblick auf die Wahlkämpfe. Sie übernehmen auch zum großen Teil die politische Sozialisation der Bevölkerung. Eine weitere, noch viel wichtigere Funktion, die sie übernehmen, ist die Kontrollfunktion. Die Arbeit der RepräsentantInnen ist der ständigen Kontrolle durch die Medien und damit der gesamten Öffentlichkeit ausgesetzt (vgl. Jun 2008). Die Opposition erfüllt diese Funktion zwar weiterhin, doch sind die Medien die dominierenden AkteurInnen auf diesem Gebiet. Nève meint:

Letztlich sind also vor allem jene Entwicklungstendenzen negativ, die die Beziehung zwischen Parteien und Wählern betreffen bzw. den Parteienwettbewerb beeinträchtigen. Als weniger folgenschwer erweisen sich möglicherweise jene Punkte, die hier im Zusammenhang mit der Organisation von Parteien selbst diskutiert wurden – etwa die programmatische Beliebigkeit oder der Mangel an innerparteilichen Demokratie (dies. 2008: 298).

Dieses Fazit wird von der vorliegenden Analyse bestätigt, jedoch hat diese gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen der Organisationsstruktur und der Erfüllung der Aufgaben durch die Partei (als intermediäre Vermittlerin zwischen dem politischen System und den BürgerInnen) größer ist, als Nève hier beschreibt. Abschließend kann festgehalten werden, dass (noch) nicht von einer Krise der repräsentativen Demokratie gesprochen werden kann. Deren formale Grundsätze werden noch erfüllt, jedoch zeigen sich erhebliche Schwächen der polnischen Parteien bei der Erfüllung der Mobilisierungs- und Vermittlungsfunktion. Was für konkrete Auswirkungen das Versagen der polnischen Parteien in Bezug auf diese zwei wichtigen Funktionen hat wird sich im Laufe der weiteren Entwicklung der polnischen Politik weisen. Dies ist als offene Forschungsfrage zu notieren.

5. Conclusio

Am Ende dieser Arbeit soll nochmals resümierend auf die zu Beginn formulierten Forschungsfragen eingegangen werden.

Hat sich das Parteiensystem in Polen stabilisiert und kann es als konsolidiert angesehen werden? Was sind Gründe für eine Stabilisierung des Parteiensystems in Polen und lassen sich westliche theoretische Konzepte auf den polnischen Fall anwenden?

Das polnische Parteiensystem hat mit dem Parteiengesetz 2001 den Weg der Konsolidierung und langsamen Stabilisierung eingeschlagen. Die Zahl der Parteien hat sich im Vergleich zu den turbulenten ersten Wahlen 1991 (26 in das Parlament eingezogene Parteien) auf vier relevante Parteien verringert und scheint auch sonst keinen großen Schwankungen mehr ausgesetzt zu sein. Die Parteien sowie die WählerInnen scheinen die demokratischen Regeln nicht nur akzeptiert, sondern bereits verinnerlicht zu haben. Neben dem Parteiengesetz als ausschlaggebendem Faktor für die Stabilisierung des Parteiensystems scheint paradoxerweise auch das Verschwinden der Linken einen stabilisierenden Effekt auf das Parteiensystem gehabt zu haben. Mit dem Wegfall der Linken ist auch die dominierende „cleavage“ der dritten Republik verschwunden (post-Solidarność Lager auf der einen Seite und das post-sozialistische Lager auf der anderen), andere gesellschaftliche Spaltungen sind bis jetzt noch nicht wirkmächtig geworden.

Es kann festgehalten werden, dass der polnische Weg zur Stabilisierung anders verläuft, als der Konsolidierungsprozess der westeuropäischen Staaten. Die „cleavages“, jene strukturierenden gesellschaftlichen Bruchlinien, die die Parteiensysteme in den westeuropäischen Ländern stabilisieren konnten, können für Polen nicht als jener stabilisierender Faktor herausgestrichen werden. Hier haben vielmehr die rechtlichen Bestimmungen zu einer Stabilisierung geführt.

Welche Rolle spielen Parteien, v.a. der neue Parteityp, bei der Entwicklungen des politischen Systems im Allgemeinen und des Parteiensystems im Speziellen?

In Polen hat sich ein „neuer“ Parteityp herausgebildet, der, um auf westliche theoretische Modelle zu rekurrieren, dem Modell der Kartell-Partei am nächsten kommt. Er ist gekennzeichnet durch niedrige Mitgliederzahlen, eine zentralisierte und exklusive Führungselite sowie durch eine absolute finanzielle Abhängigkeit vom Staat. Die gesamte Bevölkerung wird als potenzielle WählerInnenschaft gesehen. PiS und PO, beides VertreterInnen dieses Parteityps, versuchen durch einen ideologiefreien, Themen-zentrierten Wahlkampf die Stimme der potenziellen WählerInnenschaft zu erhalten. Anstatt der Durchsetzung einer bestimmten Ideologie ist das Überleben der Partei deren vorrangigstes Ziel geworden. Dadurch ergeben sich aber auch neue Handlungsmöglichkeiten, da die Parteien „demokratischer“ wurden. Mit demokratischer ist in dieser Hinsicht aber nur: in Bezug auf die potenzielle WählerInnenschaft gemeint, welche sich auf gesamten Bevölkerung ausgedehnt hat. PO und PiS haben keine andere Möglichkeit, als bei jeder Wahl wieder zu versuchen, die WählerInnenschaft für sich zu gewinnen. Dies hängt vor allem mit der enorm gestiegenen Anzahl an WechselwählerInnen zusammen. Diese gilt es mit Sachthemen für sich zu gewinnen, da ideologische Überlegungen oder die Identifikation mit einer bestimmten Partei fast keine Rolle mehr spielen (vgl. Dalton 2004: 11). Die *party on the ground* hat jeden Einfluss auf die Parteiführung und deren Entscheidungen verloren. Die *party in central office* hat dafür umso mehr an Bedeutung gewonnen. Zwischen der *party in central office* und der *party in public office* werden die Unterschiede immer kleiner und es kommt zu einem Verschmelzen dieser beiden Gesichter der Partei.

Der „neue“ Parteityp hat zu einer Stabilisierung des Parteiensystems beigetragen, da durch die Kartellbildung neuen Parteien der Eintritt in die polnische politische Szene erheblich erschwert wurde. Dabei muss aber konstatiert werden, dass die Stabilisierung des Parteiensystems einen negativen Effekt mit sich bringt: diese wurde auf Kosten des Parteienwettbewerbs vollzogen.

Kann man in Polen von einer Krise der repräsentativen Demokratie sprechen?

Die Frage nach einer Krise der repräsentativen Demokratie lässt sich nur sehr schwer beantworten. Einerseits kann in Hinblick auf die Schwierigkeiten des „neuen“ Parteityps die Mobilisierungsfunktion zu erfüllen davon ausgegangen werden, das über kurz oder lang ein Legitimationsproblem für die repräsentative Demokratie entsteht. Andererseits ist paradoxerweise gerade die spezifische Organisationsstruktur von PO und PiS dafür verantwortlich, dass die formalen Kriterien weiterhin erfüllt werden. Dies gelingt dem „neuen“ Parteityp, gerade wegen seiner geringen Verankerung in der Gesellschaft, vor allem durch seine Flexibilität. Anpassungsfähigkeit und die damit verbundene erhöhte Problemlösungskompetenz sind die diesen „neuen“ Typ auszeichnenden Aspekte. Von einer Krise der Partei kann, mit Blick auf die formalen Kriterien, daher zumindest noch nicht gesprochen werden, da auch der „neue“ Parteityp für das Funktionieren der Demokratie zur Zeit *die* zentrale Institution darstellt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der immer weiter fortgeschrittenen Verschmelzung der Partei mit dem Staat.

Der „neue“ Typ ist nicht in der Lage, mögliche Krisensymptome zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken, sondern sichert lediglich die basale Funktionsweise des politischen Systems. Darunter leidet die Funktion der Partei als Vermittlerin zwischen der Gesellschaft und dem politischen System. Diese Aufgaben werden immer mehr von anderen gesellschaftlichen Organisationen übernommen. Dieser Umstand alleine weist allerdings noch nicht auf eine Krise hin: Es lässt sich aber feststellen, dass durch den Verlust der zentralen Rolle bei der Vermittlung zwischen politischem System und der Gesellschaft, die Verankerung in der Gesellschaft immer geringer wird. Daraus resultiert auch die niedrige Wahlbeteiligung, welche in Polen, auch im Vergleich mit den anderen post-sozialistischen Staaten, extrem gering ist, und teilweise sogar unter 50% bei nationalen Parlamentswahlen liegt. Dies führt dazu, dass eines der zentralen Instrumente der Entscheidungsfindung in Frage gestellt wird – das Mehrheitsprinzip (vgl. Nève 2008: 298). Das Mehrheitsprinzip bezieht sich darauf, dass jene Alternative siegt, die von der Mehrheit unterstützt wird (vgl. Nohlen 2011: 362). Wenn aber die Beteiligung so gering wie in Polen ist, dann verlieren zuallererst die Parteien an Legitimation, aber in weiterer Folge auch das gesamte politische System (vgl. Nève 2008: 298, vgl. Segert 2008b: 16).

Anhang

Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von (1995): Parteien, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Bakke, Elisabeth (2010): Central and East European Party Systems since 1989. In: Ramet, Sabrina P. [Hg.] (2010): Central and Southeast European Politics since 1989, New York: Cambridge, S. 64–90.

Banaszak, Boguslaw/Malicka, Agnieszka (2008): Die Rolle politischer Parteien in einem demokratischen Staat. In: Manssen, Gerrit [Hg.] (2008): Die Finanzierung von politischen Parteien in Europa, Frankfurt am Main: Lang, S. 179–187.

Bartolini, Stefano/Mair, Peter (1990): Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885–1985, Cambridge: Cambridge University Press.

Beichelt, Timm (2009): Die Rolle der politischen Institutionen im Prozess der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa. In: Backes, Uwe [Hg.] (2009): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung im Mittel- und Osteuropa, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 49–62.

Beyme, Klaus von (1982): Parteien in westlichen Demokratien, München: Piper.

Bielasiak, Jach (2002): The Institutionalization of Electoral and Party Systems in Postcommunist States, In: Comparative Politics, 34, (2), S. 189–210.

Bielasik, Jack (1997): Substance and Process in the Development of Party Systems in East Central Europe. In: Communist and Post-Communist Studies, 30, (1), S. 23–44.

Bielasiak, Jack (2010): The Paradox of Solidarity's Legacy: Contested Values in Poland's Transitional Politics. In: Nationalities Papers, 38, (1), S. 41–58.

Biezen, Ingrid van/Kopecky, Petr (2007): The State and the Parties: Public Funding, Public Regulation and Rent-Seeking in Contemporary Democracies. In: Party Politics, 13, (2), S. 235–254.

Bingen, Dieter (2008): Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der

Demokratie beiträgt. In: Bos, Ellen [Hg.] (2008): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: Budrich, S. 77–90.

Birnir, Johanna Kristin (2009): Where Are the Disgruntled Voters?: Voter-Party Relations under Cartelizing Conditions. In: *Party Politics*, 16, (1), S. 29–49.

Blyth, Mark/Katz, Richard (2005): From Catch-all Politics to Cartelisation: The Political Economy of the Cartel Party. In: *West European Politics*, 28, (1), S. 33–60.

Booth, Eric/Robbins, Joseph (2010): Assessing the Impact of Campaign Finance on Party System Institutionalization. In: *Party Politics*, 16, (5), S. 629–650.

Buksiński, Tadeusz [Hg.] (2009): Democracy in Western and Postcommunist Countries. Twenty Years after the Fall of Communism, Frankfurt am Main, Wien [u.a.]: Lang.

Buras, Piotr (2006): Polish Social Democracy, Policy Transfer and Programmatic Change. In: Hough, Dan/Paterson, William E./Sloam, James [Hg.] (2006) Learning from the West? Policy Transfer and Programmatic Change in the Communist Successor Parties of Eastern and Central Europe, London [u.a.]: Routledge, S. 84–104.

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven and London: Yale Univ. Press.

Dalton, Russel J. (2004): Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford [u.a.]: Oxford University Press.

Dalton, Russell J./Weldon, Steven A. (2005): Public Images of Political Parties: A Necessary Evil?. In: *West European Politics*, 28 (5), S. 931–951.

Deeg, Jürgen/Weibler, Jürgen (2005): Politische Steuerungsfähigkeit von Parteien. In: Schmid, Josef/Zolleis, Udo [Hg.] (2005): Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteienorganisationen, Wiesbaden: VS Verlag.

Dieringer, Jürgen/Õispuu, Jane (2008): Parteiensystementwicklung in Osteuropa und Europäische Integration. In: Veen, Hans-Joachim [Hg.] (2008): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln, Wien [u.a.]: Böhlau, 55–74.

Duverger, Maurice (1954): Political Parties – Their Organization and Activity in the Modern State, London: Methuen [u.a.].

Ekiert, Grzegorz/Kubik, Jan/Vachudova, Anna (2007): Democracy in the Post-Communist World: An Unending Quest?. In: East European Politics and Societies, 21, (1), S. 7–30.

Gortat, Radziśława (2000): The Consolidation of Polish Political Parties and Democracy – Dialectics of Internal and External Pressures. In: Mangott, Gerhard/Waldrauch, Harald/Day, Stephen [Hg.] (2000) Democratic Consolidation – The International Dimension, Baden-Baden, Nomos-Verlag, S. 151–186.

Grabowska, Mirosława (2005): Membership in Political Parties and the Post-Communist Cleavage in Poland. In: Devaux, Sandrine [Hg.] (2005): Les Nouveaux Militarismes dans L'Europe Elargie, Paris: L'Harmattan, S. 113–134.

Hloušek, Vit/Kopeček, Lubomir (2010): Origin, Ideology and Transformation of Political Parties. East-Central and Western Europe Compared, Farnham [u.a.]: Ashgate Publishing Limited.

Holländer, Michael (2003) Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988–2002, Norderstedt: Books on Demand.

Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Jungerstam-Mulders, Susanne (2006): Parties and Party Systems in Post-Communist EU Member States: Comparative Aspects. In: ders. [Hg.] (2006): Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems, Aldershot [u.a.]: Ashgate, S. 1–22.

Katz, Richard S./Mair, Peter [Hg.] (1994): How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies, London [u.a.]: Sage Publ.

Kawalec, Krzysztof (2009): Polen und die europäische Extreme (1918–1939). In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz [Hg.]: Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 41–69.

Kirchheimer, Otto (1966): The Transformation of the West European Party Systems. In: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (1966): Political Parties and Political Development, Princeton: Princeton University Press, S. 177–200.

Kittilson, Miki Caul/Scarow, Susan E. (2003): Political Parties and the Rethoric and

Realities of Democratization. In: Cain, Bruce E. [Hg.] (2003): *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, Oxford [u.a.]: Oxford University Press, S. 59–80.

Kornai, János (2006): The great Transformation of Central Eastern Europe. Success and Disappointment. In: *Economic of Transition*, 14, (2), S. 207–244.

Kostelecky, Tomáš (2002): *Political Parties after Communism. Developments in East-Central Europe*, Baltimore, Md. [u.a.]: Johns Hopkins University Press.

Kopecký, Petr (2006): Political Parties and the State in Postcommunist Europe: The Nature of Symbiosis. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 22, (3), S. 251–273.

Lewis, Paul/Millard, Frances (2001): The Development of Democratic Institutions in Post-Communist Poland. In: Pridham, Geoffrey [Hg.] (2001): *Prospects for Democratic Consolidation in East-Central Europe*, Manchester [u.a.]: Manchester University Press, S. 180–204.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore [u.a.]: John Hopkins University Press.

Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967): *Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*. In: dies. [Hg.] (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York [u.a.]: Free Press.

Majcherek, Janusz A. (2011): Nach den Parlamentswahlen 2011. In: *Polen-Analyse Nr. 97*, 2011, S. 2–5.

Mair, Peter (1997): *Party System Change. Approaches and Interpretations*, Oxford, [u.a.]: Clarendon Press.

Malicka, Agnieszka/Balicki Ryszard (2008): Die Bildung und Finanzierungsgrundlage politischer Parteien in Polen. In: Manssen, Gerrit [Hg.] (2008): *Die Finanzierung von politischen Parteien in Europa*, Frankfurt am Main: Lang, S. 39–48.

Manin, Bernard (2007): *Kritik der repräsentativen Demokratie*; Berlin: Matthes & Seitz.

Markowski, Radosław/Wnuk-Lipiński, Edmund [Hg.] (2001): *Transformative Paths in Central and Eastern Europe*, Warschau: Institute of Political Studies, Polish Academy of

Sciences.

Merkel, Wolfgang (2009): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Backes, Uwe [Hg.] (2009): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung im Mittel- und Osteuropa, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 27–48.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag (2. Auflage).

Meyer, Gerd/Wyrozumska, Aleksandra (2006): Formal Institutions and Informal Politics in Poland. In: Meyer, Gerd [Hg.] (2006): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe, Opladen: Barbara Budrich, S. 195–237.

Millard, Frances (2004): Elections, Parties and Representation in Post-Communist Europe, New York: palgrave.

Millard, Frances (2006): Poland's Politics and the Travails of Transition after 2001: The 2005 Election, In: Europe-Asia Studies, 58, (7), S. 1007–1031.

Nève, Dorothee de (2008): Parteien in der Krise?. In: Bos, Ellen/Segert, Dieter [Hg.] (2008): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 281–302.

Nohlen, Dieter/Grotz, Florian [Hg.] (2011): Kleines Lexikon der Politik, Bonn: C.H. Beck.

Paczkowski, Andrzej (2009): Politischer Prolog: Die Entstehung der III. Republik. In: Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof [Hg.]: Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 129–146.

Panebianco, Angelo (1988): Political Parties: Organization and Power, Cambridge: Cambridge University Press.

Patzelt, Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung, Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe.

Pridham, Geoffrey (2008): Faktoren „externer Demokratisierung“; Der EU-Beitrittsprozess und die Parteienentwicklung in Ostmitteleuropa. In: Veen, Hans-Joachim [Hg.] (2008): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln, Wien [u.a.]: Böhlau, S. 175–202.

- Przeworski**, Adam [Hg.] (1999): *Democracy, Accountability and Representation*, Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Raciborski**, Jacek/Wiatr, Jerzy J. (2005): *Demokratie in Polen. Elemente des politischen Systems*, Opladen: Budrich.
- Reeves**, Christopher (2010): Reopening the Wounds of History? The Foreign Policy of the ‚Fourth‘ Polish Republic. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 26, (4), S. 518–541.
- Rose**, Richard/Munro, Neil (2003): *Elections and Parties in New European Democracies*, Washington, DC: CQ Press.
- Safran**, William (2009): The Catch-All Party Revisited. Reflections of a Kirchheimer Student. In: *Party Politics*, 15, (5), S. 543–554.
- Sartori**, Giovanni (1977): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Sartori**, Giovanni (2005): Party Types, Organisation and Functions. In: *West European Politics*, 28, (1), S. 5–32.
- Schmid**, Josef/Zolleis, Udo (2005): *Zwischen Anarchie und Strategie: Der Erfolg von Parteienorganisationen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schumpeter**, Joseph A. (1946): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern: Francke.
- Segert**, Dieter (2008a): Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa. In: *Osteuropa*, 58 (1), S. 49–61.
- Segert**, Dieter (2008b): Parteien und Transformation in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. In: Bos, Ellen/ders. [Hg.] (2008): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 11–32.
- Spiewak**, Paweł (2008): Erfolgsbedingungen neuer Parteien in Polen: Das polnische Parteiensystem nach den Parlamentswahlen 2007. In: Veen, Hans-Joachim [Hg.] (2008): *Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa*, Köln, Wien [u.a.]: Böhlau, S. 73–86.
- Spirova**, Maria (2007): *Political Parties in Post-Communist Societies. Formation,*

Persistence, and Change, New York: palgrave.

Sula, Piotr (2008): Post-Communist Parties in Poland after 1989. In: Backes, Uwe/Moreau, Patrick [Hg.] (2008): Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 311–328.

Szawiel, Tadeusz (2007): Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006. In: Polen-Analyse Nr. 4, 2007, S. 2–6.

Szczerbiak, Aleks (2001): Party Structure and Organizational Development in Post-Communist Poland. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 17, (2), S. 94–130.

Szczerbiak, Aleks (2006a): Power without Love? Patterns of Party Politics in Post-1989 Poland. In: Jungerstam-Mulders, Susanne (2006): Parties and Party Systems in Post-Communist EU Member States: Comparative Aspects, Aldershot [u.a.]: Ashgate, S. 91–123.

Szczerbiak, Aleks (2006b): State Party Funding and Patronage in Post-1989 Poland. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 22, (3), S. 298–319.

Szczerbiak Aleks (2008): The Birth of a Bipolar Party System or a Referendum on a Polarizing Government? The October 2007 Polish Parliamentary Election. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 24, (3), S. 415–443.

Tavits, Margit (2005): The Development of Stable Party Support: Electoral Dynamics in Post-Communist Europe. In: American Journal of Political Science, 49, (2), S. 283–298.

Tiemann, Guido (2008): „Clevages“ oder „Legacies“? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im post-sozialistischen Osteuropa. In: Bos, Ellen/Segert Dieter [Hg.] (2008): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 33–53.

Tworzecki, Hubert (2003): Learning to Choose. Electoral Politics in East-Central Europe, Stanford: Stanford University Press.

Veen, Hans-Joachim (2008): Einführung: Was bedeutet demokratische Konsolidierung?. In: ders. [Hg.] (2008): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln, Wien [u.a.]: Böhlau, S. 7–12.

Varga, Mihai/Freyberg-Inan, Annette (2009): Demokratie okay, aber für alle? Demokratie-unzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa. In: Berliner Debatte Initial, 20, (4), S. 104–119.

Williams, Michelle Hale (2009): Catch-All in the Twenty-First Century? Revisiting Kirchheimer's Thesis 40 Years Later: An Introduction. In: Party Politics, 15 (5), S. 539–541.

Zagórski, Krzysztof: Support for Government, Evaluation of Current Situation and Legitimacy of Democratic Transformation: Polish Public Opinion 1989–2000. In: Markowski, Radosław/Wnuk-Lipiński, Edmund [Hg.] (2001): Transformative Paths in Central and Eastern Europe; Warschau: Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, S. 185–o.A.

Zbieranek, Jarosław (2009): Die Parteienfinanzierung in Polen – das System und seine Änderungen. In: Polen-Analyse Nr. 54, 2009, S. 2–8.

Ziemer, Klaus (2009): Die politische Ordnung. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. In: Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof [Hg.]: Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 147–189.

Internetquellen:

<http://rulers.org/rulp2.html>, Download am 26.01.2012.

Abkürzungsverzeichnis

AWS: Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność)
bzw.: beziehungsweise
ders.: derselbe
dies.: dieselbe(n)
dt.: deutsch
ebd.: ebenda
EU: Europäische Union
Hg.: Herausgeber
KLD: Kongres Liberalno-Demokratyczny (Liberal-Demokratischer Kongress)
KO: Komitet Obywatelski (Bürgerausschuss)
LiD: Lewica i Demokraci (Linke und Demokraten)
LPR: Liga Polskich Rodzin (Liga polnischer Familien)
PC: Porozumienie Centrum (Zentrumsallianz)
PiS: Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
PO: Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)
PSL: Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei)
PZPR: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Vereinigte polnische Arbeiterpartei)
S.: Seite
SdRP: Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej (Sozialdemokratie der Republik Polen)
SLD: Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündnis/Partei der demokratischen Linken)
u.a.: unter anderem
UD: Unia Demokratyczna (Demokratische Union)
UP: Unia Praci (Arbeitsunion)
UW: Unia Wolności (Freiheitspartei)
v.a.: vor allem
vgl.: vergleiche
z.B.: zum Beispiel
ZChN: Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (Christlich Nationale Vereinigung)
ZSL: Zjednoczone Stronnictwo Ludowe (Vereinigte Volks-[Bauern-]partei)

Ich versichere,

dass ich die Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- und Ausland (einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Datum

Unterschrift

Abstract

In dieser vorliegenden Forschungsarbeit soll der Versuch unternommen werden, die polnischen Parteien anhand ihrer Organisationsstruktur zu analysieren, um damit eine Aussage über den allgemeinen Zustand der repräsentativen Demokratie in Polen tätigen zu können. Das polnische Parteiensystem hat mit dem Parteiengesetz 1997 den Weg einer langsamen Stabilisierung eingeschlagen. Seit dem (vorläufigen) Verschwinden der „Linken“ von der politischen Bühne im Jahre 2005 konnten sich zwei Parteien, die PO („Bürgerplattform“) und PiS („Recht und Gerechtigkeit“), als dominierende Kräfte behaupten.

Diese können aufgrund ihrer Organisationsstruktur als ein Repräsentantinnen eines „neuen“ Parteityps bezeichnet werden. Sie zeichnen sich durch ihre Abhängigkeit vom Staat, ihre geringe Mitgliederzahl und eine verstärkte Professionalisierung aus. Pointiert könnten sie auch als Staatsparteien bezeichnet werden. Der „neue“ Parteityp kann vor allem als eine Reaktion auf die besonderen historischen Verhältnisse Polens gesehen werden.

Mit Blick auf die repräsentative Demokratie kann festgehalten werden, dass der „neue“ Parteityp die ihm zugedachten Funktionen grundsätzlich erfüllen kann. Es gelingt ihm aber nicht mehr, die BürgerInnen für Wahlen zu mobilisieren, womit ein Legitimitätsverlust der Parteien im Speziellen, aber auch der repräsentativen Demokratie im Allgemeinen, einher geht. Die geringe Wahlbeteiligung ist aber nicht als ein spezifisch polnisches Problem zu sehen, vielmehr muss diese angesichts rückläufiger Zahlen bei der Wahlbeteiligung in den „alten“ europäischen Demokratien als ein europaweites Problem gesehen werden.

Lebenslauf

Name	Paul Schwab
Email	paulschwab@gmx.at
Geburtsdaten	15.12.1984, Wien
Staatsbürgerschaft	Österreich

Berufserfahrung

November 2011 - dato	ÖGB-Verlag Content Management
September 2011	ÖGB-Verlag Aufgabenbereich im Versand
Juli/August 2010	ÖGB-Verlag Recherchearbeit für die Fachbuchhandlung in der Rathausstraße 21, 1010 Wien
März 2006 – August 2008	Vienna Ticket Service Aufgabenbereich im Einkauf

Ausbildung

Oktober 2003 – dato	Universität Wien, Studienrichtung Politikwissenschaft. Schwerpunkt: Politische Theorie und Ideengeschichte. Studienjahr 2008/2009: Auslandsjahr in Krakau an der Jagiellonen- Universität
September 1995 – Juni 2003	GRG 5, Rainergymnasium, 1050 Wien
September 1991 – Juni 1995	Volksschule Phorusgasse

Besondere Kenntnisse

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	fließend in Wort und Schrift
Französisch	Grundkenntnisse
Polnisch	Grundkenntnisse

EDV-Kenntnisse

MS-Office, Open Office	umfassende Kenntnisse
SPSS, Erstellung von Homepages	Grundkenntnisse

Führerschein

Klasse B